

BETEILIGUNGSBERICHT 2016



BETEILIGUNGSBERICHT DER STADT RASTATT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Herausgegeben vom: Fachbereich Finanzwirtschaft
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Tel.: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Fax: (0 72 22) 9 72 - 30 99
Email: finanzwirtschaft@rastatt.de

Rastatt, im November 2017

© **Stadt Rastatt, November 2017**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Stadt Rastatt

INHALTSVERZEICHNIS

I. Allgemeiner Teil	5
Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	6
Gesetzliche Vorschriften	6
Gesamtübersicht über alle Beteiligungen der Stadt Rastatt	9
Tabellarische Darstellung aller städtischen Beteiligungen	10
Erläuterung der wichtigsten Bilanzkennzahlen	11
II. Kapital- und Personengesellschaften	15
Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH (VERA)	16
star.Energiewerke GmbH & Co. KG	26
star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH	43
Wehrgeschichtliches Museum Rastatt GmbH	48
TelemaxX Telekommunikation GmbH	53
Rehabilitationszentrum Südwest GmbH	67
LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH	68
Stadtstrom Rastatt GmbH	71
Prowind Energieanlagen Betreuung GmbH & Co. KG	76
Energieagentur Mittelbaden gGmbH	82
III. Eigenbetriebe	91
Stadtwerke Rastatt	92
Martha-Jäger-Haus	101
Wohnungswirtschaft Rastatt	111
Stadtentwässerung Rastatt	119
Kultur & Veranstaltungen	122
IV. Zweckverbände	133
Abwasserverband Murg	134
Riedkanal – Zweckverband	142
Wasserversorgungsverband Vorderes Murgtal	147

V. Stiftungen	153
Ludwig-Enz-Stiftung	154
Theodor und Maria Danecki-Stiftung	155
Johanna-Oehlschläger-Stiftung	156
Cochran-Büchler-Stiftung	157
Stiftung Loreye-Preis	158
Stiftung Axel-Ullrich	159
Markgräfin Sibylla-Augusta-Stiftung	160
Siebenpfeiffer - Stiftung	162
Kunststiftung Baden-Württemberg GmbH	163
Umweltstiftung Rastatt	164
VI. Geschäftsanteile und Beteiligungen	167
Badischer Gemeinde-Versicherungsverband	168
Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt eG	169
Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG	171
Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken	173
Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs- GbR	175
Volksbank Baden-Baden Rastatt eG	177
TechnologieRegion Karlsruhe GbR	179
Lions-Altenwohnstift Rastatt	181

I. Allgemeiner Teil

Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden

Die Aktivitäten einer Gemeinde umfassen ein großes Spektrum von Aufgaben, welche die Gemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfüllt. Hauptziel dabei ist es, dem Einwohner möglichst das zu geben, was er von seiner Gemeinde erwartet.

Hierbei unterscheidet man die Aufgaben der Gemeinde in

1. freiwillige und Pflichtaufgaben
2. hoheitliche und privatwirtschaftliche Aufgaben

Wenn sich eine Gemeinde nun wirtschaftlich betätigt, kann sie dies entweder in Form eines Regiebetriebes, eines Eigenbetriebes, in einer kommunalen Gesellschaft oder durch eine Beteiligung an einem wirtschaftlichen Unternehmen tun.

Regiebetrieb

Hierbei handelt es sich um die älteste Form der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde. Der Regiebetrieb ist ein unselbständiger Bestandteil der Gemeinde. So gibt es keine eigene Haushaltsführung (da Ausweisung im Haushaltsplan der Gemeinde), sein Vermögen ist Bestandteil des gesamten Gemeindevermögens und auch organisatorisch und personell ist er ein unselbständiger Bestandteil der Gemeinde.

Eigenbetrieb

Hierbei handelt es sich um wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die aber aus dem Haushalt der Gemeinde ausgegliedert sind und deshalb eine eigene finanzwirtschaftliche Planung besitzen.

Für die Eigenbetriebe gelten vor allem die Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes.

Wirtschaftliche Unternehmen

Hier ist jede Form von Unternehmen möglich, wie z.B. Aktiengesellschaften, GmbH, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, usw..

Es müssen aber immer die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden.

Gesetzliche Vorschriften

In den §§ 102 bis 108 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sind die Regelungen über kommunale Unternehmen und Beteiligungen enthalten.

Im Folgenden sind die wichtigsten gesetzlichen Vorschriften der Gemeindeordnung in Bezug auf den Beteiligungsbericht einer Gemeinde aufgeführt, soweit sie für diesen Beteiligungsbericht von Bedeutung sind.

§ 102 GemO (Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen)

Nach § 102 Abs. 1 GemO dürfen Gemeinden ungeachtet der Rechtsform wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlicher durch einen privaten Anbieter erfüllt wird oder erfüllt werden kann.“

Wirtschaftliche Unternehmen sind gem. § 102 Abs. 3 GemO so zu führen, dass insbesondere der öffentliche Zweck erfüllt wird; und sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

§ 103 GemO (Unternehmen in Privatrechtsform)

Um das Risiko in Bezug auf die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung oder Beteiligung der Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten, werden in § 103 Abs. 1 GemO folgende Voraussetzungen aufgeführt:

Es ist demnach nur dann möglich, „wenn

1. das Unternehmen seine Aufwendungen nachhaltig zu mindestens 25 v.H. mit Umsatzerlösen zu decken vermag,
2. im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält,
4. die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird,
5. bei einer Beteiligung mit Anteilen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass
 - a) in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine 5-jährige Finanzplanung zugrunde gelegt wird,
 - b) der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des 3. Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und in entsprechender Anwendung dieser Vorschriften geprüft werden, sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar gelten oder weitergehend gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen,
 - c) der Gemeinde der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Unternehmens, der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers übersandt werden, soweit dies nicht bereits gesetzlich vorgesehen ist,
 - d) für die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei dem Unternehmen dem Rechnungsprüfungsamt und der für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörde die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehen Befugnisse eingeräumt sind,
 - e) das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 eingeräumt ist.
 - f) der Gemeinde die für die Aufstellung des Gesamtabchlusses erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem vom ihr bestimmten Zeitpunkt eingereicht werden.“

Sollten diese nicht erfüllt werden, ist im Gegenzug eine Beteiligung nicht möglich.

§ 103 Abs. 2 GemO betont, dass eine Aktiengesellschaft nur dann möglich ist, wenn der öffentliche Zweck nicht durch eine andere Rechtsform erfüllt werden kann. Die AG spielt deshalb nur eine geringe Rolle im Gemeindefinanzrecht.

Und nach § 103 Abs. 3 GemO hat die Gemeinde „...ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, so zu steuern und zu überwachen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird; bei einer geringeren Beteiligung hat die Gemeinde darauf hinzuwirken.“

Außerdem heißt es hier weiter: „Zuschüsse der Gemeinde zum Ausgleich von Verlusten sind so gering wie möglich zu halten.“

§ 103 a GemO (Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH)

Für die Rechtsform der GmbH gilt ergänzend, dass im Gesellschaftervertrag sichergestellt sein muss, „ dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträge im Sinne der §§ 291 und 292 Abs.1 des Aktiengesetzes,
- b) die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes,
- c) die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
- d) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.“

§ 104 GemO (Vertretung der Gemeinde)

Nach § 104 Abs.1 GemO vertritt generell der Bürgermeister die Gemeinde in den jeweiligen Organen der Unternehmen. Er kann auch einen Beamten oder Angestellten der Gemeinde mit seiner Vertretung beauftragen. Auch kann die Gemeinde ihren Vertretern Weisungen erteilen.

§ 104 Abs.3 GemO betont, dass die entsandten Vertreter der Gemeinde bei ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen der Gemeinde zu berücksichtigen haben.

§ 105 GemO (Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht)

Die Gemeinde hat dafür Sorge zu tragen, dass der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages ortsüblich bekannt gegeben und an sieben Tagen öffentliche ausgelegt werden.

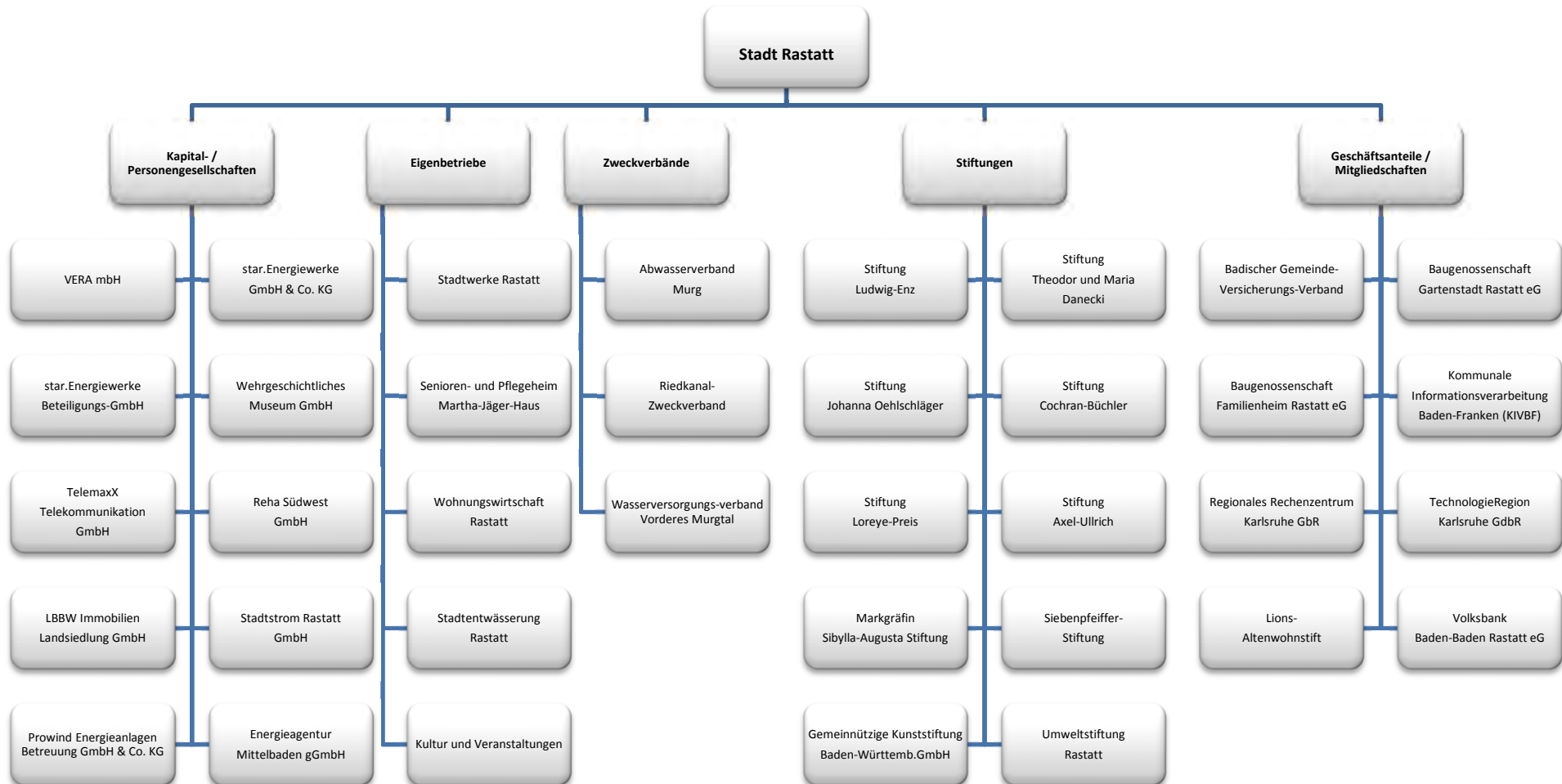
Weiterhin hat die Gemeinde nach § 105 Abs. 2 GemO zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Hierbei handelt es sich um den Beteiligungsbericht.

Dieser muss mindestens enthalten:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.

Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

Gesamtübersicht über alle Beteiligungen der Stadt Rastatt



Tabellarische Darstellung aller städtischen Beteiligungen

		Anteil der Stadt	Höhe des Stammkap.- Anteils	Bilanz- summe 2016	Ergebnis 2016
		%	T€	T€	T€
Kapital- / Personengesellschaften					
1.	VERA mbH	100,00	26	1.068	0
2.	star.Energiewerke GmbH & Co. KG	100,00	12.518	54.869	3.132
3.	star.Energiewerke Beteiligungs GmbH	100,00	25	39	0
4.	WGM GmbH	33,33	9	1.357	./368
5.	TelemaxX GmbH	9,09	182	45.086	7.004
6.	Stadtstrom Rastatt GmbH	50,00	13	26	./0,3
7.	Prowind Energieanlagen Betreuung GmbH & Co. KG	80,00	245	189	./75
8.	Reha-Südwest GmbH	5,10	3		
9.	LBBW Immobilien Landsiedlung	0,08	3		
10.	Energieagentur Mittelbaden gGmbH	15,00	4	144	./29
Eigenbetriebe					
1.	Stadtwerke	100,00	11.900	21.634	66
2.	Martha-Jäger-Haus	100,00	1.175	8.305	222
3.	Wohnungswirtschaft	100,00	13.160	19.617	109
4.	Stadtentwässerung	100,00	*	*	*
5.	Kultur & Veranstaltungen	100,00	103	9.343	./2.275
Zweckverbände					
1.	Abwasserverband Murg	67,98	5.140	17.529	0
2.	Riedkanal Zweckverband	70,23	*	*	*
3.	Wasserversorgungsverband Vorderes Murgtal	0,72		4.968	0
Stiftungen					
1.	Ludwig Enz	100,00	762		0
2.	Theodor und Maria Danecki	100,00	831		0,05
3.	Johanna Oehlschläger	100,00	10		./0,1
4.	Cochran Büchler	100,00	8		./0,2
5.	Loreye-Preis	100,00	3		./0,1
6.	Axel-Ullrich	100,00	13		./0,1
7.	Markgräfin Sibylla-Augusta	50,00	18		
8.	Siebenpfeiffer-Stiftung	40,00	1		
9.	Kunststiftung BW	0,50	0,5		
10.	Umweltstiftung Rastatt	0,00	0		
Mitgliedschaften					
1.	BGV		5		
2.	BG Gartenstadt eG		13		
3.	BG Familienheim Rastatt eG		8		
4.	KIVBF	0,71	48		
5.	RRZ Karlsruhe GbR	2,49	175		
6.	Volksbank Rastatt eG		1		
7.	TechnologieRegion KA		36		
8.	Lions - Altenwohnstift Rastatt		0		

(*Jahresabschluss 2016 liegt noch nicht vor.)

Erläuterung der wichtigsten Bilanzkennzahlen

Finanzanalysen von Betrieben werden häufig mit Hilfe von Kennzahlen durchgeführt. Zur Beurteilung der Jahresabschlüsse und der Bilanzen der verschiedenen Kapitel- und Personengesellschaften enthält der Beteiligungsbericht in den Einzeldarstellungen der Gesellschaften ebenfalls Kennzahlen. Um die Interpretation und den Vergleich dieser Zahlen zu erleichtern, werden nachfolgend die wichtigsten Kennzahlen erläutert:

I. Vermögenslage:

1. Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}} \\ (= \text{Bilanzsumme})$	Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.
2. Umlaufintensität	$\frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}} \\ (= \text{Bilanzsumme})$	Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

II. Finanzlage:

1. Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital}^1 * 100}{\text{Gesamtkapital}} \\ (= \text{Bilanzsumme})$	Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe EK-Quote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.
2. Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}} \\ (= \text{Bilanzsumme})$	Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.
3. Anlagendeckung I	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfr. gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

¹ Lt. Bilanz

III. Ertragslage:

1. Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss}^2 * 100}{\text{Umsatzerlöse}}$	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.
2. Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} * 100}{\text{Eigenkapital}}$	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. EK-Rentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
3. Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. GK-Rentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
3. Kostendeckung ³	$\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtaufwand}^4}$	Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.
4. Cash Flow	Jahresüberschuss + Abschreibung auf Anlagevermögen + Erhöhung der langfr. Rückstellungen ⁵ ./. Verminderung der langfr. Rückstellungen	Der Cash Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.

² Für alle folgenden Kennzahlen gilt: Jahresüberschuss/-fehlbetrag = Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern, vor Abführung oder Verlustübernahme.

³ Gemäß § 103 Abs.1 Ziff.1 GemO

⁴ Gemäß § 275 Abs. 2 Nrn.: 5. - 8., 12., 13., 16., 18. und 19. HGB

⁵ I.d.R. Pensionsrückstellungen

Finanz- und Vermögenskennzahlen:

Bilanzsumme
Eigenkapitalsumme
Investitionssumme

1. Verschuldungsquote	$\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Eigenkapital}}$	Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Eigenkapital.
2. Anlagendeckung II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}^6) * 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Prozentualer Anteil des langfr. Kapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität.
3. Liquidität I. Grades	$\frac{\text{Zahlungsmittel} * 100}{\text{kurzfrist. Verbindlichkeiten}}$	Gibt an, wie viel Prozent der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch verfügbare Zahlungsmittel gedeckt sind.
4. Liquidität II. Grades	$\frac{\text{Zahlungsmittel} + \text{kurzfristige Forderungen} * 100}{\text{kurzfrist. Verbindlichkeiten}}$	Gibt an, wie viel Prozent der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch verfügbare Zahlungsmittel und kurzfristige Forderungen gedeckt sind.
5. Liquidität III. Grades	$\frac{\text{Zahlungsmittel} + \text{kurzfr. Ford.} + \text{Vorräte} * 100}{\text{kurzfrist. Verbindlichkeiten}}$	Gibt an, wie viel Prozent der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch verfügbare Zahlungsmittel, kurzfristige Forderungen und Vorräte gedeckt sind.

⁶ Langfristiges Fremdkapital = langfr. Rückstellungen + Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren (gem. § 285 Abs. 1 HGB).

Ertrags- und Leistungskennzahlen - Allgemein:

Betriebsergebnis

Finanzergebnis

Zuschüsse der Gemeinde

Umsatz je Mitarbeiter

1. Personalkostenintensität	$\frac{\text{Personalkosten} * 100}{\text{Gesamtaufwand}}^7$	Prozentualer Anteil der am
		Personalkosten Gesamtaufwand.

Personalaufwand je Mitarbeiter

Materialaufwand je Mitarbeiter

2. Vermögensumschlag	$\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	Prozentualer Anteil der am
		Umsatzerlöse Gesamtvermögen.

Ertrags- u. Leistungskennzahlen - Spezifisch (am Beispiel einer Messegesellschaft):

Kostendeckungsgrad einzelner Veranstaltungen

Gesamtkosten

fixe Kosten

variable Kosten

Betriebserträge

Pachterträge

Eintrittsgelder

durchgeführte Messen

vermietete Flächen

Anzahl der Aussteller

Anzahl der Besucher

Umschlaghäufigkeit

⁷ Gemäß § 275 Abs. 2 Nrn.: 5. - 8., 12., 13., 16., 18. und 19. HGB

II. Kapital- und Personengesellschaften



Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH (VERA)

ALLGEMEINE ANGABEN

Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH (VERA)
Markgrafenstraße 7
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 7 73 - 2 01
Telefax: (0 72 22) 7 73 - 2 09

E-Mail: Info@Stadtwerke-Rastatt.de
Internet: www.Stadtwerke-Rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21.12.1993, geändert am 14.12.2004, geändert am 20.11.2007, geändert am 12.12.2008, geändert am 22. Dezember 2009, geändert am 17.02.2011, letztmalig geändert am 09.03.2015, Gründungsdatum ist der 21.12.1993.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere des Linienbusverkehrs.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Mehrheitsbeteiligung der Stadtwerke Rastatt an einer GmbH. Da die Stadtwerke Rastatt keine eigenständige Rechtspersönlichkeit besitzt, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital:	25.600 €
Stadt Rastatt/EB Stadtwerke	25.600 € (= 100,00 %)

Haftung der Stadt Rastatt

Unmittelbar mit der vollen Beteiligung (25.600 €), mittelbar unbegrenzt über den Verlustabführungsvertrag mit den Stadtwerken Rastatt.

BETEILIGUNG

Es sind keine Beteiligungen vorhanden.

BETRIEBSZWEIGE

Gesonderte Betriebszweige bestehen nicht.

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

I. Ziele des Unternehmens

Zweck des Unternehmens ist die Durchführung öffentlicher Verkehrsdienstleistungen mit Stadtbussen und ergänzend Anruf-Sammel-Taxis für die spezifischen stadt-geographischen Gegebenheiten der Großen Kreisstadt Rastatt, wie sie der Landkreis Rastatt als gesetzlicher Aufgabenträger nicht bereitstellen kann. Da das Unternehmen selbst keine eigenen Busse und kein Fahrpersonal unterhält, wird diese Durchführung mittels Kooperations- und Durchführungsvertrages und soweit möglich, durch Selbsterbringungsleistungen erbracht.

II. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Im Wirtschaftsjahr 2016 fanden zwei Aufsichtsratsitzungen und eine Gesellschafterversammlung statt. In der Aufsichtsrats-sitzung vom 12. Mai 2016 wurde der Geschäftsbericht 2016 vorberaten. Die Gesellschafterversammlung hat am 8. Dezember 2016 den Jahresabschluss 2015 festgestellt. Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat in der Sitzung vom 12. Mai 2016 über die Vergabe der im Februar/März 2016 durchgeführten Neuausschreibung der Beförderungsleistungen beim Anruf-Linien-Taxi-Verkehr (ALT). Diese war in der Aufsichtsratsitzung vom 09. November 2015 beschlossen worden.

Der seit 2015 geltende Kooperations- und Verkehrsdurchführungsvertrag ist indexbasiert und lässt Selbsterbringungsleistungen zu. Diese werden hauptsächlich für Einkauf von Kraftstoffen und Wartung/Reparaturen an den Fahrzeugen erbracht.

In 2016 wurden für den gesamten Verkehr (incl. Anruf-Sammel-Taxi, weiterführende Verkehre und Werkstattfahrten) 681.106 Kilometer (Vorjahr: 685.687 km) zurückgelegt. Davon entfielen auf die NVW 642.334 Wagenkilometer (Vorjahr 648.180).

Die maßgeblichen Aufwendungen für Fahrleistungen an die NVW betragen 1,569 Mio. € (Vorjahr: 1,599 Mio. €) zzgl. den Selbstverbringungsleistungen i. H. von 444 T€ (Vorjahr: 469 T€). Durch den indexierten Vertrag konnte eine Kostenreduktion i. H. von real 55 T€ erreicht werden. Dies auch bedingt durch den Wegfall der fünf Erdgasbusse am Jahresende 2015 und der damit einhergehenden pauschalen Kürzung von 50 T€ auf die Berechnungsbasis für 2016. Im Bereich der Wartungskosten konnte die VERA im Rahmen der Selbsterbringungsleistungen von der Verbundzugehörigkeit der NVW bei der SWEG weiterhin partizipieren.

Beim Ruftaxi stehen gestiegene Erlöse von 14,9 T€ (Vorjahr: 12,8 T€) Kosten i. H. von 50,4 T€ (Vorjahr: 40,3 T€) gegenüber. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 29,57 % (Vorjahr: 31,94%).

Die Einnahmen aus der Vermietung von Werbeflächen auf den Bussen konnten leicht erhöht werden und betragen 32 T€ (Vorjahr: 30 T€). Es besteht weiterhin eine Vollauslastung der Werbeflächen. In 2016 wurden eine alte Wartehalle ersetzt und eine neue zusätzlich aufgestellt. Für die VERA entstehen hier keine Kosten, da dies durch Werbeeinnahmen gegenfinanziert wird. In der Münchfeldsiedlung wurden durch die Einrichtung neuer Haltestellen die Abstände zwischen den Haltepunkten verringert.

Insgesamt schloss das Geschäftsjahr 2016 mit einem negativen Jahresergebnis vor Verlustübernahme von 856.868 € (Vorjahr: -1,0 Mio. €) ab und liegt nunmehr zum zweiten Mal in Folge seit 2000 wieder unter der 1 Mio.-Grenze. Die Verlustreduzierung gegenüber dem Vorjahr i. H. von 143 T€ lässt sich sehr einfach herleiten. 50 T€ Einnahmen aus Nachzahlungen der Jahre 2012, 2013 und 2014 für Abgeltungen im Schülerverkehr, 50 T€ Einsparungen im Bereich der Fahrleistungen aufgrund Wegfall der fünf Erdgasbusse und 40 T€ geringere Beratungskosten, da 2016 hier keiner Beratung bedurfte.

Es wurden 1,292 Mio. € (Vorjahr: 1,221 Mio. €) Fahrgeldeinnahmen aus dem Linienverkehr (incl. Ruftaxi) erzielt. Die darin enthaltene anteilige Zuweisung aus den Fahrgeldeinnahmen durch den Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) beträgt 653 T€ (Vorjahr: 637 T€). Außerdem sind Zuschüsse von 388 T€ (Vorjahr: 337 T€) für den Ausbildungsverkehr (incl. Nachzahlung Vorjahre) und Erstattungen für Fahrgeldausfälle aus den Schwerbehindertenfahrten von 25 T€ (Vorjahr: 21 T€) enthalten.

Für die Betreuung von Vorverkaufsstellen für den KVV erhält die Gesellschaft vertraglich gesicherte Kostenerstattungen i. H. 44 T€. Auf den Landeszuschuss für Durchtarifierungsverluste wurden mit 36 T€ Vorauszahlungen vereinnahmt und eine geringe Nachzahlung aus dem Vorjahr i. H. von 1 T€.

Für die Anmietung der Verkehrsleistungen im Linienverkehr (incl. der Ruf Taxen) zzgl. der Selbstverbringungsleistungen wurden 2,102 Mio. € (Vorjahr: 2,162 Mio. €) aufgewendet. Hier von entfallen (unter Einbeziehung der Selbsterbringungsleistungen aus dem Vertrag) 95,74 % (Vorjahr 95,63%) auf den Kooperations- und Betriebsdurchführungsvertrag mit der NVW Nahverkehr Mittelbaden Walz GmbH.

III. Steuerungssystem

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die zentrale Steuerungsgröße für die Gesellschaft stellt hierbei der Jahresfehlbetrag dar. Dieser wird maßgeblich von der KVV-Zuscheidung auf der Einnahmeseite und durch Kosten aus dem Kooperations- und Betriebsdurchführungsvertrag mit der NVW sowie den Selbsterbringungsleistungen auf der Ausgabenseite beeinflusst. Aufgrund der Indexierung sind die Ausgaben jedoch planbar. Die jeweiligen Index-faktoren sind hier bestimmend, aktuell beeinflusst der niedrige Dieselpreis die Verkehrsleistungen positiv.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Erbringung des Nahverkehrs stellt eine Daseinsfürsorge dar, welcher sich die Stadt Rastatt nicht entziehen kann. Dies wird auch in der EG-Verordnung 1191/69 zum Ausdruck gebracht. Die wesentlichen Aspekte, so geregelt in § 1 des ÖPNV-Gesetzes Baden-Württemberg, sind hierbei jedoch die Definition einer ausreichenden Verkehrsbedienungsleistung. Dies sind z. B. Versorgung der Allgemeinheit, soziale Belange, Verkehrsentlastung und Umweltschutz.

IV. Vermögenlage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2016 auf 1,068 Mio. €. Auf der Aktiv-seite entfallen davon 49,29 % auf das Anlagevermögen. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 153 T€ vermindert. Hierbei hat sich u. a. das Anlagevermögen durch die Abschreibung um 55 T€ vermindert und die Forderungen sind, auch durch die geringere Verlustübernahme, um 87 T€ zurückgegangen.

Das Eigenkapital ist mit einem Anteil von 2,4 % an der Bilanzsumme unüblich niedrig. Dies ist unter dem besonderen Aspekt der Ergebnisübernahmevereinbarung mit den Stadtwerken Rastatt nicht für die weitere Entwicklung des Unternehmens schädlich.

V. Finanzlage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Geschäftsjahr 2016 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme, getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes, der die flüssigen Mittel enthält.

Die Cash-Flow-Berechnung stellt sich wie folgt dar:

Cashflow-Berechnung	2016	2015
zahlungswirksame Einnahmen	1.576	1.530
./. zahlungswirksame Ausgaben	-2.376	-2.473
	-801	-944
./. Aufbau Forderungen		-67
Abbau Forderungen	87	
	-714	-1.011
./. Investitionen	-1	-2
	-715	-1.013
Aufbau Verbindlichkeiten		273
./. Abbau Verbindlichkeiten	-185	
Aufbau Rückstellungen	31	
./. Abbau Rückstellungen		-270
Aufbau pass. RAP	1	
./. Abbau pass RAP		-2
	-868	-1.010
Verlustübernahme	857	1.000
Cash-Flow	-11	-11
anfänglicher Finanzmittelfond	35	46
Finanzmittelfond Ende des Jahres	24	35

VI. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Verlauf

In der Prognose 2016 (Wirtschaftsplan) wurde für das Geschäftsjahr 2016 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,055 Mio. € prognostiziert. Die Steuerungskennzahl Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,857 Mio. € (vor Verlustübernahme) schließt um 0,198 Mio. € besser ab, was auf höhere Einnahmen und niedrigere Beförderungskosten zurückzuführen ist.

VII. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der seit 2014 gültige Vertrag mit dem KVV sichert die Fahrgeldzuweisung auf Basis der verbundweiten Fahrgasterhebung aus dem Jahre 2008. Er sichert eine Neuerhebung im Zeitraum 2016-2018 zu. Der Vertrag garantiert auch eine Jahresabrechnung jeweils zu Ende April des Folgejahres.

Durch den längerfristig abgeschlossenen Kooperations- und Betriebsdurchführungsvertrag mit dem beauftragten Verkehrsunternehmen und den langfristigen Besitz der Liniengenehmigungen besteht für das Unternehmen auch künftig die Chance, einen gesicherten Stadtbusverkehr für Rastatt zu gewährleisten.

Auch in 2017 und den Folgejahren wird die VERA alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die geforderte Selbsterbringung nach Art 4 Abs. 7 VO 1370/07 erfüllen zu können und somit einen bedeutenden Anteil der Personenverkehrsleistung selbst leisten. Als bedeutend ist nach Aussage unseres Beratungsunternehmens ein Anteil von mehr als 25 % anzusehen. Der Entwurf der Leitlinien zur VO 1370/07 sah zwar einen Anteil von 33,3 % vor, dieses ist jedoch in der finalen Fassung nicht mehr enthalten. Insoweit wird die VERA versuchen, auch diesen Wert zu erreichen. Dies empfiehlt auch unser Beratungsunternehmen.

Mit Schreiben des Landkreises Rastatt vom 31. Oktober 2016 (AZ 3.1/797.71) wurde dem gemeinsamen Antrag der drei großen Kreisstädte (Rastatt, Bühl, Gaggenau) auf Erhöhung des Stadtverkehrszuschusses ab dem Haushaltsjahr 2017 zugestimmt. Da die Abrechnungsmodalitäten beibehalten werden, rechnen wir mit Mehreinnahmen i. H. von ca. 25 T€.

Hinsichtlich der Risiken des Unternehmens im Zusammenhang mit den in der Zukunft erwarteten negativen Jahresergebnissen wird auf den mit den Stadtwerken Rastatt als Organträger abgeschlossenen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag hingewiesen.

Mit diesem Vertrag haben sich die Stadtwerke Rastatt verpflichtet, die Verluste der Verkehrsgesellschaft als Organgesellschaft in der jeweiligen Höhe abzudecken.

Die sich aus dem Betrieb der Verkehrsgesellschaft ergebenden Risiken sind durch den Kooperations- und Betriebsdurchführungsvertrag mit der NVW Nahverkehr Mittelbaden Walz GmbH von dieser zu berücksichtigen.

Die Geschäftsführung nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf Einfluss, Risiken in der Betriebsdurchführung möglichst gering zu halten.

Existenzbedrohende Risiken für das Unternehmen bestehen bei der derzeitigen Situation nicht.

Der Gemeinderat wird im April 2017 Vorab-bekanntmachung der Vergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages im ÖPNV ab Dezember 2019 beraten.

Die größten Kostenrisiken liegen im Bereich der Betriebsdurchführung des Nahverkehrs, Veränderungen in der Verkehrs-führung und dessen Entwicklung. Entsprechende Bus- und Vertaktungskonzepte müssen sich schnell auf Erfolgswirksamkeit rechnen lassen. Für das Wirtschafts-jahr 2017 wird ein Verlust in Höhe von -966 T€ erwartet.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	526	581	635	691
Immaterielle Vermögensgegenstände	518	568	617	666
Sachanlagen	8	13	18	25
Finanzanlagen	0	0	0	0
Umlaufvermögen Gesamt	542	640	584	597
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen	518	605	538	309
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	24	35	46	288
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	1.068	1.221	1.219	1.288

P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	26	26	26	26
Stammkapital	26	26	26	26
Rücklagen	0	0	0	0
Gewinn	0	0	0	0
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0
Rückstellungen	41	10	280	275
Verbindlichkeiten	870	1.055	781	866
Rechnungsabgrenzungsposten	131	130	132	121
Bilanzsumme	1.068	1.221	1.219	1.288

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.334	1.261	1.209	1.163
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	242	269	225	281
= A. Betriebsleistung	1.576	1.530	1.434	1.444
Materialaufwand	2.140	2.196	2.227	2.218
+ Personalaufwand	22	22	26	23
+ Abschreibungen	56	56	58	58
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	194	232	217	172
= B. Betriebsaufwand	2.411	2.506	2.528	2.471
= C. Betriebsergebnis (A. ./. B)	./. 836	./. 976	./. 1.094	./. 1.027
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
./. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21	23	27	49
= D. Finanzergebnis	./. 21	./. 23	./. 27	./. 49
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	./. 857	./. 999	./. 1.121	./. 1.076
+ außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./. Sonstige Steuern	0	0	0	0
./. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
./. Erträge aus Verlustübernahme	857	999	1.121	1.076
= Jahresgewinn/Jahresverlust	0	0	0	0

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
Gewinn/Verlust	T€	./. 857	./. 999	./. 1.121	./. 1.076
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	49,28	47,57	52,07	53,67
Umlaufintensität	%	50,72	52,43	47,93	46,33
Investitionen	T€	1	2	2	0
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	2,40	2,10	2,10	1,98
Fremdkapitalquote	%	97,60	97,90	97,90	98,02
Anlagendeckung I	%	4,86	4,41	4,03	3,70
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%	-54,39	-82,71	-92,81	-92,51
Kostendeckung	%	64,77	47,79	47,30	46,15

LEISTUNGSKENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Beförderte Personen		1.252.494	1.197.866	1.234.684	1.310.967
Haltestellen		148	146	146	147
davon in beide Richtungen		96	94	94	94
im Ringverkehr		52	52	52	53
Innenstadt	Anz. Linien	5	5	5	5
Umlandverkehr	Anz. Linien	4	4	4	4

star.Energiewerke GmbH & Co. KG

STAR.ENERGIEWERKE
DAS VERSORGUNGSUNTERNEHMEN DER STADTWERKE RASTATT

ALLGEMEINE ANGABEN

star.Energiewerke GmbH & Co. KG
Markgrafenstraße 7
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 7 73 - 0
Telefax: (0 72 22) 7 73 - 1 20

E-Mail: Info@star-energiewerke.de
Internet: www.star-energiewerke.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftsvertrag vom 12.12.2000, zuletzt geändert durch Beschluss vom 11.05.2010

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kälte. Telekommunikation sowie Dienstleistungen gehören ebenfalls zu den Tätigkeiten der star.Energiewerke.

Die Ausgliederungserklärung zur Aufnahme der Versorgungssparten der Stadtwerke Rastatt wurde am 26.09.2002 in das Handelsregister eingetragen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

100 % Kommanditanteile der Stadtwerke Rastatt. Da die Stadtwerke Rastatt keine eigenständige Rechtspersönlichkeit besitzt, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Kommanditkapital:	12.517.578,22 €	
Stadt Rastatt (Stadtwerke):	100.000,00 € 12.417.578,22 €	als Bareinlage durch Übernahme der Versorgungssparten

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Gewinn/Verlust	Gewinn-/Verlustverwendung
2016	3.132.424,65 €	Die Geschäftsführung wird eine Ausschüttung i.H. von 2.950.000 € und die Einstellung des verbleibenden Betrages in die freie Rücklage vorschlagen.
2015	2.956.398,38 €	Die Geschäftsführung wird eine Ausschüttung i.H. von 2.950.000 € und die Einstellung des verbleibenden Betrages in die freie Rücklage vorschlagen.
2014	2.841.889,55 €	Die Geschäftsführung wird eine Ausschüttung i.H. von 2.800.000 € und die Einstellung des verbleibenden Betrages in die freie Rücklage vorschlagen.
2013	3.777.454,87 €	Ausschüttung i. H. von 3.000.000,00 € an die Stadtwerke und 777.454,87 € Einstellung in die Rücklage.

	Konzessionsabgabe	Verwaltungskostenbeitrag
2016	1.955.267,49 €	66.124,15 €
2015	1.796.011,94 €	61.764,50 €
2014	2.072.294,29 €	56.750,50 €
2013	1.822.371,25 €	53.977,00 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH
HRB 522191
Markgrafenstraße 7, 76437 Rastatt
vertreten durch den Geschäftsführer:
Olaf Kasprzyk

Bezüge der Geschäftsführung:

Von der Schutzvorschrift des § 286 Abs.4 HGB wird Gebrauch gemacht.

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Arbeitnehmer	117	113	116	115
Insgesamt	117	113	116	115

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

- Beteiligung beim Badischen Gemeindeversicherungsverband mit 1,05 T€.
- TelemaxX Telekommunikation GmbH mit 242,47 T€ (= 9,09 %)
- Beteiligung an der Energieagentur Mittelbaden gGmbH mit 3,75 T€ (= 15 %)
- Beteiligung an der Stadtstrom Rastatt GmbH mit 12,5 T€ (= 50 %)
- SchwarzwaldWasser e.V. mit 0,5 T€
- Endica GmbH (Rechenzentrum) 70,5 T€ (= 1%)

BETRIEBSZWEIGE

- Stromversorgung
- Gasversorgung
- Wasserversorgung
- Wärme- und Kälteversorgung
- Telekommunikation
- Dienstleistungen

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

I. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Unternehmenssituation

Die star.Energiewerke konnten im Geschäftsjahr 2016 ein gutes Geschäftsergebnis erzielen. Mit einem Gewinn von 3,132 Mio. € (Vorjahr: 2,956 Mio. €) hat das Unternehmen die Wirtschaftsplanprognose voll erfüllt. Die PFC-Problematik hinterlässt jedoch in dem Ergebnis der Wassersparte sowohl über die direkten, als auch über indirekte Kosten Auswirkungen im Ergebnis.

Im Netzentgeltbereich Strom befand sich das Unternehmen im dritten Jahr der II. Regulierungsperiode. Der Effizienzwert für diese Regulierungsperiode ab 2014 wurde mit 96,14 % (bisher 87,5 %) von der Bundesnetzagentur festgelegt.

Am 16. August 2016 erging die Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2014 – 2018. Hierzu wurde Beschwerde eingereicht.

Das Wirtschaftsjahr 2016 war für die III. Regulierungsperiode ein so genanntes Fotojahr. Die star.Energiewerke haben auch für diese Regulierungsperiode das vereinfachte Verfahren gewählt und beantragt.

Weiterhin anhängig und noch nicht geklärt ist die Erlösobergrenzenübertragung der Riedgemeinden. Hierzu bestehen unterschiedliche Auffassungen. Die Bundesnetzagentur (BNetzA) wird sich im II. Halbjahr 2017 damit befassen.

Die Netzentgelte Gas sind im vierten Jahr der II. Regulierungsperiode. Der Effizienzwert beträgt hierbei 89,97 %. Das Wirtschaftsministerium hat unserem Antrag vom 30. März 2016 zur Teilnahme an vereinfachten Verfahren zur III. Reg.-Periode am 15. Juli 2016 zugestimmt.

Am 04. März 2015 wurde über die Kanzlei Becker-Büttner-Held (BBH) im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft durch die star.Energiewerke der Antrag auf Einleitung eines besonderen Missbrauchsverfahrens bei der BNetzA gegen unseren vorgelagerten Netzbetreiber Netze BW GmbH wegen der Nichtanwendung des Poolings in 2014 eingereicht. Die Beschlusskammer 8 der BNetzA stellte im Bescheid vom 14. Oktober 2015 fest, dass das Verhalten der Netze BW GmbH gegen §§ 21 EnWG, 17 Abs. 2a StromNEV verstößt und die Wirkung ab dem noch nicht abgeschlossenen Kalenderjahr 2015 zur Anwendung kommt. Die Netze BW GmbH hat am 06. November 2015 gegen den Bescheid der BNetzA Beschwerde beim OLG Düsseldorf einlegt. Um die Möglichkeit für die star.Energiewerke zu wahren, die in 2014 angefallenen höheren Netzentgelte wieder zu bekommen, wurde am 19. November 2015 die Beschwerde unsererseits gegen den Beschluss der BNetzA vom 14. Oktober 2015 beim OLG Düsseldorf eingelegt. Der Beschluss soll rückwirkend auf den 01. Januar 2014 korrigiert werden.

Am 09. November 2016 war die Anhörung zum Thema Pooling vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Nachdem alle drei Parteien (Netze BW GmbH, BNetzA und star.Energiewerke GmbH & Co. KG) ihre Stellungnahme abgegeben hatten, hat der Vorsitzende Richter den star.Energiewerken in beiden Punkten zum Thema recht gegeben. Das heißt, die star ist berechtigt zu poolen und die BNetzA hat dies auch rückwirkend auf den 01. Januar 2014 der Netze BW GmbH aufzuerlegen.

Die Entscheidungsverkündung war am 18. Januar 2017. Ab diesem Tag lief die einmonatige Frist aller Parteien, Rechtsbeschwerde gegen dieses Urteil beim Bundesgerichtshof einzulegen. Die Netze BW verzichtete auf einen Einspruch. Einspruch gegen dieses Urteil hat jedoch die BNetzA eingelegt. Die schriftliche Begründung des Einspruchs liegt seit dem 23. Juni 2017 beim BGH. Die von uns beauftragt Kanzlei Becker-Büttner-Held (BHH) wird mit uns, bis zum 31. August 2017, eine Stellungnahme zur Rechtsbeschwerdebegründung der BNetzA einreichen.

Absatz und Beschaffung

Die Stromabgabe an Letztverbraucher ist in 2016 im Vergleich zu 2015 um 3 Mio. kWh auf 120 Mio. kWh (Vorjahr: 117 Mio. kWh) gestiegen. Wettbewerber lieferten im Netzgebiet der star.Energiewerke Strommengen im Volumen von 112 Mio. kWh (Vorjahr 99 Mio. kWh) an Letztverbraucher. Zum Netzgebiet gehören seit 2014 die Netze der Riedgemeinden Plittersdorf, Wintersdorf und Ottersdorf. Durch die Gewinnung neuer Kunden stieg der Absatz außerhalb des eigenen Netzgebietes auf 21 Mio. kWh (Vorjahr: 15 kWh). Als Vorlieferanten für die Strombeschaffung fungierte überwiegend die Trianel GmbH, ergänzt um in BHKWs eigenerzeugten Mengen sowie eine Tochter der EnBW.

Die Gasabgabe an Letztverbraucher war in 2016 mit 240 Mio. kWh (Vorjahr: 247 Mio. kWh) leicht rückläufig. Außerhalb des Netzgebietes stieg der Absatz auf 25 Mio. kWh (Vorjahr: 15 Mio. kWh). Der Gaseinkauf erfolgte überwiegend über die Gasversorgung Süddeutschland GmbH, ergänzt um einen Spezialanbieter für Biogas.

Die Wasserabgabe betrug 2,400 Mio. m³ (Vorjahr: 2,415 Mio. m³) und war somit leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr. Dies liegt innerhalb der üblichen Schwankungen. Die Wasserförderung erfolgte mit 2,768 Mio. m³ (99%) aus eigenen Wasserwerken. Erstmals wurde über die Notwasserleitung zum Wasserwerk Muggensturm der Stadtwerke Gaggenau 15 Tm³ bezogen und eingespeist. Dies muss aus hygienetechnischen Gründen (Spülung) erfolgen, die technischen Lösungen vermeiden jedoch zur Ressourcenschonung ein Abschlagen des Trinkwassers in das Abwassersystem. Durch Rohrnetzspülungen stiegen die Wasserverluste von 204 Tm³ (7,77 %) operativ einmalig auf 406 Tm³ (14,46 %).

Im Betriebszweig Nahwärme stieg die Abgabe auf 13,605 Mio. kWh (Vorjahr: 12,159 Mio. kWh). Dies ist insbesondere auf die Neuanschlüsse im Joffre und Westring zurück zu führen.

In der Telekommunikation blieben die Umsätze gering hinter dem Vorjahr zurück. Die Umsätze mit der TelemaxX GmbH beliefen sich auf 105 T€ (Vorjahr: 116 T€). Die TelemaxX schüttete eine Dividende von 277 T€ (Vorjahr: 263 T€) aus.

Die Gesamtumsätze in der Sparte Nebengeschäft (Dienstleistungen) verringerten sich um 367 T€ auf 1,559 Mio. € (Vorjahr: 1,926 Mio. €). Das Vorjahr war jedoch durch den kurzfristigen Stromanschluss der ARGE Tunnel Rastatt geprägt. Darin enthalten sind auch die technischen Betriebsführungen für das Gasrohrnetz der Stadt Kuppenheim und die Straßenbeleuchtung für die Stadt Rastatt.

Investitionen

Die star.Energiewerke haben im Wirtschaftsjahr 2016 Gesamtinvestitionen, einschließlich der Anlagen im Bau i. H. von 8,923 Mio. € (Vorjahr: 6,124 Mio. €) getätigt. Die Investitionen verteilen sich auf die Betriebszweige wie folgt:

Stromversorgung	802.632,38 €
Erdgasversorgung	1.102.851,61 €
Wasserversorgung	2.026.294,43 €
Nahwärmeversorgung	4.515.367,79 €
Telekommunikation	14.750,98 €
Gemeinsame Anlagen	445.643,65 €
Nebengeschäft	15.279,24 €
Gesamt	8.922.820,08 €

57 T€ resultieren hierbei aus der Betriebsprüfung 2013 – 2014.

In der Wasserversorgung machen sich insbesondere die Investitionen aufgrund der PFC Belastung bemerkbar, so z. B. die Wasserleitung Wasserwerke Rauental – Lochfeldstraße und der Baukostenzuschuss zur Notwasserleitung Wasserwerk Muggensturm der Stadtwerke Gaggenau.

Durch das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) werden Ertragszuschüsse ab dem Berichtsjahr 2010 auf der Passivseite der Bilanz unter der Bilanzposition „Rechnungsabgrenzungsposten“ ausgewiesen. Für 2016 wurden Ertragszuschüsse für

Stromversorgung	176.071,69 €
Erdgasversorgung	190.872,44 €
Wasserversorgung	558.344,05 €
Nahwärmeversorgung	62.953,89 €
Gesamt	988.242,07 €

vereinnahmt und entsprechend den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern aufgelöst.

Einzelinvestitionsmaßnahmen (nach Auflösung AiB aus Vorjahr) in 2015 über 150 T€

Wärmehauptleitungen Lützowerstraße	722.244,57 €
BKZ Hauptleitung WW Rauental - Wasserwerk Muggensturm	525.941,49 €
Gebäude BHKW Josefstraße	513.332,60 €
BHKW Joffre	360.408,70 €
Wasserleitung WW Rauental - Lochfeldstraße	350.867,15 €
Wärmehauptleitung Röderweg	299.675,27 €
Gasheizkessel Josef-Durler-Schule	255.772,88 €
Gasheizkessel Handelslehranstalt	220.958,77 €
HD-Gasleitung Lützowerstraße	219.367,67 €
ND-Gasleitung Lützowerstraße	197.070,88 €
BHKW Handelslehranstalt	190.897,89 €
Heizzentrale Joffre Heizkessel	160.889,86 €
Wärmehauptleitungen Baldenau	151.893,73 €
SUMME	4.169.321,46 €

Anlagen im Bau

Zum 31. Dezember 2016 waren 2,215 Mio. € als Anlagen im Bau aktiviert.

Umwelt und Innovation

In der Energieerzeugung wurden mit den eigenen Photovoltaik-Anlagen und den zwei Wasserkraftanlagen in der Josefstraße und in Niederbühl im Berichtsjahr 2016 insgesamt 0,468 Mio. kWh Strom erzeugt (Vorjahr: 0,693 Mio. kWh). Die Steuerung des Wehres Oberndorf durch die Stadt Kuppenheim ist nicht in unserem Einflussbereich, so müssen wir zur ausreichenden Wasserzuführung auf die Abstimmung der Stadt Kuppenheim vertrauen. Hierbei geht der Bürger- und Objektschutz vor. Im Netzgebiet der star.Energiewerke wurden insgesamt 10,068 Mio. kWh (Vorjahr: 10,969. kWh) EEG-Mengen direkt abgenommen. Über das Marktprämienmodell wurden 6,122 Mio. kWh (Vorjahr: 6,259 Mio. kWh) abgewickelt. Hierzu kommt noch die selbstverbrauchten Strommengen der Einspeiser i. H .von 1,685 Mio. kWh.

Die eigenen sieben Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (BHKWs) haben brutto 4,154 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 3,893 Mio. kWh) erzeugt. In 2016 neu hinzugekommen sind die BHKWs Joffre und Baldenau. Vier der Anlagen werden mit Biogas betrieben und sind als EEG-Anlagen eingruppiert.

Im Netzgebiet der star.Energiewerke wurden 4,196 Mio. kWh (Vorjahr: 2,465 Mio. kWh) Stromerzeugung über das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) gefördert.

Handeln mit ökologischer Verantwortung

Umwelt- und Klimaschutz haben für die star.Energiewerke einen hohen Stellenwert. Neben dem verstärkten Ausbau des Nahwärmenetzes sowie dem Aufbau von Nahwärmeinseln im Stadtgebiet, schaffen wir durch gezielte Förderprogramme Anreize für den Einsatz regenerativer Energiequellen.

Auch in 2016 wurden im Bereich der regenerativen Energien und im Bereich der umweltschonenden Heiztechnik Förderprogramme umgesetzt.

Im Berichtsjahr wurden 22 Heizungsumstellungen auf Erdgas sowie 6 Auswechslungen von Nachstromspeicherheizungen gefördert.

Bei der oberflächennahen Nutzung der Geothermie wurden 1,401 Mio. kWh Wärme (Vorjahr: 1,334 Mio. kWh) und 0,505 Mio. kWh Kälte (Vorjahr: 0,280 Mio. kWh) umweltfreundlich abgegeben.

Energiewirtschaftliche Entwicklung und Lage des Unternehmens

Politische und energiepolitische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft. Unser Unternehmen muss sich daher immer wieder an die sich sehr stark ändernden Voraussetzungen und Regularien anpassen. Wir müssen uns auch künftig mit den sich neuen Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

Europäische Energiepolitik

Im Oktober 2014 hatte sich der Europäische Rat auf die Leitlinien für die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 geeinigt. Bezüglich der Treibhausgase soll bis 2030 eine Reduktion von 40 % (gegenüber dem Basisjahr 1990) erreicht werden. Wie bisher soll dieses Ziel auch auf Ebene der Mitgliedstaaten individuell verpflichtend ausgestaltet werden. Die Kernpunkte der am 15. Juli 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novelle des EU-Emissionshandelssystems sind der sogenannte „lineare Reduzierungsfaktor“ in Höhe von 2,2 % und die Festlegung, dass Erlöse aus 310 Mio. auktionierten Zertifikaten in einen Modernisierungsfond fließen sollen. Dieser Modernisierungsfonds soll für die Jahre 2021 bis 2030 eingerichtet werden und Staaten, die weniger als 60 % des europäischen Durchschnitts-BIP/Kopf erreichen, Zugang zu dessen Mitteln gewähren. Die zugelassene jährliche Menge an Emissionsrechten sollte bisher um 1,74 % reduziert werden. Die Novelle wird derzeit in den einzelnen Ratsgruppen erörtert.

Die Europäische Kommission stellte im Februar 2015 eine Rahmenstrategie für eine krisenfesten Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie vor. Das Ziel dieser Klimaunion ist die Versorgung der Verbraucher in der EU mit sicherer, nachhaltiger, auf Wettbewerbsbasis erzeugter und erschwinglicher Energie. Die Energieunion konzentriert sich zur Zielerreichung auf fünf sich gegenseitig unterstützende Komponenten: Versorgungssicherheit, einen vollständig integrierten europäischen Energiemarkt, Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs, Verringerung der CO₂-Emissionen aus der Wirtschaft sowie Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich. Dabei orientiert sich die Rahmenstrategie zur Energieunion am Rahmen für die Energie- und Klimapolitik bis 2030 und an der Strategie für Energieversorgungssicherheit. Die Rahmenstrategie zur Energieunion wurde im März 2015 vom Europäischen Rat weitgehend bestätigt. Im November 2015 verständigte sich der Ministerrat der EU auf Grundsätze zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele. Bei der Umsetzung der Energieunion liegt ein besonderes Augenmerk zunächst auf der tatsächlichen Umsetzung der Energiebinnenmarktregeln sowie auf der Überprüfung des Marktdesigns. Die Europäische Kommission legte im Februar 2016 ein Paket zur Energieversorgungssicherheit Europas vor, welches Vorschläge zur Überarbeitung der Gasversorgungssicherheitsverordnung, zur Versorgungsstrategie mit verflüssigtem Erdgas (LNG) und zu Gasspeichern enthält. Vorschläge zu einer Strategie für die Umsetzung der Energiewende im europäischen Wärme- und Kältemarkt sind ebenfalls enthalten.

Im November 2016 hat die Europäische Kommission das sogenannte Winterpaket zur Energiepolitik vorgestellt. Dieses soll einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgase in der EU leisten und ebenso dafür sorgen, dass Energie bezahlbar und Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Im Wesentlichen umfasst das Paket vier Richtlinien sowie vier Verordnungen für eine bessere Koordinierung der nationalen Energiepolitiken durch abgestimmte nationale Klima- und Energiepläne, eine neue Energieeffizienzrichtlinie, die Weiterentwicklung der Gebäuderichtlinie, eine neue Erneuerbaren-Richtlinie und ein neues europäisches Strommarktdesign. Mit diesem Paket sollen auch die Beschlüsse des Europäischen Rates zu den europäischen Klima- und Energiezielen für 2030 vom Oktober 2014 umgesetzt werden. Das Maßnahmenpaket muss noch auf EU-Ebene vom Europäischen Parlament sowie vom Ministerrat beschlossen werden.

Gesamtwirtschaftliche Situation

Vorläufige Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 preis- und kalenderbereinigt um +1,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist (Vorjahr: +1,5 %). Aus konjunktureller Sicht, ist die Lage in Deutschland weiterhin durch ein solides und stetiges Wachstum der Wirtschaft gekennzeichnet. Die wesentlichen Wachstumsbeiträge sind auch 2016 wieder den Konsumausgaben (+1,9 %) zuzurechnen. Ein Vorratsabbau (-0,4 %) sowie der leicht negative Außenbeitrag (Differenz zwischen Exporten und Importen) von -0,1 % bremsen das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche ist um 1,8 % gestiegen (Vorjahr: +1,6 %). Im Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation konnte das größte Wachstum mit einem Zuwachs von +3,0 % verzeichnet werden. Das Baugewerbe legte um +2,8 %, die Finanz- und Versicherungsdienstleister legten um +2,5 % zu.

Die deutschen Verbraucherpreise erhöhten sich in 2016 durchschnittlich um +0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Für die geringe Inflationsrate sind insbesondere die anhaltenden Preisrückgänge für Energieprodukte maßgeblich. Energie verbilligte sich im Wesentlichen aufgrund der Preisrückgänge für Mineralölprodukte (-9,3 % gegenüber dem Vorjahr). Zusätzlich herrschten rückläufige Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (-8,5 %). In 2016 sind Preise für Waren insgesamt um -0,4 % gegenüber 2015 gesunken. Preise für Dienstleistungen erhöhten sich dagegen insgesamt um +1,3 %. Die Inflationsrate würde ohne Berücksichtigung der Energie bei +1,2 % liegen.

Branchenentwicklung

Energiemärkte

Der Primärenergieverbrauch ist leicht angestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland für das Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um +1,6 % von 451,1 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) auf 458,2 Mio. Tonnen SKE gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr insbesondere im vierten Quartal kühlere Witterung sowie den Schalttag, der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungszuwachs zurückzuführen. Die Struktur des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern stellt sich nach Angaben der AG Energiebilanzen wie folgt prozentual dar:

	2016	2015
Mineralöl	34,0 %	34,0 %
Erdgas	22,7 %	20,9 %
Steinkohle	12,2 %	12,9 %
Braunkohle	11,4 %	11,8 %
Erneuerbare Energien	12,6 %	12,4 %
Kernenergie	6,9 %	7,6 %
sonstige	0,3 %	0,4 %

Insgesamt hat sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs in 2016 trotz des weiteren Ausbaus bei der Nutzung der erneuerbaren Energien nicht wesentlich verändert. Die Nutzung von erneuerbaren Energien erhöhte sich um +2,9 %, sodass ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch auf +12,6 % angestiegen ist. Der Erdgasverbrauch erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung sowie dem Mehreinsatz von Erdgas in den Kraftwerken um 10,2 %. Der Einsatz der Kernenergie verminderte sich aufgrund der Außerbetriebnahme des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld zur Mitte des Jahres 2015 sowie mehrerer planmäßiger Kraftwerksrevisionen um -7,4 %. Der Verbrauch an Braunkohle verringerte sich um -2,6 %, der Verbrauch an Steinkohle um -4,0 %.

Vorläufigen Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Berlin, (BDEW) zeigen, dass der Erdgasverbrauch in 2016 voraussichtlich um gut +10 % auf rund 940 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) gestiegen ist. Ursache für den gestiegenen Verbrauch sind im Wesentlichen die kühleren Temperaturen sowie der deutlich gestiegene Einsatz von Erdgas in Kraftwerken, vor allem in KWK-Anlagen. Im Jahr 2016 ist der Brutto-Stromverbrauch in Deutschland nach vorläufigen Schätzungen des BDEW mit voraussichtlich insgesamt etwa 592,7 Mrd. kWh um rund 0,4 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der Rückgang ist unter anderem auf die steigende Energieeffizienz sowohl von Haushaltsgeräten und Beleuchtung als auch von industriellen Prozessen zurückzuführen.

Laut den vorläufigen Berechnungen des BDEW ist die Bruttostromerzeugung in 2016 (rund 648 Mrd. kWh) im Vergleich zum Vorjahr um +0,2 % gestiegen. Der Anteil der erneuerbaren Energien (EEG-Strom) ist auf voraussichtlich 29,5 % (Vorjahr: 29,0 %*) gestiegen. Damit sind die erneuerbaren Energien erneut der wichtigste Energieträger, gefolgt von Braunkohle mit einem Anteil von 23,1 % (Vorjahr: 23,9 %). Windenergie bleibt mit einer Erzeugung von 79,8 Mrd. kWh weiterhin die wichtigste erneuerbare Energieform. Der Beitrag der regenerativen Energieträger an der Bruttostromerzeugung stellt sich nach Angaben des BDEW vorläufig wie folgt dar:

	2016	2015
Einheit	Mrd. kWh	Mrd. kWh
Windenergie	79,8	79,2
Biomasse	45,6	44,6
Photovoltaik	38,3	38,7
Wasserkraft	21,5	19,0
Müll u. sonst. Erneuerbare Energien	6,1	5,8
Gesamt	191,4	187,3

Wettbewerbs- und Marktsituation

Auch im Jahr 2016 war der Strom- und Erdgasmarkt von einem aggressiven Preiswettbewerb geprägt. Die Zahl der fremdversorgten Kunden ist im Jahr 2016 leicht gestiegen. Der Kundenmarktanteil der star auf dem Strom- und Gasmarkt insgesamt ist jedoch weiter stabil. In den neu hinzugewonnenen Netzgebieten im Ried konnten weitere Marktanteile erobert werden.

Auch in den Geschäftskundensegmenten war das Jahr 2016 von einem anhaltenden Preiswettbewerb gekennzeichnet. Bei größeren Industriekunden sind Vertragsabschlüsse nur noch mit Kleinstmargen möglich. Die langjährigen wechselseitigen Kundenbeziehungen zu kleineren und mittleren Unternehmen im Netzgebiet ermöglichen dagegen auskömmliche Kalkulationen.

Im Wärme- und Wassermarkt herrscht auch weiterhin kein direkter Wettbewerb, sodass der Marktanteil hier unverändert bleibt.

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen nach § 6 b EnWG

Gemäß der am 3. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6 b Abs. 3 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen (§ 3 Nr. 38 EnWG) zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie der Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen. Entsprechend dieser Berichtspflicht werden in der internen Rechnungslegung der star.Energiewerke jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors geführt. Ferner wird für diese Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt. Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der star.Energiewerke werden von den Erlösen aus den genehmigten Netzentgelten (Erlösobergrenzen) Strom- und Gasnetze bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) stehen Erlöse aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an den eigenen Handel und Dritthändlern gegenüber. Bedingt durch die notwendigen innerbetrieblichen Leistungsverrechnungen ergeben sich Korrekturposten gegenüber der handelsrechtlichen Bilanz.

Im Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung wird ein Jahresgewinn i. H. von 0,104 Mio. € (Vorjahr: 0,068 Mio. €) ausgewiesen. Die Bilanzsumme beläuft sich zum Stichtag auf 13,340 Mio. € (Vorjahr: 13,113 Mio. €).

Die Gasverteilung weist einen Jahresüberschuss i. H. von 1,337 Mio. € (Vorjahr: 0,748 Mio. €) aus. Die Bilanzsumme beträgt 10,272 Mio. € (Vorjahr: 9,202 Mio. €).

Die Tätigkeitsabschlüsse werden gemeinsam mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Strommarkt

Der Großhandelsmarkt Strom an der Strombörse EEX in Leipzig ist weiterhin für die Preisgestaltung im Stromeinkauf bestimmend. Die Preise für Strom lagen im Jahr 2016 an der Strombörse sowohl für die sofortige Lieferung (Spotmarkt) als auch für Terminkontrakte über das Jahr 2016 hinaus leicht unter dem Niveau des Vorjahres 2015.

So lagen die Notierungen am Spotmarkt 2016 durchschnittlich bei 26,63 €/MWh für den Grundlaststrom (Vorjahr: 27,50 €/MWh). Die Ursache für den erneuten Preisrückgang waren insbesondere die niedrigeren Bezugspreise für Brennstoffe und CO₂-Emissionszertifikate.

Gasmarkt

Im Jahr 2016 hat sich die Entwicklung aus dem Vorjahr fortgesetzt. Entgegen den Erwartungen hat sich die Konjunktur in China weniger stark abgekühlt als noch Mitte 2016 prognostiziert wurde. Gleichwohl hat sich der globale Wettbewerb der Commodities zu Lasten von Erdgas verstetigt. Rohöl, verflüssigtes Erdgas (LNG) und Kohle notierten zeitweise auf historischen Tiefstständen und sorgen für niedrige Bezugspreise für Gas.

Langfristige Gasimportverträge sind nach wie vor die Grundlage für die Gasversorgung in Deutschland. Die drei größten Lieferländer waren 2016 weiterhin Russland (41 %), Norwegen (20 %) und die Niederlande (29 %). Der Anteil der inländischen Produktion belief sich 2016 auf 7,4 %. Die Koppelung der Erdgasimportpreise an internationale Rohölnotierungen hat im Berichtsjahr weiter an Bedeutung verloren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch in 2016 mit großer Einsatzbereitschaft für die Unternehmensziele eingesetzt. Dafür bedankt sich die Geschäftsführung.

II. Steuerungssystem

Finanzieller Leistungsindikatoren

Der Jahresüberschuss stellt die entscheidende Größe dar. Dies ist sowohl für das Unternehmen selbst, als auch für die Abdeckung der finanziellen Verpflichtungen innerhalb des Unternehmensverbundes mit den Stadtwerken von höchster Bedeutung. Der Jahresüberschuss beträgt 3,132 Mio. € und liegt somit mit 0,176 Mio. € über dem Vorjahr und macht im Hinblick auf den Wirtschaftsplan, eine Punktlandung. Der Unternehmensverbund ist somit ausgeglichen. Das operative Ergebnis der star.Energiewerke (EBITDA) verbesserte sich um 0,322 Mio. € auf 6,661 Mio. € (VJ: 6,339 Mio. €).

Die zentrale Steuerungsgröße für die Gesellschaft wird sowohl durch die Energiebeschaffung, als auch die Bewirtschaftung der Betriebsmittel beeinflusst. Die Energiebeschaffung ist weitgehend von den Märkten (z. B. EEX) abhängig. Die Bewirtschaftung der Betriebsmittel, teilweise auch beeinflusst durch regulative Vorgaben der Netzentgeltverordnung, steht weiterhin im Focus der Unternehmenspolitik und Steuerung.

Die Erschließung neuer Märkte und der Ausbau der Kernkompetenzen gehören hier ebenfalls dazu und wurden auch in 2016 fortgesetzt. Produktpolitik mit Kundenbindung und Betriebsführungsverträge sind hier die Ansätze.

Der Absatz in der Sparte Strom ist gegenüber Vorjahr gesunken. Dies resultiert hauptsächlich aus auslaufenden Belieferungen von RLM-Kunden außerhalb des Netzgebietes. Der Gasabsatz ist gegenüber dem Vorjahr fast identisch. Es gab hierbei jedoch Verschiebungen zugunsten der Belieferungen von Kunden im eigenen Netz.

Im Bereich der Elektrizitätsverteilung konnte das Jahresergebnis wieder leicht erhöht werden. Auch in der Gasverteilung wurde ein ansprechender Gewinn erwirtschaftet.

Im Stromhandel konnte in 2016 trotz hartem Wettbewerb einen Gewinn von 0,786 Mio. € erwirtschaftet werden. Der Gashandel erreichte ein positives Ergebnis von 0,972 Mio. €.

Die Wasserversorgung schließt mit einem erwarteten schwachen Jahresgewinn i. H. von 0,002 Mio. € ab. Hierbei wirken sich insbesondere die direkten Aufwendungen der PFC-Belastungen von 0,307 Mio. € aus. Hinzu kommen noch in 2016 die der PFC-Belastung geschuldeten Rohrnetzspülungen i. H. von 260 T€, die außerordentlichen Personalkosten für das Monitoring, die bereits angelaufenen Abschreibungen für Investitionen aufgrund PFC und die Finanzierungskosten hinzu.

Die Nahwärmesparte bleibt mit -0,584 Mio. € erwartungsgemäß in der Verlustzone. Die darin getätigten Investitionen amortisieren sich branchenüblich nicht in den Anfangsjahren.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Kundenzufriedenheit stellt nach wie vor eine Säule unseres Erfolges dar. Die Kundenbindung an die als „Ihr Stadtwerk vor Ort“ gilt es weiterhin zu festigen. Hierzu wurde bereits in 2016 durch eine Umfrage unter Kunden der Wegweiser für eine Umfirmierung, zurück zu „Stadtwerke Rastatt“ gestellt. In 2017 beginnt der Umsetzungsprozess, der bis Ende II. Quartal in 2018 abgeschlossen sein soll.

Wir verstehen uns im Bereich der Energieverteilung, der Beschaffung und auch störungsfreien Belieferung als Dienstleistungsunternehmen. Hierzu benötigen wir qualifizierte und motivierte Mitarbeiter. Insofern stellen diese Mitarbeiter einen Großteil der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren für die star.Energiewerke dar. Sowohl Aus-, als auch Weiterbildung haben hier einen großen Stellenwert.

III. Ertragslage

Mit einem Umsatz von 52,368 Mio. € (Vorjahr: 50,360 Mio. €) wurde ein Jahresgewinn von 3,132 Mio. € (Vorjahr: 2,956 Mio. €) erwirtschaftet. Die Konzessionsabgabe ist mit 1,955 Mio. € (Vorjahr: 1,796 Mio. €) voll erwirtschaftet und an die Stadt Rastatt abgeführt.

IV. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 54,869 Mio. € (Vorjahr: 48,470 Mio. €). Auf der Aktivseite entfallen davon 71,05 % (Vorjahr: 68,17 %) auf das Anlagevermögen. Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,399 Mio. € gestiegen. Dies resultiert aus den Investitionen in der Nahwärme- und Kälteversorgung sowie in der Wasserversorgung. Der aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftete Cashflow reichte zur Finanzierung der Investitionen und der Gewinnabführung nicht vollständig aus. Zur Finanzierung der Investitionen in der Nahwärmesparte (Joffre und Baldenau) kamen drei Kredite über insgesamt 3,597 Mio. € zinsgünstig über die KfW zur Auszahlung. Bei diesen Darlehen werden wir mit 200 T€ Tilgungszuschuss gefördert. Für das Murgarré erhielten wir einen Zuschuss über das KIT i. H. von 30 T€. Der BAFA-Antrag für das Wärmenetz EKZ/Schlossgalerie blieb in 2016 aufgrund der EU-beihilferechtlichen Problematik von KWKG-Förderungen unbearbeitet.

Das Eigenkapital ist mit einem Anteil von 34,27 % (Vorjahr: 38,41 %) an der Bilanzsumme gesunken.

V. Finanzlage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Geschäftsjahr 2016 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes, der die flüssigen Mittel enthält.

	2016	2015
	T€	T€
Finanzmittelfond Vorjahr	-3.453	-3.651
Cashflow aus der		
→ laufenden Geschäftstätigkeit	7.864	6.422
→ Investitionstätigkeit	-8.923	-6.052
→ Finanzierungstätigkeit	1.753	-172
Veränderung Finanzmittelfond	694	198
Finanzmittelfond am Ende	-2.759	-3.453

VI. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Verlauf

Bereits im Vorjahresbericht wurde darauf verwiesen, dass der Jahresüberschuss in vergleichbarer Höhe wie 2015 für 2016 erwartet wird. Der Jahresüberschuss 2016 i. H. von 3,132 Mio. € erfüllt somit die Erwartungen gänzlich und trifft fast genau den prognostizierten Gewinn im Wirtschaftsplan.

VII. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Prognosebericht

Erwartete Entwicklung der Rahmenbedingungen

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist weiter durch massive Umbrüche gekennzeichnet, was dazu führt, dass sich die weitere Entwicklung von Energieversorgungsunternehmen in instabilen Rahmenbedingungen vollziehen wird. Die sich aus den Umfeldbedingungen ergebenden Chancen und Risiken haben unmittelbar Einfluss auf die unternehmerische Entwicklung der star.Energiewerke.

Die „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ prognostiziert für das Jahr 2017, dass sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland zum Vorjahr 2016 leicht auf 1,4% abschwächt. Einer der Gründe für die schwächere Zuwachsrates ist die geringere Anzahl an Arbeitstagen. Aufgrund der zuletzt erhöhten Öl- und sonstigen Energiepreise, wird für die Inflationsrate ein Anstieg auf 1,4% erwartet. Durch die große industrielle Basis in Deutschland, hat die konjunkturelle Entwicklung erheblichen Einfluss auf Energie- und Verkehrsbedarf. Die star.Energiewerke gehen daher für 2017 von einer konstanten Nachfrage nach Strom und Erdgas aus.

Die star.Energiewerke gehen davon aus, dass die Regulierungsdichte in der Energieversorgungsbranche durch die EU sowie durch die Bundesregierung weiter zunimmt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Erzeugung aus erneuerbaren Energien werden voraussichtlich eng bleiben und die konventionelle Stromerzeugung könnte weiterhin zunehmend unwirtschaftlich werden. Internet- sowie Smart-Technologien werden zunehmend an Bedeutung gewinnen und somit wichtig für den unternehmerischen Erfolg sein. Die Aufgabe von Stadtwerken in den immer enger werdenden Rahmenbedingungen wird es nun sein, adäquate Wege zu finden, um rechtliche (juristische) Belastungen zu minimieren und Chancen zu identifizieren, die durch die gesetzten Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Ein Beispiel hierfür ist der Bereich der konventionellen Erzeugung, in dem klare Grenzen gesetzt werden, wohingegen im Bereich der Vermarktung erneuerbarer Energien neue Wege geöffnet werden könnten.

Die Wirtschaft im IHK-Bezirk Karlsruhe ist im Frühsommer 2017 im Branchendurchschnitt mit dem Verlauf ihrer Geschäfte so zufrieden wie nie zuvor. Steigende Umsätze, eine verbesserte Ertragslage und die lebhaftere Nachfrage aus dem In- und Ausland tragen zur guten Stimmung bei. Der IHK-Konjunkturklimaindex, der die Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Geschäftslage in einem Wert darstellt, liegt aktuell bei 140 Punkten. Ein ähnlich hoher Wert wurde letztmals vor zehn Jahren erreicht. Insbesondere die nochmalige Verbesserung der Lageeinschätzung, aber auch der weiterhin ungetrübte Optimismus, trägt zu dem Allzeithoch bei. Die günstige Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Monaten fortgesetzt. Die insgesamt positiven Erwartungen der Unternehmen spiegeln sich auch in den deutlich expansiveren Beschäftigungs- und Investitionsplanungen wider.

(Quelle: Konjunkturbericht Frühsommer 2017, IHK Karlsruhe).

Die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung ARegV, die Senkung der Eigenkapitalverzinsung von 9,05 % auf 6,91 % in der II. Regulierungsperiode und die Senkung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten von 45 % auf 5 % im vereinfachten Verfahren stellen neue Herausforderungen dar. Die hieraus wachsenden Gewinneinbußen müssen durch effiziente Maßnahmen und Strukturen aufgefangen werden.

Die star.Energiewerke erwarten für das Jahr 2017 weiterhin eine Seitwärtsbewegung mit entsprechenden Effekten auf die Energiemärkte. Wir gehen von einem positiven Verlauf der Geschäftsentwicklung aus. Das operative Jahresergebnis von 2016 dürfte erreichbar sein, das Gesamtjahresergebnis wird es jedoch aufgrund Einmaleffekten (Auflösung Pooling) übertroffen werden.

Die Jahresergebnisse der mittelfristigen Wirtschaftsplanung liegen weiterhin in einem Bereich von 3 Mio. € und sollten die notwendigen organschaftlichen Verlustabdeckungen ermöglichen. Die Volatilität der Energiemärkte, die Energiewende mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien und der Ölpreis sind hierbei bestimmende Größen und in der mittelfristigen Planung nur sehr schwer zu quantifizieren. Die Thematik der PFC-Verunreinigungen wird sich ergebnisbelastend auswirken, sowohl im direkten Aufwand, als auch über die Abschreibungen und Finanzierungskosten der Investitionen. Preiserhöhungen sind, bereits im Mai 2017 vorgenommen, unvermeidbar, insbesondere wenn kein Schadensersatz mangels Haftungsgrundlage oder staatliche Hilfe geleistet wird.

Auch im Berichtsjahr 2016 nutzten die star.Energiewerke auf für die Aufgaben der Strombeschaffung Portfoliomanagement-Dienstleistungen der Trianel GmbH (Aachen). Das gewählte Beschaffungsmodell gewährleistet ein professionelles Management insbesondere der Preisrisiken des Großhandels. Durch eine langfristige Ausgestaltung der Beschaffungsstrategie, die sich insbesondere auf den Terminmarkt stützt, lässt sich ein wettbewerbsfähiger Bezugspreis für das Jahr 2016 und auch für die zukünftigen Jahre darstellen.

Im Bereich Gas ist die Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Stuttgart) weiterhin unser Vorlieferant. Durch den strukturierten Gasvertrag übernimmt der Vorlieferant einen großen Teil des Mengenrisikos, während die star.Energiewerke das Preisrisiko tragen und durch eine absatzgesteuerte Beschaffungsstrategie limitieren. Somit hinterlassen die konjunkturellen oder saisonalen Absatzrückgänge unserer Kunden hier kaum negative Auswirkungen auf der Einkaufsseite. Auch hier ist die Beschaffungsstrategie darauf ausgerichtet, Preisschwankungen zu glätten und gleichzeitig das aktuelle, im historischen Vergleich günstige Preisniveau des Großhandels für die Zukunft abzusichern.

Die operative Wasserversorgung wird fast ausschließlich mit dem Wasserwerk Ottersdorf betrieben. Seit Oktober 2016 ist die Notversorgung über die Leitung aus dem Wasserwerk Muggensturm der Stadtwerke Gaggenau in Betrieb. Seit Dezember laufen die Umbauarbeiten im Wasserwerk Rauental.

Das Notwasserwerk Niederbühl kann auf Grund der festgestellten sehr hohen PFC-Konzentration seit 2013 bis auf weiteres nicht mehr in die Versorgung mit eingebunden werden. Die star.Energiewerke erforschen in Zusammenarbeit mit dem Technologiezentrum Wasser Karlsruhe (TZW), wie perfluorierete Verbindungen (PFC) möglichst gut und wirtschaftlich aus dem Grundwasser entfernt werden können, um künftig eine sichere Versorgung mit sauberem Trinkwasser zu gewährleisten.

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens zur bestmöglichen Adsorption mit einer neuentwickelten Aktivkohle zur Entfernung von PFC liegen seit Herbst 2015 vor. Die Forschungsarbeiten setzten mit einem DVGW-Forschungsprojekt zur Entfernung von PFC mit Ionenaustauschern im Wasserwerk Niederbühl fort. Die Ionenaustauscher adsorbieren zwar in ähnlich guter Weise die PFC, jedoch liegt hier das Problem in der Regeneration des Harzes. Dafür müsste die star.energiewerke GmbH&Co.KG eine Anlage mit ca. 100 m³ 45-%igen Alkohol einrichten. Ein Aufwand, der wirtschaftlich nicht darstellbar ist.

Die Ausbreitung der in der Schutzzone IIIB des Wasserschutzgebietes des Wasserwerks Ottersdorf festgestellten PFC-Konzentrationen wird weiter durch regelmäßige Probeentnahmen überwacht. Das zukünftige Aufbereitungskonzept für das Wasserwerk Ottersdorf wird in Zusammenarbeit mit TZW erstellt. Ziel dieser Betrachtung ist, die effizienteste und wirtschaftlichste Aufbereitungs- und Reinigungsmethode zu finden, damit dem Rastatter Bürger/innen ein einwandfreies Trinkwasser geliefert werden kann, wenn die PFC-Fahne unsere Brunnen in Ottersdorf erreichen sollte. Dies stellt auch die Weichen für spätere Generationen.

Das Wasserwerk Rauental wird zu einem vollwertigen automatisch betriebenen Wasserwerk ausgebaut, welches eine Trinkwasseraufbereitungsleistung haben wird, um die Redundanz für das Wasserwerk Ottersdorf und somit für das ganze Versorgungsgebiet darzustellen.

Das Grundwassermodell im Wasserschutzgebiet Ottersdorf wurde im 2016 als Nachweis zur beabsichtigten Ausweitung des Wasserschutzgebietes sowie zur Verdeutlichung der Strömungsverhältnisse im Vorfeld des Wasserwerks Ottersdorf in die Wege geleitet. Das Grundwassermodell wird derzeit noch weitergeführt und mit zusätzlichen Werten optimiert. Dafür wurde Ende 2016 mit dem Bau weiterer Pegel im Vorfeld des WW Ottersdorf begonnen. Die Lage dieser Beprobungsstellen wurde auf der Grundlage des Grundwasser-Strömungsmodells ermittelt.

Ein zweites Modell für das Wasserschutzgebiet Rauental wurde im Juni 2016 beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit Mai 2017 vor und zu bemerken ist, dass das Grundwasser am Rohwasserbrunnen des Wasserwerks Rauental bis zu 60 % aus der Murg stammt, bei einer Entnahmerate von 70 l/s.

Ein Markierungsversuch wurde in Sommer 2015 in die Wege geleitet, um Auskunft über Fließrichtung und Fließgeschwindigkeit des Grundwassers im Wasserschutzgebiet Rauental zu erhalten. Dieser Versuch wurde ergebnislos abgeschlossen mit zwei wahrscheinlichen Ursachen dafür: Vorbeiströmen an den Messstellen und mikrobieller Abbau des Tracers.

Das PFC-Monitoring in beiden Wasserschutzgebieten wird wie bisher weiter durchgeführt, um das Verhältnis der PFC-Fahne beobachten zu können.

Wie schon im Vorjahr stand auch das Jahr 2016 ganz im Zeichen eines weiteren Ausbaus der Nahwärmesparte. Das Geschäftsfeld Nahwärme und Kälte verbindet dabei in der Langzeitbetrachtung die betriebswirtschaftliche Ergebnis-sicherung mit ökologischem Vorsprung gegenüber der konventionellen Heiztechnik. Niedrige Investitions- und Unterhaltskosten sind ein wichtiges Zugpferd für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Rastatt. Aktuell arbeiten wir an folgenden Projekten: Neue Ludwigvorstadt, Entwicklung des Nahwärmegebietes rund um das Tulla-Gymnasium, der Josef-Durler-Schule und der Baldenau und Nahwärme für das Gebiet Leopoldring / Friedrichsring sowie für das Murg-Carré.

Die vertraglichen Regelungen mit der TelexX GmbH begünstigen mittelfristig die Planungssicherheit der Vermietungsumsätze. Aus der Beteiligung sind weiterhin nachhaltig Ausschüttungen zu erwarten.

In der Sparte Nebengeschäft (Dienstleistungen) gehen wir von einem leichten Umsatzrückgang aus, da der Betriebsführungsvertrag für das Gasnetz Kuppenheim ausgelaufen ist. Ein Betriebsführungsvertrag für ein Wasserwerk und ein Wassertransportnetz steht für III. Quartal 2017 an.

Versorgungssicherheit ist nach heutigem Stand für alle Betriebszweige gegeben. Existenzbedrohende oder wesentliche Risiken sind nicht erkennbar.

Im I. Quartal 2017 stellen sich die einzelnen Betriebszweige wie folgt dar:

Im I. Quartal 2017 wurde eine Strombeschaffung für das Stadtgebiet von 27,3 Mio. kWh verzeichnet. Die Menge hat sich gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres nur unwesentlich verändert.

Für das I. Quartal 2017 wurden ca. 96 Mio. kWh Erdgas vom Vorlieferanten bezogen. Damit hat sich die Bezugsmenge gegenüber dem Vorjahr witterungsbedingt deutlich erhöht.

Die Großhandelspreise für Strom und Erdgas haben zu Beginn des Jahres 2017 einen langjährigen Tiefststand erreicht. Insbesondere die Strompreise haben sich jedoch wieder deutlich erholt und befinden sich aktuell in einem leichten Aufwärtstrend. Die Gaspreise hingegen notierten seitwärts bis leicht abwärts.

Die Wasserförderung in den ersten drei Monaten 2017 betrug 724.708 m³ (Vorjahr: 647.223 m³) und lag somit 11,97 % über dem Vorjahr.

Mit den Eigenanlagen (BHKWs) wurden im I. Quartal 2017 ca. 4,582 Mio. kWh Wärme erzeugt (Vorjahr: 2,358 Mio. kWh).

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	38.986	33.043	29.810	26.603
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.347	422	484	409
Sachanlagen	37.307	32.289	28.994	25.862
Finanzanlagen	333	333	333	332
Umlaufvermögen Gesamt	15.836	15.390	15.982	18.023
Vorräte	611	584	406	433
Forderungen	14.032	14.720	15.077	15.181
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	1.193	86	498	2.409
Rechnungsabgrenzungsposten	47	37	33	33
Bilanzsumme	54.869	48.470	45.825	44.659
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	18.801	18.619	18.502	18.661
Kommanditkapital	12.518	12.518	12.518	12.518
Rücklagen	3.151	3.145	3.143	2.366
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0	0
Gewinn/Verlust	3.132	2.956	2.842	3.777
empfangene Ertragszuschüsse	379	529	709	1.048
Rückstellungen	1.943	2.461	1.635	2.881
Verbindlichkeiten	30.233	24.048	23.008	20.856
Rechnungsabgrenzungsposten	3.513	2.814	1.971	1.213
Bilanzsumme	54.869	48.470	45.825	44.659

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	52.368	50.360	51.371	49.448
+ Bestandsveränderungen	41	76	9	-42
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	341	269	247	345
+ Sonstige betriebliche Erträge	471	1.043	1.952	875
= A. Betriebsleistung	53.221	51.748	53.578	50.626
Materialaufwand	36.682	33.688	35.845	33.070
+ Personalaufwand	7.190	7.137	6.729	6.251
+ Abschreibungen	2.971	2.780	2.598	2.373
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.614	4.584	4.855	4.297
= B. Betriebsaufwand	49.457	48.189	50.027	45.991
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	3.764	3.559	3.551	4.636
Erträge aus Beteiligungen	277	263	118	118
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	30	30	25
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	358	371	349	361
= D. Finanzergebnis	./ 62	./ 78	./ 201	./ 218
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	3.702	3.481	3.350	4.417
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0
+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	523	478	463	595
./ Sonstige Steuern	47	47	45	45
= Jahresgewinn/Jahresverlust	3.132	2.956	2.842	3.777

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Gewinn/Verlust/Verlust	T€	3.132	2.956	2.842	3.777
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	71,11	68,22	65,05	59,57
Umlaufintensität	%	28,89	31,78	34,88	40,36
Investitionen	Mio. €	8,923	6,082	6,124	5,271
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	34,27	38,41	40,38	41,78
Fremdkapitalquote	%	65,73	61,59	59,62	58,22
Anlagendeckung	%	48,23	56,35	62,07	70,15
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%	5,98	5,87	5,53	7,64
Eigenkapitalrentabilität	%	16,66	15,88	15,36	20,24
Gesamtkapitalrentabilität	%	6,36	6,86	6,96	9,27
Kostendeckung	%	103,94	103,21	100,96	105,23
Personalkostenintensität	%	14,27	14,63	13,22	13,30
Personalaufwand je Mitarb.	€	61.455	63.156	59.548	54.359

LEISTUNGSKENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Stromversorgung					
Abgabe (Handel)	Mio.kWh	119,814	116,997	132,157	116,234
Benutzungsstunden (Verteilung)	h	5.150	5.987	5.398	5.495
Eingebaute Zähler	Stück	29.500	28.895	28.632	25.942
Versorgte Einwohner		49.354	48.256	48.220	40.493
Erdgasversorgung					
Abgabe (Handel)	Mio.kWh	239,568	246,853	244,296	330,446
Benutzungsstunden (Verteilung)	h	2.844	2.768	2.396	1.866
Eingebaute Zähler	Stück	8.109	8.237	8.153	8.270
Versorgte Einwohner		48.884	47.802	47.762	47.306
Wasserversorgung					
Abgabe	Mio.m ³	2,400	2,415	2,310	2,305
Eingebaute Zähler	Stück	9.393	9.270	9.199	9.174
Versorgte Einwohner		49.354	48.256	48.220	47.741
Nahwärmeversorgung					
Abgabe	Mio.kWh	13,605	12,159	8,811	10,681
Eingebaute Zähler	Stück	196	181	176	173
Versorgte Wohnungen	Anzahl	464	370	329	329
Geothermie	Anzahl	2	2	2	2

star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH

ALLGEMEINE ANGABEN

star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH
Markgrafenstraße 7
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 7 73 - 0
Telefax: (0 72 22) 7 73 - 1 20

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftsvertrag vom 12. Dezember 2000, zuletzt geändert durch Beschluss vom 19. Mai 2010.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft in Firma star.Energiewerke GmbH & Co. KG.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

100 % Tochter der Stadtwerke Rastatt in der Rechtsform einer GmbH. Da die Stadtwerke Rastatt keine eigenständige Rechtspersönlichkeit besitzt, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital: **25.000,00 €**
Stadt Rastatt (Stadtwerke): 25.000,00 € (= 100,00 %)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Gewinn/Verlust	Gewinn-/Verlustverwendung
2016	-107,96 €	Verrechnung
2015	-73,46 €	Verrechnung
2014	-260,16 €	Verrechnung
2013	821,25 €	Gewinnvortrag

	Verwaltungs- kostenbeitrag
2016	0,00 €
2015	0,00 €
2014	0,00 €
2013	0,00 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung:	Olaf Kasprzyk
Aufsichtsrat:	Der Aufsichtsrat besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Rastatt und den Mitgliedern des Betriebsausschusses mit Ausnahme der sachkundigen Bürger. Der Oberbürgermeister ist kraft seines Amtes Vorsitzender des Aufsichtsrates.
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch
Mitglieder des Aufsichtsrates:	Harald Ballerstaedt, Dipl.-Ing. (BA), Geschäftsführender Gesellschafter Stefan Felsner, Optikermeister Hans-Albert Fritsch, Heizungsbaumeister Dr. Michael Gehse, Hautarzt Dieter Gerster, Lehrer Martin Graf, Elektromeister, Dr. Wolfgang Güttel, Arzt Klaus Hüttlin, Rentner Herbert Köllner, Rektor i. R. Mathias Köppel, Schreinermeister und Bestatter Gunter Kreis, Arbeitnehmervertreter Nicole Maier-Rechenbach, Dipl. Verwaltungswirtin (FH) Walter Renschler, Dipl.-Ing. für Gartenbau Roland Walter, Industriekaufmann Jürgen Wahl, Dipl.-Ing. (BA) für Elektrotechnik Dr. Erich Wölflle, Kieferchirurg Monika Zierz, Sekretärin Roy Zilius, Polizeihauptkommissar

Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung. Im Übrigen wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht

WICHTIGE VERTRÄGE

-keine-

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Angestellte	1	1	1	1
Insgesamt	1	1	1	1

BETRIEBSZWEIGE

Gesonderte Betriebszweige bestehen nicht.

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

I Allgemeines

Die star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH haben im Geschäftsjahr 2016 ihre Hauptaufgabe –die Geschäftsführung der star.Energiewerke GmbH & Co. KG- wahrgenommen.

Der Aufsichtsrat hielt im Geschäftsjahr vier ordentlich einberufene Aufsichtsratssitzungen ab. Dazu kam es noch zu einem Umlaufbeschluss im schriftlichen Verfahren. Der Aufsichtsrat hat hierbei in der Sitzung vom 27. Oktober 2016 den Jahresabschluss 2015 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung und die Entlastung der Organe empfohlen. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2015 und die Entlastung der Organe erfolgten am 21. November 2016 durch den Gemeinderat der Stadt Rastatt.

Die Aufsichtsratssitzungen befassten sich ansonsten ausschließlich mit Belangen der star.Energiewerke GmbH & Co. KG.

II Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Als Erträge sind die vertragliche Haftungsentschädigung, Auslagenersatz und Zinserträge vereinbart. Das Geschäftsergebnis für das Wirtschaftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i. H. von -107,96 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -73,46 €) ab.

Als Aufwendungen sind u. a. Verwaltungs- und Prüfungskosten sowie Versicherungsbeiträge für eine D & O Versicherung angefallen.

Der Jahresfehlbetrag resultiert insbesondere aus den fehlenden Zinserträgen, hervorgerufen durch das momentan extrem niedrige Zinsniveau.

III Lage des Unternehmens

Die laufenden Kosten werden weiterhin nicht mehr gänzlich durch die vertragliche Haftungsvergütung, durch den Auslagenersatz und die Verzinsung des einbezahlten Stammkapitals gedeckt.

Das Stammkapital ist jedoch weiterhin gesichert und keinem Verzehr ausgesetzt. Der Gewinnvortrag i. H. von 11.404,16 € kann den Jahresfehlbetrag von -107,96 € problemlos ausgleichen.

IV Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Aus dem bisherigen Geschäftsverlauf der star.Energiewerke GmbH & Co. KG sind keine Risiken erkennbar. Die der Energiewirtschaft geschuldeten Risiken sind entsprechend bewertet und auch dem Aufsichtsrat im Rahmen einer Klausurtagung im Februar 2017 erläutert worden. Hierzu zählen insbesondere die Veränderungen der Netzentgelte aufgrund sinkender Eigenkapitalverzinsung und Auswirkungen des IT-Sicherheitsgesetzes. Die Problematik der PFC-Belastungen ist weiterhin ein zentrales Thema. Im Lagebericht der star.Energiewerke GmbH & Co. KG wird darüber ausführlich Bericht erstattet.

V Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 wird wiederum mit einem leichten Verlust gerechnet.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	0	0	0	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0
Finanzanlagen	0	0	0	0
Umlaufvermögen Gesamt	39	39	40	40
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen	38	38	4	1
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	1	1	36	39
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0		0
Bilanzsumme	39	39	40	40
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	36	36	36	37
Stammkapital	25	25	25	25
Rücklagen	0	0	0	0
Gewinn-/Verlustvortrag	11	11	11	11
Gewinn	0	0	0	1
Rückstellungen	3	3	3	2
Verbindlichkeiten	0	1	1	1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	39	39	40	40

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0	0
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	11	11	12	11
= A. Betriebsleistung	11	11	12	11
Materialaufwand	0	0	0	0
+ Personalaufwand	0	0	0	0
+ Abschreibungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	11	11	12	10
= B. Betriebsaufwand	11	11	12	10
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	0	0	0	1
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
= D. Finanzergebnis	0	0	0	0
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	0	0	0	0
+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
./ Sonstige Steuern	0	0	0	0
= Jahresgewinn	0	0	0	1

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Gewinn/Verlust	T€	-0,108	-0,073	0,260	0,821
Vermögenslage					
Umlaufintensität	%	100,00	100,00	100,00	100,00
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	92,39	93,18	90,47	91,60
Fremdkapitalquote	%	7,61	6,82	9,53	8,40
Ertragslage					
Eigenkapitalrentabilität	%	-0,30	-0,20	-0,71	2,34
Gesamtkapitalrentabilität	%	-0,27	-0,19	-0,65	2,04

Wehrgeschichtliches Museum Rastatt GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Wehrgeschichtliches Museum Rastatt GmbH
Friedrich-Ebert-Straße 27
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 3 42 44
Telefax: (0 72 22) 3 07 12

E-Mail: information@wgm-rastatt.de
Internet: www.wgm-rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gründungsdatum ist der 12.12.1996.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Unterhaltung eines historischen Spezialmuseums, insbesondere der zeitgemäßen Darstellung der Militärgeschichte sowie der Pflege seines in mehr als 60 Jahren zusammengetragenen Fundus auf dem Gebiet der Militärgeschichte und Heereskunde.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Beteiligung an einem Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH.

BETEILIGUNG

Stammkapital:	26.100,00 €
Stadt Rastatt:	8.700,00 € (= 33,33 %)
Land Baden-Württemberg	8.700,00 € (= 33,33 %)
Vereinigung der Freunde des WGM Schloss Rastatt e.V.	8.700,00 € (= 33,33 %)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Betriebszuschuss an das WGM	Mietzuschuss an das WGM
2016	140.000 €	43.039 €
2015	140.000 €	43.039 €
2014	112.000 €	43.039 €
2013	112.000.€	43.039 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Herr Dr. Alexander Jordan

Ausschuß/Aufsichtsrat:

Vorsitzender: Ministerialrat Bernhard Gieß
Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Mitglieder: Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch (Stadt Rastatt)
Oberstleutnant a.D. Uwe Peter Böhm (Stadt Rastatt) (bis 28.02.2016)
Prof. i.R. Gunter Kaufmann (ab 29.02.2016)
2 weitere Vertreter des Landes Baden – Württemberg
1 Vertreter der Vereinigung der Freunde WGM Schloss Rastatt e.V.

Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

a. Geschäftsführung: 58.830,60 €
b. Ausschuss/Aufsichtsrat: 0,00 €

WICHTIGE VERTRÄGE

Es sind keine wichtigen Verträge vorhanden.

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Angestellte	19	19	20	20
Arbeiter				
Auszubildende				
Insgesamt	19	19	20	20

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Es werden keine Beteiligungen an anderen Unternehmen gehalten.

BETRIEBSZWEIGE

Es sind keine separaten Betriebszweige vorhanden.

BILANZEN

A K T I V A in T€	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
Anlagevermögen Gesamt	224	226		244
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	1
Sachanlagen	224	226	229	243
Finanzanlagen				
Umlaufvermögen Gesamt	1.132	1.030		
Vorräte				
Forderungen	18	19	33	19
Wertpapiere				
Kassenbestand bzw. Guthaben	1.114	1.011	1.000	1.090
Rechnungsabgrenzungsposten	1	4	4	1
Bilanzsumme	1.357	1.260	1.266	1.354
P A S S I V A in T€	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
Eigenkapital Gesamt	1.322	1.220	1.215	1.291
Stammkapital	26	26	26	26
Rücklagen	1.664	1.549	1.597	1.657
Gewinn	./.368	./.355	./.408	./.392
Empfangene Ertragszuschüsse				
Rückstellungen	21	24	33	39
Verbindlichkeiten	14	16	18	24
Rechnungsabgrenzungsposten				
Bilanzsumme	1.357	1.260	1.266	1.354

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

in T€	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
Umsatzerlöse	17	15	23	17
+ Bestandsveränderungen				
+ Andere aktivierte Eigenleistungen				
+ Sonstige betriebliche Erträge	14	19	102	19
= A. Betriebsleistung	31	34	125	36
Materialaufwand	64	71	84	84
+ Personalaufwand	244	245	240	235
+ Abschreibungen	2	4	14	23
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	89	88	223	108
= B. Betriebsaufwand	399	408	561	450
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	./368	./374	./436	./414
Erträge aus Beteiligungen				
+ Erträge aus anderen Wertpapieren				
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		19	28	22
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
= D. Finanzergebnis	0	19	28	22
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	./368	./355	./408	./392
+ außerordentliche Erträge				
./ außerordentliche Aufwendungen				
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag				
./ Sonstige Steuern				
= Jahresgewinn/Jahresverlust	./368	./355	./408	./392

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
Gewinn/Verlust	T€	./.368	./.355	./.408	./.392
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	17	18	18	18
Umlaufintensität	%	83	82	82	82
Investitionen	T€	0	2	0	1
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	97	97	96	95
Fremdkapitalquote	%	3	3	4	4
Anlagendeckung I	%	590	539	528	532
Anlagendeckung II	%	590	539	528	532
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%	0	0	0	0
Eigenkapitalrentabilität	%	0	0	0	0
Gesamtkapitalrentabilität	%	0	0	0	0
Kostendeckung	%				
Cash-Flow	T€	./.366	./.351	./.394	./.369
Personalkostenintensität	%	143	160	104	136
Personalaufwand je Mitarbeiter.	T€	13	13	12	12

LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2016	2015	2014	2013
Besucherzahl	16.181	16.622	28.962	20.234

TelemaxX Telekommunikation GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

TelemaxX Telekommunikation GmbH
Amalienbadstraße 41
76227 Karlsruhe

Telefon: 0049 (0) 7 21 / 1 30 88 – 0
Telefax: 0049 (0) 7 21 / 1 30 88 – 77

E-Mail: info@telemaxx.de
Internet: www.telemaxx.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftsvertrag in der gültigen Fassung vom 5. Februar 1999. Gründungsdatum ist der 05.02.1999.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens sind das Planen, Errichten, Betreiben und Vermarkten eines vor allem in der Technologie-Region Karlsruhe gelegenen Übertragungsnetzes sowie das Angebot und die Vermarktung von Telekommunikationsdienstleistungen und damit in Zusammenhang stehende Dienstleistungen. Die Gesellschaft kann im Übrigen alle Geschäfte betreiben und Maßnahmen vornehmen, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft ist auch berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten und sich an anderen Gesellschaften zu beteiligen sowie andere Gesellschaften neu zu gründen.

Die Gesellschaft verfolgt mit den vorstehend genannten Unternehmensgegenständen ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§102/103 der Gemeindeordnung Baden- Württemberg.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Minderheitsbeteiligung der star.Energiewerke GmbH & Co. KG Rastatt an der die Stadtwerke Rastatt (Eigenbetrieb) zu 100 % beteiligt sind. Es handelt sich um eine mittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital:	2.000.000,00 €	
star.Energiewerke GmbH & Co. KG:	181.800,00 €	(= 9,09 %)

Haftung der Stadt Rastatt

Da die star.Energiewerke GmbH & Co. KG zu 100 % der Stadtwerke Rastatt/Stadt Rastatt gehören, haftet die Stadt Rastatt mittelbar mit der Einlage.

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Herr Dipl.-Wirtsch. Ing. (FH) Dieter Kettermann
Herr Stephan Sluzewski

Gesellschafterausschuss:

Vorsitzender: Herr Oehler, Stadtwerke Ettlingen GmbH

Mitglieder:

Herr Pahl, Stadtwerke Baden-Baden
Herr Kleck, Stadtwerke Bretten GmbH
Herr Solberg, Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH
Herr Höche, Stadtwerke Bühl GmbH
Herr Oehler, Stadtwerke Ettlingen GmbH
Herr Schreiner, Stadtwerke Gaggenau
Herr Dr. Karl Roth, Stadtwerke Karlsruhe GmbH
Herr Kasprzyk, star.Energiewerke GmbH & Co. KG
Herr Geißler, Stadt Stutensee

WICHTIGE VERTRÄGE

Die Gesellschafter haben einen Konsortialvertrag geschlossen, der die Planung, den Ausbau, die Errichtung und den Betrieb eines Telekommunikations-Netzes vor allem in der Technologie-Region Karlsruhe, die Vermarktung von Telekommunikation-Infrastruktur der Gesellschafter sowie das Entwickeln und Vermarkten von Telekommunikation-Dienstleistungen aller Art zum Ziel der Zusammenarbeit hat.

Die Gesellschaft hat Netzleitungen durch langfristige Verträge angemietet, die an Kunden weiter vermietet werden. Darüber hinaus sind die Räumlichkeiten für ein Rechenzentrum sowie für Büroräume angemietet.

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft ist an der in 2014 gegründeten Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH mit einer Stammanlage i.H.v. 49.000 EUR zu 49% Gesellschafter.

BETRIEBSZWEIGE

gem. Unternehmensgegenstand

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

In der TelexX Telekommunikation GmbH, die ihren Sitz in Karlsruhe hat, haben sich Gemeinden und Stadtwerke der Technologie-Region Karlsruhe im Rahmen eines Konsortialvertrages als Gesellschafter zusammen geschlossen, mit dem Ziel, bei der Planung, dem Aufbau, der Errichtung und dem Betrieb eines hochmodernen Glasfaser-Netzes vor allem in der Technologie-Region Karlsruhe sowie dem Entwickeln und Vermarkten von IT/TK-Dienstleistungen aller Art, zusammen zu arbeiten. Zum 31.12.2016 belief sich das gezeichnete Kapital auf 2,0 Mio. €. Die Geschäftsführung erfolgt aktuell durch zwei allein vertretungsberechtigte Geschäftsführer. Die erweiterte Geschäftsleitung besteht aus dem Stabsbereichsleiter Vertrieb und Auftragsmanagement, der mit Prokura ausgestattet ist und den Bereichsleitern für Vertrieb, Auftragsmanagement, Organisation und Finanzen mit Handlungsvollmachten für Ihre Bereiche. Weiterhin besteht auf operativer Ebene eine entsprechende Teamleiterstruktur.

2. Forschung und Entwicklung

Die Entwicklungstätigkeit im Unternehmen beruht auf der ständigen Beobachtung des IT- und Telekommunikationsmarktes. Neue Entwicklungen werden regelmäßig auf vertrieblicher und technischer Ebene analysiert, um potenzielle neue Produkte oder Produktvarianten zu identifizieren. Darüber hinaus findet eine permanente innovative Weiterentwicklung der bestehenden Produkte statt. Individuelle Kundenwünsche stellen immer wieder neue Anforderungen an unsere Dienstleistungspalette, die es notwendig machen, bestehende Produkte regelmäßig weiter zu entwickeln und neue Lösungen zu erarbeiten. Der Schwerpunkt liegt hier in der Entwicklung von Systemlösungen, die alle IT-Bedürfnisse des Kunden abdecken (Managed Services).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V. (VATM) hat in der 18. gemeinsamen TK-Marktanalyse vom Oktober 2016 die Marktentwicklung untersucht. Für das Jahr 2016 geht der Verband erneut von einer leichten Steigerung der Gesamtumsätze auf 60,5 Mrd.€ (Vorjahr: 60,0 Mrd.€) aus. Von den Umsätzen entfallen 34,1 Mrd.€ auf den Festnetzmarkt und 26,4 Mrd.€ auf den Mobilfunkmarkt, wobei die Umsätze im Festnetz- und Mobilfunkbereich gleichermaßen eine leichte Steigerung verzeichneten.

Die Dominanz der Deutschen Telekom AG (DTAG) auf dem gesamten Telekommunikationsmarkt setzt sich auch im Geschäftsjahr 2016 fort. Die Marktanteile der DTAG haben im Jahr 2016 leicht zugenommen und betragen 37,7 % (Vorjahr: 37,1 %). Im Teilmarkt Festnetzgeschäft hält die DTAG einen Marktanteil von 43,4 % und 14,8 Mrd.€ Umsatz gegenüber dem Anteil der Wettbewerber von 56,6 % und einem Umsatz von 19,3 Mrd.€. Darüber hinaus profitiert die DTAG auch vom Festnetzgeschäft der Wettbewerber, die auf Vorprodukte der DTAG angewiesen sind. Der Anteil der Festnetzumsätze, der mit den Wettbewerbern erzielt wird, liegt in 2016 bei knapp 26 %. Nach Kundengruppen betrachtet, verzeichnet der Privatkundenmarkt ein leichtes Wachstum um 0,8 % und der Geschäftskundenbereich um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Investitionen in Telekommunikations-Sachanlagen betragen 8,1 Mrd. €, von denen 3,9 Mrd.€ auf die DTAG und 4,2 Mrd.€ auf die Wettbewerber entfallen. Der Personalbestand ging insgesamt um 1,0 % zurück, was für die DTAG einen Abbau von 2.400 Stellen bedeutet gegenüber dem Wettbewerb, der den Bestand um 400 Stellen leicht erhöht.

Im Jahr 2016 wird bei Breitbandanschlüssen in Festnetzen eine weitere Steigerung erzielt. Der Marktanteil der alternativen Wettbewerber bei den direkt geschalteten Breitbandanschlüssen gegenüber der DTAG und den Kabelnetzbetreibern blieb in 2016 konstant. Die Summe der vorhandenen Breitbandanschlüsse beträgt im Jahr 2016 insgesamt 31,2 Mio., wovon 16,8 Mio. Anschlüsse auf die DTAG bzw. auf Reseller der DTAG entfielen. Auf die Wettbewerber, die eigene Anschlussnetze betreiben, entfallen 6,6 Mio. Anschlüsse, auf die Kabelnetzbetreiber 7,1 Mio. Anschlüsse und auf die FTTB- oder FTTH-Anbieter lediglich ein weiterhin geringer Anteil von 0,7 Mio. Anschlüssen. Die DTAG hält weiterhin einen dominierenden Marktanteil von immer noch 41,4 %. Demgegenüber stehen vier größere Unternehmen mit zusammen 49,6 % und den restlichen Unternehmen mit zusammen 9 %.

Der flächendeckende Breitbandausbau entwickelt sich auch in 2016 weiterhin nur zögerlich. Demnach erhöhte sich in 2016 die Zahl der Glasfaser-Anschlüsse um weitere 0,1 Mio. auf insgesamt 24,1 Mio. In Festnetzen werden in 2016 durchschnittlich Verkehrsmengen von 37 Gigabyte pro Monat und Anschluss erzeugt, was eine Steigerung von 17 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das in 2016 abgewickelte Datenvolumen steigt insgesamt um 20 % auf 13,8 Mrd. GB (Vorjahr: 11,5 Mrd. GB).

2. Geschäftsverlauf

Die TelemaxX Telekommunikation GmbH hat durch eine solide Unternehmenspolitik auch in 2016 die erfolgreiche Entwicklung fortsetzen und die gute Marktposition weiter festigen können. Der anhaltende Preisverfall in der Branche konnte durch den Verkauf höherwertiger Produkte und durch die erfolgreiche Vermarktung von Rechenzentrumsdienstleistungen mehr als ausgeglichen werden. Die Vermarktung von Rechenzentrumsdienstleistungen hat auch die Bereiche Datenleitungen, Netzinfrastruktur und Internet positiv beeinflusst, da Kunden im Rahmen eines Auftrags im Rechenzentrum oftmals auch weitere Dienstleistungen nachfragen.

Der Umsatz der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2016 erneut verbessert. Dieser konnte im Geschäftsjahr um knapp 7 % gesteigert werden und lag mit 31.834 T€ um 2.020 T€ über dem Vorjahreswert von 29.814 T€. Das Ziel, den Umsatz im Geschäftsjahr zu konsolidieren, wurde somit übertroffen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die erfolgreiche Vermarktung der Rechenzentren zurückzuführen, da hiervon auch andere Produktbereiche überplanmäßig profitierten. Der Auftragseingang in 2016 an monatlichem Umsatzvolumen entwickelte sich ebenfalls positiv und beträgt insgesamt 317 T€. Dem steht eine Umsatzreduktion aufgrund von Kündigungen oder Preisnachlässen in Höhe von 275 T€ entgegen. Der um die Kündigungen bereinigte Auftragseingang belief sich somit im Geschäftsjahr 2016 auf 42 T€ monatlich (Vorjahr:178 T€).

Der Materialaufwand ist aufgrund von Einsparungen in den Bereichen Infrastruktur und Energie um 13 T€ gesunken und beträgt im Geschäftsjahr 9.883 T€ (Vorjahr: 9.896 T€). Das Rohergebnis 2016 hat sich um 1.784 T€ auf 22.250 T€ (Vorjahr: 20.466 T€) verbessert.

Der Personalaufwand ist in 2016 auf 5.033 T€ (Vorjahr: 4.613 T€) gestiegen. Der Anstieg um 420 T€ resultiert insbesondere aus der Einstellung neuer Mitarbeiter und planmäßigen Gehaltserhöhungen. Zum 31.12.2016 beschäftigte das Unternehmen 101 Mitarbeiter einschließlich zwei Geschäftsführer. Davon waren 6 Teilzeit- bzw. Aushilfskräfte und 23 Auszubildende. Das Unternehmen bildet in den Berufen IT-Systemelektroniker, Fachinformatiker, Elektroniker für Gebäudetechnik, IT-Systemkaufleute und Kaufleute für Büromanagement aus. Da die Tätigkeiten sehr spezifisches Fachwissen erfordern, wird weiterhin ein Schwerpunkt in der Ausbildung der eigenen Mitarbeiter liegen.

Die Investitionen im Geschäftsjahr betragen ca. 8.013 T€ und setzen sich wie folgt zusammen:

-	Lizenzen und Software	15 T€
-	Lizenzen und Software in Projektphase	94 T€
-	Grundstück und Gebäude	21 T€
-	Technische Anlagen und Maschinen	2.191 T€
-	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.211 T€
-	Anlagen im Bau	4.481 T€

Die Anlagen im Bau beinhalten noch nicht fertig gestellte technische Anlagen und Gebäude im Rahmen des weiteren Ausbaus der bestehenden Rechenzentren, sowie dem Neubau in Stutensee. Davon entfallen 3.083 T€ auf Gebäude und 1.398 T€ auf technische Anlagen. Im Geschäftsjahr 2016 wurden 1.272 T€ auf technische Anlagen umgebucht. Die Abschreibungen sind um 263 T€ gestiegen und betragen in Summe 3.827 T€ (Vorjahr: 3.564 T€).

Darstellung des Geschäftsergebnisses:

	<u>01.01.-31.12.2016</u>	<u>01.01.-31.12.2015</u>
EBITDA	14.357 T€	13.107 T€
EBIT	10.530 T€	9.543 T€
EBT	10.356 T€	9.316 T€
Jahresüberschuss	7.004 T€	6.103 T€

3. Lage und finanzielle Leistungsindikatoren

Die erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft konnte auch im Jahr 2016 fortgesetzt werden.

a) Vermögenslage

Der Verschuldungsgrad (Fremdkapital / Eigenkapital) ist aufgrund der getätigten Tilgungszahlungen bei den vorhandenen Darlehen und der anteiligen Zuführung des Jahresüberschusses zum Eigenkapital auf 37 % (Vorjahr: 45 %) gesunken. Der Anteil des Anlagevermögens (Anlagenintensität) beträgt im Jahr 2016 75% (Vorjahr: 70 %). Der Restbuchwert des Anlagevermögens hat sich zum 31.12.2016 um 4 % auf 33.715 T€ (Vorjahr: 29.657 T€) erhöht.

Das Umlaufvermögen besteht im Wesentlichen aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sich gegenüber dem Vorjahr (2.054 T€) auf 2.676 T€ erhöht haben und den flüssigen Mitteln in Höhe von 8.038 T€ (Vorjahr: 10.531 T€). Der Bestand an flüssigen Mitteln hat insbesondere durch die in 2016 getätigten Investitionen abgenommen. ,

b) Finanzlage

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Bestand an liquiden Mitteln zum Jahresende betrug 8.038 T€ (Vorjahr: 10.531 T€).

Der Cashflow (= Jahresüberschuss + Abschreibungen) betrug 10.831 T€ (Vorjahr: 9.667 T€).

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Die Eigenkapitalquote beträgt 72 % (Vorjahr: 68 %). Die Eigenkapitalrendite in Höhe von 24 % (Vorjahr: 24 %) liegt weiterhin deutlich über dem Kapitalmarktzins für langfristige Anlagen.

Die Investitionen konnten aus dem laufenden Cashflow finanziert werden. Darüber hinaus besteht ein bereits genehmigter Kreditrahmen in Höhe von 1.000 T€ zur Verfügung.

c) Ertragslage

Der Umsatz konnte in 2016 mit 31.834 T€ um knapp 7 % gesteigert werden (Vorjahr 29.814 T€). Die Umsatzrendite vor Steuern hat sich im Geschäftsjahr auf 33 % (Vorjahr: 31%) verbessert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich um 11 % auf 10.356 T€ (Vorjahr: 9.316 T€) erhöht. Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf die überplanmäßige Entwicklung der Umsätze zurückzuführen.

d) Leistungsindikatoren

Die Geschäftsführung nutzt für die interne Unternehmenssteuerung insbesondere die Leistungsindikatoren Umsatz, Kosten, Ergebnis sowie den Auftragseingang. Diese entwickelten sich im Geschäftsjahr wie oben dargestellt positiv. Somit kann die Lage des Unternehmens insgesamt als gut bezeichnet werden.

4 . Gesamtaussage

Insgesamt ist die Entwicklung im Telekommunikationsmarkt von leichtem Wachstum gekennzeichnet. Der Gesamtumsatz in der Branche beträgt im Jahr 2016 noch 60,5 Mrd.€ und liegt damit ca. 1 % über dem Vorjahreswert (60 Mrd.€). Der TelemaxX Telekommunikation GmbH ist es gelungen, die erfolgreiche Entwicklung auch in 2016 fort zu setzen und die gute Marktposition weiter zu festigen. Die Umsatzerlöse haben sich im Geschäftsjahr 2016 um knapp 7 % auf 31.834 T€ (Vorjahr: 29.814 T€) erhöht und liegen damit deutlich über dem prognostizierten Wert von 29.850 T€. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, dass die Vermarktung der Rechenzentren positiv verlief, wovon auch die anderen Produktbereiche profitieren konnten. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich um 11 % auf 10.356 T€ (Vorjahr: 9.316 T€) verbessert. Die Ergebnisprognose von 8,6 Mio.€ konnte somit deutlich übertroffen werden. Der Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens können im Berichtsjahr zusammenfassend als sehr erfreulich eingestuft werden.

III. Prognosebericht

Der aktuelle Mittelstandsbericht 2016 für den IT-Mittelstand in Deutschland, der regelmäßig durch den Bundesverband Informationswirtschaft Telekommunikation und neue Medien e.V (BITKOM) durchgeführt wird, bestätigt weiterhin eine gute Stimmung bei den Unternehmen der Digitalwirtschaft. Nach dem aktuellen Bericht rechnen 84 % der Unternehmen mit steigenden Umsätzen. Lediglich 5 % der mittelständischen Unternehmen erwarten Umsatzeinbußen. Der BITKOM-Index für alle IT-Unternehmen sowie der IT-Mittelstandsindex stiegen in 2016 um 9 bzw. 11 Punkte. Diese Entwicklung spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wieder. Von den befragten Unternehmen planen 60 % im laufenden Jahr neue Stellen zu schaffen und weitere 35 % beabsichtigen die Beschäftigtenzahlen auf einem konstanten Niveau zu halten. Der IT-Mittelstand sieht sich konfrontiert mit neuen Herausforderungen aufgrund der herausragenden Trends wie Cloud-Computing, Mobile Computing, Social Media, Big Data und dem Internet der Dinge. So ist für zwei Drittel der befragten Unternehmen Cloud Computing der Trend, der den deutschen IT-Markt am stärksten prägt.

Die Geschäftsentwicklung der TelemaxX Telekommunikation GmbH konnte auch im Geschäftsjahr 2016 von der guten Entwicklung des Gesamtmarktes profitieren. Auch die künftige Entwicklung des Unternehmens wird durch die Geschäftsführung vorsichtig optimistisch eingeschätzt. Das operative Geschäft wird sich im Geschäftsjahr 2017 auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr bewegen. Ein weiteres Wachstum des Unternehmens hängt maßgeblich von der Investitionsbereitschaft der Unternehmen und der Preisentwicklung der IT- und Telekommunikationsprodukte und den Konsolidierungen im Telekommunikationsmarkt ab. Der kontinuierliche Preisverfall wird sich weiter fortsetzen, insbesondere bei den klassischen Produkten Datenleitungen, Infrastruktur, Sprachdienste und Internet. Der Preisverfall bei diesen Produkten kann teilweise kompensiert werden durch die Nachfrage nach höheren Bandbreiten, aber auch durch die intensive Vermarktung von Rechenzentrumsdienstleistungen.

Ziel der Gesellschaft ist es, den Auftragseingang auch im Jahr 2017 positiv zu halten und mindestens das Umsatzniveau des Vorjahres in Höhe von ca. 32 Mio.€ zu erreichen. Auch in den Folgejahren gilt es, die durch Kündigungen und Preisverfall verursachten Umsatzeinbußen durch eine Umsatzsteigerung bei der Vermarktung der Rechenzentren zu kompensieren. Die Umsätze und Auftragseingänge im ersten Quartal 2017 bestätigen diese Annahme.

Gemäß Wirtschaftsplan strebt die Geschäftsführung an, im Jahr 2017 Investitionen in Höhe von 15.940 T€ zu tätigen. Der Schwerpunkt liegt hier im Bereich Neu- und Ausbau der Rechenzentren mit 12.600 T€. Weiterhin ist geplant, den Materialaufwand ohne Energiekosten der Rechenzentren in den nächsten Jahren auch bei steigenden Umsätzen bei ca. 7,0 Mio.€ nahezu konstant zu halten. Bei den Energiekosten der Rechenzentren, die in 2016 mit 3,2 Mio.€ anfielen, ist künftig mit einer Zunahme auf 4,7 Mio. € im Jahr 2017 zu rechnen, da diese Kosten zum einen von der Intensität der Vermarktung und der damit zunehmenden Auslastung der Rechenzentren und zum anderen von der Entwicklung der Energiepolitik der Bundesregierung abhängt.

Bei den Aufwendungen für Personal ist in 2017 aufgrund von Gehaltserhöhungen und Neueinstellungen mit einem Anstieg auf 5,4 Mio.€ zu rechnen. Die Abschreibungen haben sich aufgrund der in den Vorjahren durchgeführten Investitionen von 3.893 T€ auf 4.056 T€ erhöht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 2,7 Mio.€ leicht unter Vorjahresniveau geplant.

In Anbetracht der aktuellen Marktsituation und der erwarteten Entwicklung strebt das Unternehmen für das Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern von mindestens 9.3 Mio.€ an. Der erwartete Ergebnisrückgang resultiert aus der Summe von Effekten im Umsatz- und Ertragsbereich sowie aus einzelnen Aufwandspositionen im Berichtsjahr. Darüber hinaus ist mit Kostensteigerungen im Material- und Personalbereich zu rechnen.

Das Produktportfolio besteht weiterhin im Wesentlichen aus den Bereichen Datendirektverbindungen, Sprachdienste, Internetdienstleistungen und Vermietung von Rechenzentrumsflächen.

Wesentliche Änderungen in der Geschäftspolitik sind nicht geplant.

Die Gesellschaft wird auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsleitung der TelexX Telekommunikation GmbH legt sehr hohen Wert auf einen äußerst verantwortungsvollen Umgang mit den der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Mitteln. Hierbei steht die frühzeitige Identifikation, Beurteilung und Steuerung möglicher Chancen und Risiken im Vordergrund. Hierzu wurde ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das frühzeitig entsprechende Indikatoren liefert. Dieses besteht aus einem dezentral angelegten Controlling in den wichtigen Unternehmensbereichen und einem umfangreichen Berichtswesen. Zusätzlich werden mehrmals monatlich Gesprächsrunden der erweiterten Geschäftsleitung einberufen, um die aktuelle Situation des Unternehmens zu analysieren. Ziel der Instrumente ist es, aus den sich ergebenden Chancen und Risiken frühzeitig notwendige strategische und operative Maßnahmen abzuleiten.

Die Risikopolitik der Geschäftsleitung besteht darin, vorhandene Chancen optimal zu nutzen und die damit verbundenen Risiken nur dann einzugehen, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein ausreichender Mehrwert für das Unternehmen geschaffen werden kann. Für das Unternehmen weitreichende Chancen und Risiken werden darüber hinaus im Vorfeld von der Gesellschafterausschusssitzung geprüft.

1. Risikobericht

Durch die Entwicklung und ständige Verbesserung eines Risikomanagementsystems ist die TelexX Telekommunikation GmbH in der Lage, mögliche Risiken in den verschiedensten Bereichen frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu agieren. Gegenstand des Risikomanagementsystems sind strategische Risiken, Marktrisiken, Risiken in der Leistungserbringung, personelle Risiken, organisatorische Risiken und finanzielle Risiken, die regelmäßig auf deren Aktualität überprüft werden. Aus der Gesamtheit der identifizierten Risiken werden nachfolgend die Risikofelder bzw. Einzelrisiken erläutert, die aus heutiger Sicht die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens wesentlich beeinflussen können.

Ein permanentes Risiko liegt in dem stetigen Preisverfall am Markt. Darüber hinaus werden viele bestehende Kundenverträge neu verhandelt und angepasst. Die Nachfrage nach höheren Bandbreiten gleicht diese drohenden Verluste bisher aus.

Die positive Stimmung in der Telekommunikationsbranche könnte durch die derzeitigen volkswirtschaftlichen Entwicklungen in der Euro-Zone getrübt werden. Ein Einbruch der Konjunktur hätte auch negative Auswirkungen auf die Auftragslage der TelexX Telekommuni-

kation GmbH, da Unternehmen ähnlich wie nach der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 geplante IT-Investitionen möglicherweise verschieben oder gänzlich streichen würden.

Die Energiepolitik im Rahmen der erneuerbaren Energien bestimmt in großem Maße die Preise für Energie. Diese könnte die Umsatzentwicklung negativ beeinflussen, da Kunden ihre IT-Infrastruktur ins benachbarte Ausland bei günstigeren Strompreisen auslagern könnten. Darüber hinaus könnten weitere Preissteigerungen auf Grund von Zulagen oder Steuern zu einer deutlichen Erhöhung der Position Materialaufwand führen.

Bei dem derzeit im Bau befindlichen Rechenzentrum und dem geplanten Erweiterungsbau besteht das Risiko, dass es zu Verzögerungen in der Bauphase kommt, so dass die Fertigstellung nicht planmäßig erfolgen kann. Für diesen Fall drohen empfindliche Vertragsstrafen aus Kundenverträgen. Diesem Risiko begegnet die TelemaxX durch eine fundierte Auswahl der ausführenden Bauunternehmen, einer dem Risiko entsprechenden Vertragsgestaltung und einem begleiteten Controlling durch ein externes Ingenieurbüro.

Durch den schnellen technologischen Fortschritt in der IT-Branche ist es möglich, dass sich neue und etablierte Technologien bzw. Produkte nicht nur ergänzen, sondern einander auch teilweise substituieren. Das kann sowohl im Sprach- als auch im Datenverkehr zu geringeren Preisen und Umsätzen führen. Es besteht außerdem das Risiko, dass es nicht gelingt, Kunden den Mehrwert gegenwärtiger und zukünftiger Dienste hinreichend zu vermitteln bzw. beim Kunden eine entsprechende Akzeptanz für diese Dienste zu schaffen.

Der allgemeine Preisverfall in der Telekommunikationsbranche wird sich auch weiterhin fortsetzen. Vor allem im Bereich der kleinen und mittelgroßen Kunden verstärkt sich der Wettbewerbsdruck zunehmend. Neue Produkte und technologischer Fortschritt fördern den Preisverfall und erhöhen damit den Konkurrenzdruck. Die Abhängigkeit von Großkunden hat sich zwar reduziert, stellt aber auch weiterhin ein beträchtliches Risiko dar. In diesem Kundensegment besteht zudem das Risiko von Unternehmenskonsolidierungen, die die Kundenabhängigkeit und damit den Preisdruck weiter erhöhen könnten.

Als Dienstleister, Betreiber und Anbieter von IT/TK-Produkten arbeitet die Gesellschaft mit unterschiedlichen Lieferanten für technische Komponenten (z.B. Hardware, Software, Übertragungstechnik, Vermittlungs- und Linientechnik) zusammen. Potenziellen Risiken, wie z.B. Lieferantenausfälle oder Abhängigkeiten von einzelnen Zulieferern, begegnet das Unternehmen mit geeigneten Vorsorgemaßnahmen.

Die Telekommunikationsbranche ist weiterhin von der marktbeherrschenden Stellung der DTAG geprägt, wodurch die Margensituation der TelemaxX Telekommunikation GmbH stark abhängig ist von der Preispolitik des Ex-Monopolisten. Das Risiko im Beschaffungsbereich liegt darin, dass ein großer Teil der Vorleistungen bei der DTAG bezogen wird. Im Absatzbereich hat die Gesellschaft größtenbedingt deutlich weniger Spielraum bei der Preisgestaltung als ein Global Player, der durch aggressive Preispolitik Bestandskunden der Konkurrenten abwerben könnte.

Die DTAG führt eine technische Umstellung auf Bitstream-Access durch, die dazu führt, dass die bisherigen Hauptverteiler ersetzt werden. Andere große Anbieter werden dieser Umstellung mit hoher Wahrscheinlichkeit folgen. Das Risiko für die TelemaxX Telekommunikation GmbH besteht darin, dass im Zuge dieser Umstellung die vorhandenen Verträge über HVT-Anbindungen kurz- bis mittelfristig gekündigt werden, wodurch ein erhebliches Umsatzvolumen entfallen könnte.

Ein weiteres Umsatzrisiko liegt in der fortschreitenden Konsolidierung des Telekommunikationsmarktes. Unternehmenszusammenschlüsse führen dazu, dass vorhandene Mobilfunkstandorte zusammengelegt und die damit zusammenhängenden Datenverbindungen umfas-

send optimiert werden. Hierdurch entfallen mittelfristig an Kunden vermietete Leitungen mit beträchtlichem Umsatzvolumen.

Der Erfolg der Vermarktung des bestehenden Produktportfolios beruht im Wesentlichen auf der angemieteten Netzinfrastruktur in der Region. Weiteres Wachstum des Unternehmens durch eine Strategie der Markterweiterung über die regionalen Grenzen hinaus, ist nur sehr eingeschränkt möglich, da die notwendige Infrastruktur für Kundenanbindungen teuer eingekauft werden muss. Darüber hinaus ist innerhalb des bisherigen Vermarktungsgebietes bei den klassischen Telekommunikationsprodukten eine weitgehende Marktsättigung festzustellen. Somit besteht das Risiko, dass der Auftragseingang der Vorjahre in Zukunft nicht mehr oder nur unter erhöhten Anstrengungen bei höheren Kosten erreicht werden kann.

Die Produktionsprozesse der TelemaxX Telekommunikation GmbH stützen sich auf Informations- und Telekommunikationstechnologien (Rechenzentren, Vermittlungsknoten und Übertragungssysteme etc.) und Softwareanwendungen, die einer fortlaufenden innovativen Weiterentwicklung unterliegen. Die Wettbewerbsfähigkeit kann nur erhalten werden, wenn es der Gesellschaft auch in Zukunft gelingt, auf das Risiko des schnellen technischen Fortschritts mit einer flexiblen und permanenten Anpassung der unternehmensinternen Prozesse zu reagieren.

Ein weiteres Risiko ist in der Nichteinhaltung der vereinbarten Service-Level-Agreements zu sehen. In diesem Zusammenhang bestehen Haftungsrisiken bezüglich drohender Schadenersatzforderungen aufgrund von der Gesellschaft verursachter Vermögensschäden. Dieses Risiko wird minimiert, indem technisch redundante Lösungen eingesetzt werden und die aktive Technik durch das Service-Level-Management an 24 Stunden am Tag und 365 Tagen im Jahr überwacht wird. Der für diese Haftungsrisiken notwendige Versicherungsschutz wird permanent mit unabhängigen Beratern analysiert und optimiert.

Ein Liquiditätsrisiko besteht für die Gesellschaft nicht. Zinsrisiken bestehen für das Unternehmen ebenfalls nicht, da die Darlehen entweder festverzinslich oder mittels Zinssicherungsinstrumenten ausreichend abgesichert sind. Da das Zinssicherungsinstrument eine Bewertungseinheit mit dem Darlehen bildet, existieren hier ebenfalls keine Risiken. Liquiditätsrisiken aufgrund von Zahlungsstromschwankungen bestehen nicht, da die Umsätze mehrheitlich auf der Basis von Verträgen mit festen Laufzeiten basieren, die monatlich abgerechnet werden. Da das Unternehmen vorwiegend in der Technologie-Region Karlsruhe und angrenzenden Gebieten tätig ist, bestehen auch keine Währungsrisiken.

Die allgemeine Entwicklung am Arbeitsmarkt könnte zukünftig bei der Akquisition von geeigneten Fachkräften zunehmend Schwierigkeiten bereiten. Diesem Risiko begegnet das Unternehmen dadurch, dass weiterhin große Anstrengungen unternommen werden, um die zukünftigen Fachkräfte selbst im Unternehmen auszubilden und diese sowie den Mitarbeiterstamm durch geeignete Maßnahmen an das Unternehmen zu binden.

Ein permanentes Risiko für ein IT-Unternehmen liegt in der Gefahr krimineller Eingriffe in die Systeme des Unternehmens, der Nichteinhaltung der Gesetze und der internen Richtlinien zum Datenschutz und im Verlust von Daten aufgrund von Bedienungs-, Hardware- oder Softwarefehler. Diese Risiken können neben monetären Schäden auch zu einem enormen Image-Verlust führen. Die Risiken in diesem Bereich werden durch ständige Optimierungen und umfangreichen Versicherungsschutz minimiert.

2. Chancenbericht

Im Folgenden werden die wesentlichen Chancen für das Unternehmen dargestellt:

Der von der Regierung vorgegebene flächendeckende Breitbandausbau in Deutschland könnte den Geschäftsverlauf künftig positiv beeinflussen. Da die großen Anbieter weniger lukrative Gebiete bisher nur sehr zurückhaltend erschließen, könnte die Öffentliche Hand zunehmend mehr investieren. Durch diese Investitionen könnte das bestehende Glasfasernetz der Gesellschaft erweitert werden, wodurch möglicherweise neue Kunden gewonnen werden können. Zudem könnten im Zuge des LTE-Ausbaus neue Verträge mit anderen Anbietern gewonnen werden.

Die Vermarktung von Rechenzentrumsflächen verläuft weiterhin erfolgreich und es ist mit einer stetigen Umsatzsteigerung in diesem Segment zu rechnen. Durch den Ausbau dieses Bereiches können positive Synergieeffekte erzielt werden, da die Kunden auch andere Dienstleistungen des Unternehmens nachfragen, um einen umfassenden IT-Service aus einer Hand zu erhalten. Bei einer für die Gesellschaft günstigen Entwicklung der Energiepolitik der Bundesregierung könnten durch ökologisch sinnvolle Investitionen niedrigere Energiekosten realisiert werden, die die Vermarktung der stromintensiven Rechenzentrumsflächen erleichtern könnten.

Im Bereich der Rechenzentren können mit den vorhandenen technischen Anlagen zusätzliche Umsätze generiert werden. Insbesondere die Notstromaggregate könnten zur Bereitstellung von Sekundärregelleistung beitragen, die zum Ausgleich von Schwankungen im öffentlichen Stromnetz dient. Dabei wird für die Bereitstellung der Flexibilität ein Leistungspreis bezahlt und im Fall eines Abrufs erfolgt eine zusätzliche Vergütung. Die technische Machbarkeit wird derzeit hergestellt.

Der Neubau des Rechenzentrums liegt im Zeitplan. Nach Fertigstellung des Rechenzentrums Mitte 2017 ist die TelemaxX Telekommunikation GmbH künftig in der Lage auch größere Rechenzentrumsflächen redundant anzubieten, was die Chancen erhöht, weitere Großkunden gewinnen zu können.

Es werden permanente Anstrengungen in der Entwicklung neuer Produktvarianten und kundenindividueller Speziallösungen unternommen, um neue Kunden zu gewinnen, die durch das herkömmliche Produktportfolio bisher nicht gewonnen werden konnten. Im Fokus dieser Bemühungen stehen insbesondere komplette Systemlösungen, die sämtliche IT- und Telekommunikationsbedürfnisse eines Kunden abdecken, sogenannte Managed-Services. Gerade in Zusammenhang mit der Vermarktung der Rechenzentren gewinnt dieser Bereich weiterhin an Bedeutung.

Die Gesellschaft sucht permanent nach Möglichkeiten neue Kunden zu gewinnen und das bestehende Glasfasernetz zu erweitern. Im Rahmen der Konsolidierung des Telekommunikationsmarktes könnten sich auch für die TelemaxX Telekommunikation GmbH Chancen durch Kooperation oder Unternehmenskauf ergeben.

Aus der im Geschäftsjahr 2014 gegründeten Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH, an der die Gesellschaft mit 49% beteiligt ist, könnten durch Vermarktung von diversen Dienstleistungen zusätzliche Umsätze generiert werden.

3. Gesamtaussage

Die wesentlichen Risiken in der künftigen Entwicklung des Unternehmens liegen weiterhin im anhaltenden Preisdruck in der Branche und in der zunehmend schwierigeren Vermarktung des Produktportfolios. Vor dem Hintergrund der finanziellen Stabilität der Gesellschaft und dem umsichtigen Umgang mit den zur Verfügung gestellten Mitteln sieht sich die Geschäftsführung für die Bewältigung der künftigen Risiken aber gut gerüstet. Die bekannten Risiken werden regelmäßig neu bewertet und notwendige Maßnahmen umgehend eingeleitet. Existenzielle Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

VI. Risikoberichtserstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei den Kreditinstituten. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Kunden. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungskonditionen unter Ausnutzung der Skontofristen bezahlt. Die Finanzierung im kurzfristigen Bereich erfolgt aus den liquiden Mitteln.

Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken eingesetzt. Der abgeschlossene Swap dient der Absicherung eines Darlehens und hat eine entsprechende Laufzeit, weshalb hier eine Bewertungseinheit gebildet wurde, aus der sich für die Gesellschaft keine Risiken ergeben.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
		T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	33.715	29.657	28.994	29.192
Immaterielle Vermögensgegenstände	136	64	85	104
Sachanlagen	33.530	29.544	28.860	29.088
Finanzanlagen	49	49	49	0
Umlaufvermögen Gesamt	11.031	12.942	12.836	8.952
Vorräte	184	170	176	157
Forderungen	2.809	2.241	2.862	2.288
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	8.038	10.531	9.798	6.507
Rechnungsabgrenzungsposten	340	67	48	87
Bilanzsumme	45.086	42.666	41.878	38.231

P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
		T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	32.519	29.016	25.965	23.072
Stammkapital	2.000	2.000	2.000	2.000
Rücklagen	0	0	0	0
Verlustvortrag	0	0	0	0
Gewinnvortrag	27.017	23.965	21.072	17.445
Jahresfehlbetrag/Überschuss	7.004	6.103	5.786	4.927
Gewinnverwendung	./. 3.502	./. 3.052	./. 2.893	./. 1.300
Rückstellungen	2.446	2.216	2.502	2.755
Verbindlichkeiten	9.556	10.794	12.679	12.350
Rechnungsabgrenzungsposten	565	640	732	54
Bilanzsumme	45.086	42.666	41.878	38.231

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016 Ist	2015 Ist T€	2014 Ist T€	2013 Ist T€
Umsatzerlöse	31.834	29.814	28.749	27.428
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	299	547	879	419
= A. Betriebsleistung	32.133	30.361	29.628	27.847
Materialaufwand	9.883	9.896	10.288	9.927
+ Personalaufwand	5.033	4.613	4.214	4.398
+ Abschreibungen	3.827	3.564	3.842	3.816
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.860	2.746	2.501	2.588
= B. Betriebsaufwand	21.603	20.819	20.845	20.729
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B.)	10.530	9.542	8.783	7.118
Erträge aus Beteiligungen				
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35	35	47	41
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	209	263	321	191
= D. Finanzergebnis	./ 174	./ 228	./ 274	./ 150
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	10.356	9.315	8.509	7.268
+ außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	3.329	3.205	2.692	2.323
./ Sonstige Steuern	24	7	31	18
= Jahresgewinn/Jahresverlust	7.004	6.103	5.786	4.927

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

	Dimension	2016 Ist	2015 Ist	2014 Ist	2013 Ist
Gewinn/Verlust	T€	7.004	6.103	5.786	4.927
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	74,48	69,51	69,23	76,36
Umlaufintensität	%	25,52	30,49	30,77	23,42
Investitionen	T€	8.013	4.477	3.679	5.822
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	72,13	68,01	62,00	60,35
Fremdkapitalquote	%	27,87	31,99	38,00	39,65
Anlagendeckung I	%	96,84	97,84	89,55	79,04
Anlagendeckung II	%	96,84	97,84	94,73	84,17
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%	22,00	20,47	20,13	17,96
Eigenkapitalrentabilität	%	21,54	21,03	22,28	21,35
Gesamtkapitalrentabilität	%	16,00	14,92	14,58	13,39
Kostendeckung	%	126,50	122,72	120,34	119,45

Rehabilitationszentrum Südwest für Behinderte gGmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Rehabilitationszentrum Südwest für Behinderte gGmbH
Postfach 54 60
76036 Karlsruhe

Telefon: (07 21) 9 81 41 - 0
Telefax: (07 21) 9 81 41 - 19

E-Mail: info@reha-suedwest.de
Internet: www.reha-suedwest.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom 13.06.2005. Gründungsdatum ist der 14.05.1990.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

- Betreuung, Unterrichtung u. Beratung von Bedürftigen selbst, deren Eltern und sonstigen Pflegepersonen sowie Durchführung v. Maßnahmen zur Rehabilitation Behinderter und anderer Hilfsbedürftiger
- Einflussnahme auf die Errichtung von Spezialbehandlungszentren durch Gebietskörperschaften, sonstige Behörden und andere Träger
- Planung, Errichtung u. Betrieb v. Fördereinrichtungen, Heimen, Rehabilitationszentren und -kliniken für Behinderte und andere Hilfsbedürftige
- Aufbau und Betrieb von inklusiven Kindertagesbetreuungsangeboten
- Aufklärung der Öffentlichkeit und der zuständigen Behörden über die Situation spastisch Gelähmter u. anderer Behinderter u. Hilfsbedürftiger

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Bei dem Rehabilitationszentrum Südwest für Behinderte gGmbH handelt es sich um einen gemeinnützigen Träger der Jugend- und Behindertenhilfe. Folgende Einrichtungen befinden sich im Stadtgebiet:

- Inklusive Kindertagesstätte Mullewapp/Schulkindergarten, Westring 22
- Familienzentrum mit Frühförderstelle und Mehrgenerationenhaus Rastatt, Franz-Philipp-Straße 14
- Familienentlastender Dienst Rastatt
- Ambulante und Begleitende Dienste (Ambulant Begleitetes Wohnen, Ambulante Dienste – ISB), Rauentaler Str. 22/1 (Eröffnung 2017)

BETEILIGUNG

Stammkapital: 100.000 DM
Stadt Rastatt: 5.100 DM (2.607,59 €) Die Stadt Rastatt haftet mit der vollen Beteiligung.
(= 5,10%)

Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH

ALLGEMEINE ANGABEN

Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH vormals LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH
Herzogstraße 6A
70176 Stuttgart

Telefon: 0711 6677-0
Telefax: 0711 6677-3233

Aus der Württembergischen Landsiedlung GmbH, Stuttgart und der Badischen Landsiedlung GmbH Karlsruhe, entstand die Firma Landgesellschaft Baden-Württemberg GmbH. Die Firma Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart, wurde durch Gesellschafterbeschluss vom 18.12.1974 in das Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart – HRB 4880 – eingetragen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft hat den Zweck, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in ländlich geprägten Gebieten beizutragen. Zu diesem Zweck führt sie Untersuchungen und Planungen und Projekte durch, übernimmt die Trägerschaft oder Betreuung von Maßnahmen in den Aufgabenfeldern:

- Verbesserung der Agrarstruktur und Unterstützung der Landwirtschaft
- Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen
- sowie eines naturnahen, umweltfreundlichen Tourismus in ländlich geprägten Gebieten
- Vorhaben zur Sanierung und Entwicklung von Städten und Gemeinden aufgrund der jeweiligen Bundes- und Landesbestimmungen sowie
- die Erfüllung weiterer, im Interesse des Landes liegender Aufgaben.

Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere die Aufgaben nach den in § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages genannten Gesetzen, namentlich Reichssiedlungsgesetz, Baugesetzbuch, Siedlungsförderungsgesetz, Zweites Wohnungsbaugesetz, Flurbereinigungsgesetz, Agrarstrukturgesetz, Landwirtschaft- und Landeskulturgesetz BW und Bundesnaturschutzgesetz.

Die Gesellschaft ist das gemeinnützige Siedlungsunternehmen des Landes Baden-Württemberg nach dem Reichssiedlungsgesetz.

Die Gesellschaft kann Geschäfte jeder Art tätigen, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Die Stadt Rastatt ist Gesellschafter.

BETEILIGUNG

Die Stadt Rastatt ist mit **2.600,00 Euro** (0,08 %) am Stammkapital von 3,12 Mio. und weiteren 3 Städten und Gemeinden (0,35 %) sowie dem Gemeindetag BW (0,08 %), dem Land Baden-Württemberg (85,67 %), 2 Banken (13,01 %), 1 Landkreis (0,08 %) und 2 Bäuerlichen Berufsorganisationen (0,28 %) Gesellschafter der GmbH.

Die Gesellschaft selbst hat eigene Anteile (0,45%).

ÖFFENTLICHER ZWECK DES UNTERNEHMENS

Die Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH hat vielschichtige Aufgaben, die im Rahmen der Gesellschafterversammlung durch den Gegenstand des Unternehmens festgelegt wurden. Die Betätigungsfelder werden durch Gesetze, die im Gesellschaftsvertrag im Gegenstand des Unternehmens verankert sind, abgegrenzt. Derzeit gliedert sich das Unternehmen in folgende Abteilungen und Sparten:

Landwirtschaft und Agrarstruktur

- Einzelbetriebliche Förderung
- Bodenfonds
- Sachverständigenberatung
- Verpachtungen
- Bauberatung

Grundstücksentwicklung

- Projektentwicklung
- Projektmanagement
- Baulandentwicklung im Eigengeschäft
- Kommunale Dienstleistungen

Flurneuordnung und Landentwicklung

- Beschleunigte Zusammenlegung (Schwarzwaldverfahren)
- Freiwilliger Landtausch und Nutzungstausch
- Integrierte ländliche Entwicklung
- Agrarplanungen/Agrargutachten

Flächenmanagement

- Grundstücksankauf für Infrastrukturmaßnahmen
- Grunderwerb für Bundesautobahnen
- Grunderwerb für verschiedene Bahnprojekte
- Hofbörse
- Grundstücksmanagement
- Grundstücksentwicklung

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft ist am Stammkapital der WFI Wirtschaftsförderung Industriegebiete Oberderdingen, Sulzfeld, Kürnbach, Zaisenhausen Verwaltungs GmbH von T€ 30,7 mit T€ 9,2 beteiligt.

Gleichzeitig ist die Gesellschaft als atypisch stille Gesellschafterin an der WFI Wirtschaftsförderung Industriegebiete Oberderdingen, Sulzfeld, Kürnbach, Zaisenhausen GmbH & Co. KG mit einer Einlage von T€ 145,7 beteiligt. Die Beteiligung der Gesellschaft wurde 2004 auf einen Erinnerungswert von 1,00 € abgeschrieben.

Beteiligung mit einem Nennbetrag von 1.300,00 Euro (5,2%) an der EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH, Stuttgart

Beteiligung mit einem Nennbetrag von 255.000,00 Euro (5,1 %) an der LBBW Immobilien Development GmbH (vormals: LEG Planen & Bauen GmbH) in Stuttgart.

Beteiligung an der LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH (vormals: Geschäftsbauten GmbH), Stuttgart mit einem Nennbetrag von 1.491.444,00 Euro (5,1 %).

Beteiligung mit einer Einlage von 7.037,50 Euro (70,38 %) an der LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH / Golfpark Tutschfelden AG GbR mit Sitz in Herbolzheim/Baden.

Beteiligung mit einem Nennbetrag von 10.000 Euro (33,33 %) und einem Aufgeld von 40.000 Euro an der Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH.

Beteiligung an der WEBW Neue Energie GmbH (vormals WEBW Windenergie Baden-Württemberg GmbH) mit einem weiteren Gesellschafter. Der Geschäftsanteil hat einen Nennwert von 25.000 Euro (50 %).

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführer: Bernhard Kübler, Besigheim

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschafter (Land Baden-Württemberg (vertreten durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg), 2 Banken, 1 Landkreis, 4 Städte und Gemeinden, dem Gemeindetag BW und 2 Bäuerliche Berufsorganisationen.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Jahr 2016 (§ 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages) der Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH

- | | | |
|---|--|---|
| 2 | Vertreter des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg | Friedlinde Gurr-Hirsch , Staatssekretärin
- Vorsitzende –
Joachim Hauck , Ministerialdirigent |
| 1 | Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg | Walter Kortus , Ministerialrat
- stellvertretender Vorsitzender - |
| 1 | Vertreter der L-Bank Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank | Walter Weik , Bankdirektor |
| 1 | Vertreter des Sparkassenverbands Baden-Württemberg | Dr. Harry Streib , Direktor |
| 1 | Vertreter der Städte und Gemeinden | Michael Lutz , Bürgermeister
der Stadt Waldenbuch |
| 2 | Vertreter der bäuerlichen Berufsorganisationen | Werner Räßle ,
Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes e.V.
Klaus Mugele ,
Vizepräsident des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg e.V. |
| | Als Sachverständige im Aufsichtsrat ohne Stimmrecht
(§ 8 Abs. 7 des Gesellschaftsvertrages) | Albrecht Kümmel , Landwirtschaftsdirektor
Ministerium für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Luz Berendt , Ministerialrat
Ministerium für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz Baden-Württemberg |

Stadtstrom Rastatt GmbH

ALLGEMEINE ANGABEN

Stadtstrom Rastatt GmbH
Markgrafenstraße 7
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 7 73 - 0
Telefax: (0 72 22) 7 73 - 1 20

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftsvertrag vom 02. Februar 2011, HRB 711634, Handelsregister Mannheim.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Komplementär für Unternehmen, die mit Anlagen in der Region Strom produzieren, verteilen und verkaufen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

50 % Beteiligung der star.Energiewerke GmbH & Co. KG Rastatt, an der die Stadtwerke Rastatt (Eigenbetrieb) zu 100 % beteiligt sind. Es handelt sich um eine mittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt

BETEILIGUNG

Stammkapital:	25.000,00 €
star.Energiewerke GmbH & Co. KG	12.500,00 € (= 50,00 %)

Haftung der Stadt Rastatt

Da die star.Energiewerke GmbH & Co. KG zu 100 % der Stadtwerke Rastatt/Stadt Rastatt gehören, haftet die Stadt Rastatt mittelbar mit der Einlage.

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Gewinn/Verlust	Gewinn-/Verlustverwendung
2016	263,37 €	Verrechnung mit Verlustvortrag
2015	./.. 106,58 €	Vortrag auf neue Rechnungen
2014	688,89 €	Verrechnung mit Verlustvortrag
2013	658,26 €	Verrechnung mit Verlustvortrag

	Verwaltungskostenbeitrag
2016	0,00 €
2015	0,00 €
2014	0,00 €
2013	0,00 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Olaf Kasprzyk, gleichzeitig Geschäftsführer der star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH und Betriebsleiter der Stadtwerke Rastatt, 76437 Rastatt

Andreas Markowsky, 79285 Ebringen

Beide einzelvertretungsberechtigt.

Bezüge der Geschäftsführung:

Von der Schutzvorschrift des § 286 Abs.4 HGB wird Gebrauch gemacht.

WICHTIGE VERTRÄGE

Kommanditvertrag vom 01.02.2011 mit der Firma Stadtstrom Rastatt Erste Solar-GmbH & Co. KG.

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Angestellte	2	2	2	2
Insgesamt	2	2	2	2

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Komplementärin der Firma Stadtstrom Rastatt Erste Solar-GmbH & Co. KG ohne Beteiligung am Kapital der Gesellschaft.

BETRIEBSZWEIGE

Gesonderte Betriebszweige bestehen nicht.

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

Als kleine Kapitalgesellschaft entfällt der Lagebericht.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	0	0	0	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0
Finanzanlagen	0	0	0	0
Umlaufvermögen Gesamt	26,2	26	26,5	26
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen	0,2	0,5	1	1
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	26	25,5	25,5	25
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	26,2	26	26,5	26

P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	25,1	24,9	25	24
Stammkapital	25	25	25	25
Rücklagen	0	0	0	0
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0	-2
Gewinn/Verlust	0,1	-0,1	0	1
Rückstellungen	0,8	0,4	0,5	1
Verbindlichkeiten	0,3	0,7	1	1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	26,2	26	26,5	26

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8,9	9,4	10	9
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0
= A. Betriebsleistung	8,9	9,4	10	9
Materialaufwand	0	0	0	0
+ Personalaufwand	0	0	0	0
+ Abschreibungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	8,6	9,5	9	8
= B. Betriebsaufwand	8,6	9,5	9	8
= C. Betriebsergebnis (A. ./. B)	0,3	./. 0,1	1	1
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
./. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
= D. Finanzergebnis	0	0	0	0
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	0,3	./. 0,1	1	1
+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
./. Sonstige Steuern	0	0	0	0
= Jahresgewinn/Jahresfehlbetrag	0,3	./. 0,1	1	1

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	T€	T€	T€	T€
Gewinn/Verlust		0,3	-0,1	1	1
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	0,00	0,00	0,00	0,00
Investitionen	€	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	95,64	95,57	94,16	95,18
Ertragslage					
Eigenkapitalrentabilität	%	1,05	-0,50	2,76	2,71
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,00	-0,48	2,60	2,58
Kostendeckung	%	103,03	98,77	107,14	107,10

Prowind Energieanlagen Betreuung GmbH & Co. KG

ALLGEMEINE ANGABEN

Prowind Energieanlagen Betreuung GmbH & Co. KG
Trifelsstr. 6
76187 Karlsruhe

E-Mail: thomas@muellerschoen.de
Internet: www.windmuehlenberg-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gründungsjahr: 1998
HRA: Amtsgericht Mannheim 503435
Gesellschaftsvertrag wurde 2013 aufgrund des Eintritts der Stadtwerke Rastatt neu gefasst.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Errichtung und Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft darf alle mit dem Gesellschaftszweck in Zusammenhang stehende Geschäfte betreiben.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Da der Eigenbetrieb Stadtwerke Rastatt keine eigenständige Rechtspersönlichkeit besitzt, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt.

Haftung der Stadt Rastatt

Mittelbar mit der vollen Beteiligung (245.420,09 €), es besteht keine Nachschusspflicht

BETEILIGUNG

Kommanditkapital: 306.775,13 €
Stadtwerke Rastatt: **245.420,09 €** (= 80,00 %)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Mittelbar über den EB Stadtwerke Rastatt

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung:	Neue Energien Verwaltungs GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Olaf Kasprzyk, Thomas Müllerschön und Manfred Bergner
Prokuristen:	Achim Steinberg und Volker Bunte
Beirat:	Roland Helber, Matthias Griebel, Hans Joachim Schmidt

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Von der Schutzvorschrift des § 286 Abs.4 HGB wird Gebrauch gemacht.

WICHTIGE VERTRÄGE

- Einspeisevertrag mit der EnBW für die Windkraftanlage in Langenbrand

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Insgesamt	0	0	0	0

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

1. Allgemeines, Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Unsere Windkraftanlage hat im Jahr 2016 Strom in Höhe von 502.973 kWh produziert. Damit wurde das schlechteste Ergebnis der letzten Windjahre erzielt, mehr als 100.000 kWh weniger als in 2015. Das Jahr 2016 hatte jedoch mit den ersten beiden Monaten recht gut angefangen und es wurden ca. 200.000 kWh produziert, jedoch verlief das weitere Windjahr nur sehr schwach.

Dieses schlechte Windjahr und die schlechte Verfügbarkeit schlägt sich voll auch auf das Jahresergebnis durch, sodass sich ein Jahresfehlbetrag i. H. von -75.027,54 € erwirtschaftet wurde.

Seit Beginn ihrer Laufzeit produzierte die Anlage knapp 14,0 Millionen Kilowattstunden Strom und trug damit zu einer erheblichen CO2-Einsparung bei. Besonders bedauernd ist, dass an der Anlage der Wechselrichter schon einige Male repariert wurde und trotzdem immer wieder ausfällt und 2015 gar nicht funktioniert und so eine große Rechnung an Strombezug produziert wurde. Die Wartungen wurden in 2016 spärlich durchgeführt, insbesondere weil die langjährige Firma den Wartungsvertrag gekündigt hat.

Im Herbst 2015 haben wir einen neuen Stromvertrag für 2016 bei den star.Energiewerke GmbH & Co. KG, Rastatt, abgeschlossen. Wir erhielten hierdurch günstigere Strombezugskosten.

Mit der jährlichen Gesellschafterversammlung am 09.Mai 2016 hatten wir den Geschäftsbericht und die Entlastungen durchgeführt. Im Beirat hat sich personell nichts geändert. Durch Beschluss der Versammlung wurde die Prokuristenvergütung zum 1.Juli 2016 gekündigt. In 2017 wird auch eine Abbestellung erfolgen.

Der Gemeinderat von Schömburg hatte in seiner Sitzung am 24. November 2015 mit Mehrheit den Projektierer BayWa r. e. GmbH für den Flächenpool empfohlen. Der Flächenpool wurde jedoch aufgelöst und der größte Flächeneigentümer, der Forst BW, hat uns mit Schreiben vom 09.03.2016 darüber informiert, dass er seine dortigen Staatswaldflächen eigenständig vermarktet und auch schon ein Gestattungsvertrag geschlossen hat. Dies ist mit der BayWa r. e. GmbH erfolgt. Nach Rücksprache mit dem Kooperationspartner Juwi, wurde einvernehmlich festgestellt, dass für diesen Standort keinerlei Chancen mehr bestehen. Jeglicher Versuch an diesem Standort noch etwas zu erreichen, wäre nur mit großem finanziellem und juristischem Aufwand möglich, dessen Erfolg jedoch als unrealistisch einzustufen war.

Ende des Jahres 2016 wurden mit der BayWa r. e. GmbH Verhandlungen über die entgeltliche Stilllegung unserer Altanlagen aufgenommen. Erst im Februar 2017 erreichten wir hier einen Konsens und die finalen Vertragsverhandlungen wurden im April 2017 zufriedenstellend abgeschlossen.

2. Lage des Unternehmens

Die Einnahmen sorgten nicht für eine ausreichende Liquidität, sodass wir einen Kredit von unserem Kommanditisten Stadtwerke Rastatt benötigten. Eine Ausschüttung kommt nicht in Betracht. Es wurde in der Gesellschafterversammlung beschlossen, zuerst die Kredite zu tilgen, bevor eine Ausschüttung fällig wird. Auch die privaten Kredite wollten wir zeitnah zurückzahlen. Das Darlehen der L-Bank ist jedoch vorrangig zu befriedigen, da hier zur Darlehenssicherung Abtretungen von Einspeisevergütungen vorhanden sind. Somit können wir bei angespannter Liquiditätslage nicht frei entscheiden.

3. Steuerungssystem

Finanzielle Leistungsindikatoren:

Die zentrale Steuerungsgröße für die Gesellschaft stellt hierbei die technische Verfügbarkeit der Anlage dar. Hierzu kommt natürlich die nicht steuerbare Winddarbietung. Das Alter der Anlage arbeitet jedoch stetig gegen eine Vollverfügbarkeit und löst im Gegenzug auch höhere Instandhaltungen aus.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Anlage leistet einen großen lokalen Beitrag zum Umweltschutz. Die noch bestehende EEG-Förderung honoriert dies noch, läuft jedoch in den nächsten Jahren aus.

4. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Nach 18 Jahren Betrieb der Seewind 52/750 kann zusammen behauptet werden, dass das Windrad technisch veraltet und nicht mehr zuverlässig arbeitet. Es sind höhere Wartungsarbeiten und Überprüfungen erforderlich. Durch zwei Bolzenbrüche an der Getriebeaufhängung musste das Windrad am 01.02.2017 abgeschaltet werden. Nach langem Suchen haben wir eine Spezialfirma gefunden, die in der Lage waren die Bolzen aus dem Gewinde herauszubohren und das Gewinde wieder nachzuschneiden. Erst Mitte April wird eine Firma versuchen, das Getriebe wieder zu befestigen. Diese Reparaturkosten werden auf ca. 15 T € geschätzt.

Der Vertrag mit der BayWa r. e. GmbH soll zeitnah nach Ostern unterzeichnet werden. Der Stilllegungszeitpunkt wurde auf den 31.12.2018 vereinbart. Der Vertrag ermöglicht der BayWa r. e. GmbH jedoch stets zum Ausstieg.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	0	77	48	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	0	77	48	0
Finanzanlagen	0	0	0	0
Umlaufvermögen Gesamt	33	60	45	50
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen	7	20	19	24
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	26	40	26	26
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1	1
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	155	80	74	82
Bilanzsumme	189	219	168	133
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	0	0	0	0
Rückstellungen	44	40	78	31
Verbindlichkeiten	145	179	90	102
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	189	219	168	133

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	46	51	57	58
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	0	1	1	3
= A. Betriebsleistung	46	52	58	61
Materialaufwand	7	17	7	0
+ Personalaufwand	0	0	0	0
+ Abschreibungen	77	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	35	39	40	42
= B. Betriebsaufwand	119	56	47	42
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	-73	-4	11	19
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	1
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	3	3
= D. Finanzergebnis	-2	-2	-3	-2
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	-75	-6	8	17
+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
./ Sonstige Steuern	0	0	0	0
= Jahreshesgewinn	-75	-6	8	17

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
Gewinn/Verlust	T€	-75	-6	8	17
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	0,01	34,97	28,51	0,00
Umlaufintensität	%	99,99	65,03	71,49	100,00
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	0,00	0,00	0,00	0,00

LEISTUNGSKENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	kWh	kWh	kWh	kWh
Stromerzeugung		502.973	663.757	621.590	644.182

Energieagentur Mittelbaden gGmbH

ALLGEMEINE ANGABEN

Energieagentur Mittelbaden gGmbH

Am Schlossplatz 5
76437 Rastatt
Telefon: 07222/381-3120/-3121
Telefax: 07222/381-3197

kontakt@energieagentur-mittelbaden.info
www.energieagentur-mittelbaden.info

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftsvertrag vom 18. Oktober 2010

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und die Erbringung von Serviceleistungen im Landkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden zur Erreichung folgender Ziele:

- Öffentlichkeitsorientierte Energieberatung
- Erschließung von Energieeffizienzpotentialen
- Förderung regenerativer Energien
- Wissenstransfer im Bereich der Energieeffizienz und der regenerativen Energien.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Minderheitsbeteiligung der star.Energiewerke GmbH & Co. KG Rastatt an der die Stadtwerke Rastatt (Eigenbetrieb) zu 100 % beteiligt sind. Es handelt sich um eine mittelbare Beteiligung der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital:	25.000 €
star.Energiewerke GmbH & Co. KG	3.750 € (= 15,00 %)

Haftung der Stadt Rastatt

Da die star.Energiewerke GmbH & Co. KG zu 100 % der Stadtwerke Rastatt/Stadt Rastatt gehören, haftet die Stadt Rastatt mittelbar mit der Einlage.

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Gewinn/Verlust	Gewinn-/Verlustverwendung
2016	- 29.487,61 €	Verrechnung mit Gewinnvortrag
2015	-15.698,34 €	Verrechnung mit Gewinnvortrag
2014	-17.339,55 €	Verrechnung mit Gewinnvortrag
2013	-19.114,82 €	Verrechnung mit Gewinnvortrag

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Hauptamtlich: Fr. Sybille Feurer (bis 30.06.2016)
Hauptamtlich: Hr. Martin Appel (ab 17.11.2016)
Zweiter GF: Hr. Claus Haberecht

Bezüge der Geschäftsführung:

Die Geschäftsführerbezüge beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 47.

WICHTIGE VERTRÄGE

Neben Geschäftsführungs- und Personalüberlassungsvertrag sowie dem in 2014 vereinbarten Kooperationsvertrag bestehen keine weiteren wichtigen Verträge.

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Angestellte	5	5	3	2
Insgesamt	5	5	3	2

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

keine

BETRIEBSZWEIGE

- Erstberatung und Information
- Netzwerkarbeit und gemeinsame Aktionen
- Kommunales Energiemanagement
- Energiekonzepte und Energieausweise

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK

Lagebericht der Energieagentur Mittelbaden gGmbH für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

Die Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2016 war geprägt von der Zunahme der Projektarbeit durch Einbindung des Projektingenieurs in Vollzeit und dadurch verminderter Fremdvergabe an Externe Dienstleister. Seit dem 01.09.2016 ist Herr Martin Appel als Geschäftsführer in Vollzeit tätig.

Die Zahl der kostenfreien Erstberatungen ging in 2016 durch den Weggang der Geschäftsführung zurück, die Veröffentlichungen in der Tagespresse und auf der eigenen Homepage wurden optimiert, das Energieberaternetzwerk intensiviert und erweitert. Gemeinsam mit der Handwerkskammer Karlsruhe (HWK) wurde eine neue Fortbildungs- und Vernetzungskampagne für alle Baubeteiligten erfolgreich gestartet. In Kooperation mit der Interessengemeinschaft Wirtschaftsregion Mittelbaden erfolgte die Einführung eines Energietisches für Unternehmen im Landkreis Rastatt. Im Rahmen der Entwicklung der Technologieregion Karlsruhe (TRK) zur EnergieRegion wurde die Zusammenarbeit mit den beiden anderen bestehenden Energieagenturen (Karlsruhe Stadt und Landkreis Karlsruhe) intensiviert. Hierzu wurde ein gemeinsamer EFRE-Antrag als Konsortium für die Kompetenzstellen für Energieeffizienz (KEFF) zusammen mit der HWK ausgearbeitet und gestellt. Nach Eingang der Bewilligung wurde ab März 2016 eine zusätzliche Vollzeitstelle, verteilt auf die drei Energieagenturen, in der TRK geben (66,6% pro Agentur) sowie ab Mai 2016 eine Assistenzstelle für die Kompetenzstellen für Energieeffizienz (KEFF) mit 12 Stunden eingestellt.

Marktumfeld und eigene Stellung der Gesellschaft im Markt

Die Energieeinsparung, die Steigerung der Energieeffizienz und der Einsatz regenerativer Energien stellen einen volks- und betriebswirtschaftlich sinnvollen Weg dar, um Ressourcen zu schonen, steigenden Energiepreisen zu begegnen und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Sie senken die Energiekosten der einzelnen Verbrauchergruppen und reduzieren die Abhängigkeit von Importenergien. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der ambitionierten Einsparziele von EU-, Bundes- und Landesregierung geleistet.

Das Leistungsangebot der Energieagentur Mittelbaden gGmbH wird entsprechend deutlich beansprucht, was u.a. aus den zunehmenden Beratungsnachfragen erkennbar wird (2012 - 359 Beratungskunden, 2013 - 406 Beratungskunden, 2014 - 417 Beratungskunden, 2015 - 505 Beratungskunden, 2016 – 396 Beratungskunden). Insofern ist die Weiterführung der Gesellschaft der zunehmenden Nachfrage des Beratungsangebots im Geschäftsbereich der Gesellschaft geschuldet.

Die Neutralität und Unabhängigkeit der Energieagentur wird positiv wahrgenommen und daher die Beratungen durch die Energieagentur denen anderer Anbieter vorgezogen.

Tätigkeitsbericht

Die Gesellschafterversammlung definierte 4 Geschäftsfelder:

1. Erstberatung und Information
2. Netzwerkarbeit und gemeinsame Aktionen
3. Kommunales Energiemanagement
4. Energiekonzepte und Energieausweise

Für das **Geschäftsfeld 1** Erstberatung und Information: Die Erstberatungen wurden an festen Beratungstagen und -zeiten für die Außenstellen Baden-Baden, Gaggenau und Bühl einmal monatlich durchgeführt. Zudem wurden in der Geschäftsstelle in Rastatt nach Terminvereinbarung Erstberatungen durchgeführt. Es wurden monatliche Energiespartipps, regelmäßige Pressemitteilungen über neue Förderprogramme u. ä. sowie eigene Presseinformationen herausgegeben.

Im **Geschäftsfeld 2** Netzwerkarbeit und gemeinsame Aktionen: Durch eigene Veranstaltungen, wie Vortragsabende und Ausstellungen bzw. die Beteiligung an spezifischen Aktionen in der Region wurden die Themen Energiesparen, Energie effizient nutzen und Einsatz von erneuerbaren Energien durch die Energieagentur weitergetragen. Die Vernetzung der regionalen Akteure wurde durch die Konstitution und Erweiterung des „Energieberaternetzwerks“ auf mittlerweile 21 zertifizierte Energieberater gefestigt.

Regionale Kompetenzstelle Energieeffizienz (KEFF) Mittlerer Oberrhein:

Mit der „Kompetenzstelle für Energieeffizienz der Region Mittlerer Oberrhein“ soll eine Plattform zum Informationsaustausch für den Bereich Energie- und Ressourceneffizienz eingerichtet werden. Zielgruppe sind Unternehmen aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung. Die drei Energieagenturen und die Handwerkskammer Karlsruhe bilden die regionale Kompetenzstelle Mittlerer Oberrhein: Energieagentur Mittelbaden, mit Sitz in Rastatt, Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe in Bretten sowie die Energie- und Klimaschutzagentur Stadt Karlsruhe. Über Impulsgespräche, Informationsveranstaltungen und Energietische sollen Unternehmen dazu bewegt werden, ihre freien Potenziale zu nutzen. Ein landesweites Netzwerk von Akteuren und Spezialisten unterstützt die regionalen Tätigkeiten. Im Jahr 2016 wurden folgende Veranstaltungen von der Regionale Kompetenzstelle Energieeffizienz (KEFF) durchgeführt:

19.04.2016	Contracting-Veranstaltung mit KEA in Rastatt
28.04.2016	LOI-Partner-Treffen in HWK Karlsruhe
02.05./25.7./19.10.2016	Energieberatertreffen in Rastatt
29./30.06.2016	CEB-Messe Karlsruhe Fachkongress Energieeffizienz in KMU
20.07.2016	Energietisch Wirtschaftsregion Mittelbaden bei W-Quadrat Gaggenau
15.09.2016	KEFF-Messeauftritt auf der AMB-Messe Stuttgart
17.09.2016	Bauermarkt Bühl
16.10.2016	Messeauftritt im Bausalon Baden-Baden

Im **Geschäftsfeld 3** Kommunales Energiemanagement: Die Kommunen der Region Mittelbaden sollen bei der Umsetzung von Klimaschutzziele durch die Energieagentur unterstützt werden. Es wurden Schulprojekte gestartet und umgesetzt, wie z. B. „Fifty-Fifty“ für den Landkreis Rastatt in 15 Schulen, für die Gemeinde Durmersheim in drei Schulen, die Stadt Baden-Baden in 8 Schulen sowie die Gemeinde Ötigheim mit 2 Schulen.

Für die „Stand-by“-Projekte konnten im Schuljahr 2016/2017 30 Schulen mit insgesamt 59 Klassen der Stadt Baden-Baden und des Landkreises Rastatt akquiriert werden. Beratungen zur Beantragung von Fördergeldern wurden in Anspruch genommen.

Im **Geschäftsfeld 4** Energiekonzepte und -ausweise: Es wurden Beratungen für Unternehmen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie Nichtwohngebäudeberatungen für zwei Verwaltungsgebäude durchgeführt.

Das Interesse der Kommunen und auch von KMU an Beratungen und Konzepten u. ä. ist zunehmend, die Energieagentur bietet diese Leistungen an und führt diese entweder selbst durch oder mit Hilfe von freien Mitarbeitern.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entwickelte sich in fast allen Bereichen entsprechend der Budgetplanung. Im Bereich kommunale Beratung (Klimaschutz- und Quartierskonzepte) und Energiemanagement nahm die EAMB an verschiedenen Ausschreibungen teil und hat Angebote an Kommunen unterbreitet, allerdings erfolgte keine Vergabe an die EAMB, das führte zur Korrektur der Umsatzzahlen 2015 im Erfolgsplan 2016 um 31T€ nach unten. Die Umsatzerlöse 2016 betragen rund 146 T€, das entspricht einer Umsatzsteigerung von 12% zum Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge kommen von den Kostenbeiträgen der Gesellschafter in Höhe von rd. 114 T€ und der finanziellen Beteiligung der Stadt Bühl aufgrund des Kooperationsvertrags vom 21.08.2014 mit 2.900 €.

Nach Abzug der Kosten für den laufenden Geschäftsbetrieb und für die Personalkosten in Höhe von rd. 292 T€ ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von rd. 29 T€. Im Wirtschaftsplan 2016 war ein Überschuss von 32 T€ prognostiziert.

Der Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug -42 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 87 %. Die Liquidität war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Ausblick auf die folgenden Geschäftsjahre

Nach der Planungsrechnung für das Jahr 2017 werden sich die Erträge auf 418 T€ belaufen, die sich aus Kostenbeiträgen der Gesellschafter und der Stadt Bühl von 117 T€, den Umsatzerlösen aus den Geschäftsfeldern in Höhe von ca. 180 T€ und dem Zuschuss für die KEFF-Moderatorenstelle von 121 T€ zusammensetzen. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die vorschüssigen Gesellschafterbeiträge für das Geschäftsjahr 2017 sowie Zuschüsse für die KEFF-Moderatorenstelle gesichert.

Personalentwicklung

Seit September 2016 ist Herr Martin Appel hauptamtlich als Geschäftsführer tätig, Dezernent Claus Haberecht ist als zweiter Geschäftsführer eingetragen. Als Assistenz der Geschäftsleitung ist über Personalgestellung durch den Landkreis Rastatt Frau Sabine Meisch mit 20 Stunden pro Woche eingesetzt. Es bestehen Rahmenverträge mit Freien Mitarbeitern. Seit Juni 2016 ist Herr Kevin Gebhardt Vollzeit als Projektingenieur mit Schwerpunkt Energieeffizienz tätig. Für die anteilige Kompetenzstelle für Energieeffizienz ist ab März 2016 ein weiterer Ingenieur in Teilzeit (66,6%) sowie ab Mai 2016 eine Assistenz der Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF) tätig.

Im Zuge des Ausbaus der vergütungspflichtigen Geschäftsfelder wird mittelfristig mit weiterem Personalbedarf gerechnet.

Zukunftsaussichten

Die Zukunftschancen der Gesellschaft basieren auf einem steigenden Beratungsbedarf hinsichtlich Klimaschutz und Energieanwendung. Dies ist zum einen auf politischer Ebene bei der Definition, Umsetzung und Kontrolle von Klimaschutzziele zu erwarten. Zum anderen kann ein Beratungsbedarf in der gesamten Gesellschaft durch zunehmende Regelungsdichte und wachsendes Bewusstsein über die Risiken und Umweltauswirkungen im Zusammenhang mit der Energieverwendung beobachtet werden.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, deren Ausbau und Zahlungsfähigkeit ist aufgrund der bis 2020 zugesagten vorschüssigen Gesellschafterbeiträge gesichert. Ein Risiko liegt in der Schwierigkeit, bei guter Entwicklung der kostenpflichtigen Geschäftsfelder neue Aufträge zeitnah und mit kompetentem Personal abzuarbeiten.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	€	€	€	€
Anlagevermögen Gesamt	4.241	5.514	4.483	5.002
Immaterielle Vermögensgegenstände	88	238	388	529
Sachanlagen	4.153	5.276	4.095	4.473
Finanzanlagen	0	0	0	0
Umlaufvermögen Gesamt	138.105	164.195	182.586	210.208
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen	32.731	15.818	8.843	24.904
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	105.374	148.377	173.743	185.304
Rechnungsabgrenzungsposten	1.155	729	855	1.519
Bilanzsumme	143.502	170.438	187.924	216.729
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	€	€	€	€
Eigenkapital Gesamt	125.494	154.982	170.680	188.020
Stammkapital	25.000	25.000	25.000	25.000
Rücklagen	0	0	0	0
Gewinn-/Verlustvortrag	129.982	145.680	163.020	182.134
Gewinn/Verlust	./. 29.488	./. 15.698	./. 17.340	./. 19.115
Rückstellungen	10.844	7.590	9.330	7.640
Verbindlichkeiten	7.163	7.866	7.914	21.069
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	143.502	170.438	187.924	216.729

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	€	€	€	€
Umsatzerlöse	145.818	129.923	88.666	38.638
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	117.395	117.114	116.900	120.000
= A. Betriebsleistung	263.213	247.037	205.566	158.638
Materialaufwand	64.396	75.593	73.471	52.271
+ Personalaufwand	138.822	116.522	85.122	70.427
+ Abschreibungen	1.480	1.169	1.456	2.219
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	88.003	69.463	63.224	53.582
= B. Betriebsaufwand	292.701	262.747	223.274	178.499
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	./ 29.488	./ 15.710	./ 17.709	./ 19.861
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	12	369	746
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
= D. Finanzergebnis	0	12	369	746
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	./ 29.488	./ 15.698	./ 17.340	./ 19.115
+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
./ Sonstige Steuern	0	0	0	0
= Jahresgewinn/Jahresfehlbetrag	./ 29.488	./ 15.698	./ 17.340	./ 19.115

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	€	€	€	€
Gewinn/Verlust					
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	2,96	3,24	2,39	2,31
Investitionen	€	1.000	2.000	1.000	3.000
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	87,45	90,93	90,82	86,75
Ertragslage					
Eigenkapitalrentabilität	%	-23,50	-10,13	-10,16	-10,17
Gesamtkapitalrentabilität	%	-20,55	-9,21	-9,23	-8,82
Kostendeckung	%	49,82	49,45	39,71	21,65

III. Eigenbetriebe

Stadtwerke Rastatt

ALLGEMEINE ANGABEN

Stadtwerke Rastatt
Markgrafenstraße 7
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 7 73 - 0
Telefax: (0 72 22) 7 73 - 1 20

E-Mail: Info@Stadtwerke-Rastatt.de
Internet: www.Stadtwerke-Rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Neufassung der Betriebssatzung am 26.09.2011.

Wasserversorgung	seit 1763
Gasversorgung	seit 1863
Stromversorgung	seit 1913

Die Ausgliederungserklärung zur Übertragung der Versorgungssparten auf die star.Energiewerke GmbH & Co. KG wurde am 27.09.2002 in das Handelsregister eingetragen. Die Übertragung fand rückwirkend auf den 01.01.2002 statt

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Aufgabe der Stadtwerke ist die Bereitstellung und Überlassung der kommunalen Infrastruktur (immaterielle und materielle Vermögensgegenstände) der Stadt Rastatt sowie der Betrieb des Hallenfreibades, Betrieb des Freibades und des Industriegleises.

Die Stadtwerke sind berechtigt, sich an einer Gesellschaft, die den öffentlichen Personennahverkehr betreibt, zu beteiligen. Die Stadtwerke sind darüber hinaus berechtigt, sich an einer Gesellschaft zu beteiligen, die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie die Durchführung von Telekommunikation betreibt. Ferner sind die Stadtwerke berechtigt, sich an einer Gesellschaft zu beteiligen, die die Geschäftsführung bei Kommanditgesellschaften zum Unternehmensgegenstand hat.

Die Stadtwerke können alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar ihren Betriebszweck fördern oder ihn wirtschaftlich berühren.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Eigenbetrieb der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital: 11.900.000,00 €
Stadt Rastatt: **11.900.000,00 €** (= 100,00 %)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Gewinn/ Verlust	Gewinn-/Verlustverwendung
2016	66.329,36 €	Die Betriebsleitung wird eine Verrechnung mit dem Verlustvortrag vorschlagen.
2015	-88.927,41 €	Nach Vorlage des Abschlussberichtes der WIBERA AG, Stuttgart, und der Vorberatung im Betriebsausschuss, wird über die Ergebnisbehandlung der Gemeinderat entscheiden.
2014	181.283,49 €	<ul style="list-style-type: none"> • 100.000 € Übertragung an Haushalt der Stadt • 73.938,24 € Verrechnung mit Verlustvortrag • 7.345,25 € Einstellung in Rücklagen (wird vorgeschlagen)
2013	-92.212,26 €	Verlustvortrag

	Verwaltungskostenbeitrag
2016	9.705,01 €
2015	6.463,30 €
2014	9.346,90 €
2013	7.210,00 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Betriebsleitung: Olaf Kasprzyk – Betriebsleiter –

Betriebsausschuss: **Vorsitzender:** Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch

Beschließende Mitglieder: Harald Ballerstaedt, Dipl.-Ing. (BA), Geschäftsführ. Gesellschafter
Stefan Felsner, Optikermeister
Hans-Albert Fritsch, Heizungsbaumeister
Dr. Michael Gehse, Hautarzt
Dieter Gerster, Lehrer
Martin Graf, Elektromeister,
Dr. Wolfgang Güttel, Arzt
Herbert Köllner, Rektor i. R.
Klaus Hüttlin, Rentner
Mathias Köppel, Schreinermeister und Bestatter
Nicole Maier-Rechenbach, Dipl. Verwaltungswirtin (FH)
Walter Renschler, Dipl.-Ing. für Gartenbau
Roland Walter, Industriekaufmann
Jürgen Wahl, Dipl.-Ing. (BA) für Elektrotechnik
Dr. Erich Wölfle, Kieferchirurg
Monika Zierz, Sekretärin
Roy Zilius, Polizeihauptkommissar

Beratende Mitglieder
(sachkundige Bürger)

Matthias Dorsner
Erik-Arndt Gerike
Volker Herm
Annemarie Hüttlin
Reinhold Merklinger
Martina Mihailowitsch
Heinrich Reuter
Jonas Weber

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Die Mitglieder des Betriebsausschusses erhalten keine separate Vergütung. Auf § 3 der Satzung über die Entschädigung von ehrenamtlicher Tätigkeit wird verwiesen.

Im Übrigen wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht

WICHTIGE VERTRÄGE

- Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Mitarbeiter	28	24	23	23
Auszubildende	3	1	1	2
Insgesamt	28	25	24	24

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Das Unternehmen ist an folgenden anderen Unternehmen beteiligt:

- Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH (VERA) mit 25.600,00 € (= 100 %)
- star.Energiewerke Beteiligungs-GmbH mit 25.000,00 € (= 100 %)
- star.Energiewerke GmbH & Co. KG mit 100.000,00 € (= 100 %) KG-Anteil
- Prowind Energieanlagen Betreuung GmbH & Co. KG 136.000,03 € (= 80 %) KG-Anteil

BETRIEBSZWEIGE

- Industriegleis
- Hallenfreibad
- Freibad
- Beteiligung VERA GmbH
- Beteiligung star.Energiewerke GmbH & Co. KG

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK 2017

I. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von 66 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag - 89 T€) ab. Der Jahresüberschuss ist ausgelöst durch die verminderte Verlustübernahme bei der Beteiligung Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH und dem etwas höheren Beteiligungsertrag aus der star.Energiewerke GmbH & Co. KG. Der Beteiligungsertrag aus 2015 (star.Energiewerke) beträgt 2,950 Mio. € (Vorjahr: 2,840 Mio. €).

Das Ergebnis wird wie in den Jahren zuvor von den defizitären Sparten, Verlustübernahme der Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH (VERA), das Familienbad ALOHRA und das Freibad NATURA bestimmt.

Die VERA hat einen Verlust i. H. von -0,857 Mio. € (Vorjahr: -1,000 Mio. €) verbucht. Das Familienbad ALOHRA schließt mit einem Verlust von -1,323 Mio. € (Vorjahr: -1,284 Mio. €) ab. Das Familienbad NATURA verbucht einen Verlust in Höhe von -0,500 Mio. € (Vorjahr: -0,543 Mio. €).

Im Jahr 2016 haben 132.392 (Vorjahr: 135.745) Badegäste das ALOHRA besucht. Davon waren 9.616 (Vorjahr 9.118) Saunabesucher. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr lag u. a. in den Grippeperioden 2016. Hierzu kommen noch 8.806 (Vorjahr: 8.950) Schüler und 14.424 (Vorjahr 14.088) Vereinsschwimmer.

Der durchschnittliche Sommer lies trotzdem 65.703 Besucher (ohne Schulen und Vereine, Vorjahr: 70.207) das NATURA besuchen. Der Rekordsommer 2015 ist natürlich kein Maßstab und gerade die lange Nass-Periode am Anfang des Sommers 2016, trübt die Statistik ein wenig.

Die Bewegungen auf dem Industriegleis waren in 2016 mit 4.802 Waggons (Vorjahr: 4.861) weitgehend konstant. Das Industriegleis hat im Wirtschaftsjahr einen Verlust von -32 T€ (Vorjahr: 8 T€) erzielt und ist durch die Vertragsgestaltungen der Nutzungsentgelte in Form von Sockelbeträgen durch die doch stagnierende Waggonbewegungen keinem Erfolgsprogress ausgesetzt. Größere Instandhaltungen, u. a. das Überschleifen der Bahnkörper und Reparatur Bahnübergang III (Daimler-Werk), trägt maßgeblich zum Verlust bei.

Über die Verlustübernahme der Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH musste im Geschäftsjahr 2016 ein negatives Betriebsergebnis von -0,857 Mio. € (Vorjahr: -1,000 Mio. €) übernommen werden. Begünstigt durch den indexbasierten Vertrag machen sich die schwachen Öl- bzw. Dieselpreise doch positiv bemerkbar.

Bereinigt um die Gewinnausschüttung der star.Energiewerke für 2015 i. H. von 2,950 Mio. € (Vorjahr: 2,840 Mio. €) und der aus der Beteiligung resultierenden Steuerbelastung i. H. von 0,171 Mio. € schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem operativen Jahresverlust i. H. -2,712 Mio. € (Vorjahr: -2,818 Mio. €) ab.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch in 2016 mit großer Einsatzbereitschaft für die Unternehmensziele eingesetzt. Dafür gilt ihnen der besondere Dank der Betriebsleitung.

II. Steuerungssystem

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die zentrale Steuerungsgröße für die Gesellschaft stellen hierbei die Jahresfehlbeträge der Bäder und die Verlustübernahme der VERA dar. Diese werden zum einen maßgeblich von den Instandhaltungsaufwendungen und von den Besucherzahlen bestimmt und zum anderen von den Fahrgeldeinnahmen auf der Einnahmeseite und durch Kosten aus dem Kooperations- und Durchführungsvertrag für die Durchführung des Öffentlichen Nahverkehrs auf der Ausgabenseite beeinflusst. Die Gewinnzuweisungen der Beteiligung star.Energiewerke GmbH & Co. KG sind die entscheidenden Einnahmen zur Gesamtdeckung der übernommenen Aufgaben.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Vorhaltung von Schwimmbädern die für den öffentlichen Badebetrieb sowie für den Schul- und Vereinssport genutzt werden und die Erbringung des Nahverkehrs stellt eine Daseinsfürsorge dar, welcher sich die Stadt Rastatt nicht entziehen kann. Die durch Betrauungsakte übertragenen Aufgaben sind im Einklang mit der Deckungsfähigkeit des Unternehmens zu steuern und weitsichtig zu planen.

III. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2016 auf 21,634 Mio. €. Auf der Aktivseite entfallen davon 68,8 % auf das Anlagevermögen. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 435 T€ erhöht.

Das Eigenkapital ist mit einem Anteil von 90,97 % an der Bilanzsumme unüblich hoch, jedoch in Anbetracht der Betriebszweige mit ständigen Verlusten notwendig.

IV. Finanzlage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Geschäftsjahr 2016 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes, der die flüssigen Mittel enthält.

Cashflow-Berechnung	2016	2015
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	66	-89
Abschreibungen	201	199
	267	110
./. Aufbau Forderungen	-678	0
Abbau Forderungen	0	711
Abbau Vorräte	0	44
	-411	865
./. Investitionen	-73	-49
Deinvestitionen	0	7
	-484	823
./. Abbau Verbindlichkeiten	-592	-338
./. Abbau empfangene Ertragszuschüsse	0	0
Aufbau Rückstellungen	12	0
./. Abbau Rückstellungen	0	-70
	-1.064	415
Ausschüttung	0	-100
Cash-Flow	-1.064	315
anfänglicher Finanzmittelfond	2.125	1.810
Finanzmittelfond Ende des Jahres	1.061	2.125

V. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Verlauf

Im Vorjahreslagebericht wurde für das Geschäftsjahr 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert. Der Jahresüberschuss 2016 i. H. von 66 T€ bestätigt den prognostizierten Wert, insbesondere da das Ergebnis auch stark aus der Steuerbelastung durch das phasengleiche Ergebnis der star.Energiewerke GmbH & Co. KG beeinflusst wird.

VII. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Bäder:

Die Neugestaltung der Bäderlandschaft in Rastatt ist weiterhin ein zentrales Thema. Als wichtiger Meilenstein gilt hier der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates am 10. Oktober 2016 für den Neubau eines Kombibades. Als Basis diente hier die gutachtliche Ausarbeitung der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen, als auch auf den Vorschlägen des installierten Arbeitskreises Bäder, der aus verschiedenen Interessengruppen rekrutiert wurde. Als weitere zentrale Frage muss nunmehr der gewünschte Flächenbedarf, unter Einbeziehung der Expertise der Bädergesellschaft, beschlossen werden. Privilegiert ist der jetzige Standort Natura, wobei hier noch hochwasserschutzrechtliche Fragestellungen beseitigt werden müssen. Auch werden Alternativstandorte im Stadtkreis auf Vor- und Nachteile untersucht. Eine weitere Bäderbesichtigung ist für die Meinungsfindung anberaunt.

Die Geschäftsführung ist bestrebt die Risiken in der Betriebsdurchführung möglichst gering zu halten. Für 2017 wird für das ALOHRA mit einem Verlust in Höhe von -1,277 Mio. € und für das NATURA mit einem Verlust in Höhe von -0,523 Mio. € gerechnet.

Das Familienbad ALOHRA besuchten im 1. Quartal 2017 insgesamt 35.160 Besucher (Vorjahr: 35.880), hiervon 3.354 Saunagäste (Vorjahr: 3.453).

Zum 24. Mai 2017 eröffnete das Freibad NATURA mit die Freiluftsaison. Neben den üblichen Maßnahmen zur alljährlichen Wiederinbetriebnahme wie Instandsetzungsarbeiten von Frostschäden, Fliesen- und Verfugungsarbeiten sowie sicherheitstechnische Überprüfung aller technischen Anlagen wurden partiell Umwälz-/bzw. Förderpumpen erneuert. Weiter waren landschaftsgärtnerische Arbeiten ausführen, bei denen unter anderem auch der Sandkasten vom Kinderplanschbecken ins „Grüne“ verlegt wurde. Die Maßnahmen hatten einen Kostenrahmen von ca. 65 T€.

Verkehrsgesellschaft Rastatt mbH:

Die Betriebsleitung nimmt auch hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf Einfluss die Verluste möglichst gering zu halten. Durch den längerfristig abgeschlossenen Kooperations- und Betriebsdurchführungsvertrag mit dem beauftragten Verkehrsunternehmen und den langfristigen Besitz der Liniengenehmigungen besteht für das Unternehmen auch künftig die Chance, einen gesicherten Stadtbusverkehr für Rastatt zu gewährleisten. Für 2017 wird eine Verlustübernahme von -0,966 Mio. € erwartet.

Industriegleis:

Die vertraglichen Regelungen garantieren Mindesterloße auch im Falle von geringen Waggonbewegungen. Nach dem aktuellen Wirtschaftsplan rechnet man für 2017 mit einem Verlust von -21 T€. Das stillgelegte Industriegleis Lochfeld (Gleis Nr. 57) wird in den kommenden Jahren zurückgebaut. Die Gleisbewegungen mit 1.265 Waggon im I. Quartal 2017 liegen leicht über Vorjahresniveau (1.187 Waggon). Wir erwarten für die kommenden Jahre keine signifikanten Zuwächse in den Waggonbewegungen.

Beteiligung star.Energiewerke:

Hinsichtlich der Risiken des Unternehmens im Zusammenhang mit den in der Zukunft erwarteten Gewinnzuweisungen wird auf den Lagebericht der star.Energiewerke GmbH & Co. KG verwiesen. Für 2017 kann aus heutiger Sicht mit einer Gewinnausschüttung in Höhe von 3,000 Mio. € aus dem Gewinn 2016 gerechnet werden.

Existenzbedrohende Risiken für das Unternehmen bestehen bei der derzeitigen Situation nicht.

Die Gewinnzuweisungen aus der Beteiligung star.Energiewerke und somit die Verlustabdeckungen des Familienbades ALOHRA, des Freibades NATURA und der VERA müssen nachhaltig gesichert sein. Das Gesamtergebnis des Unternehmensverbundes ist damit für jede wirtschaftliche Entscheidung maßgeblich. Hierauf weist auch die Geschäftsführung in den Berichten der Beteiligungen hin.

Nach den vorläufigen Zahlen kann für 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet werden.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen Gesamt	14.883	15.012	15.169	15.322
Immaterielle Vermögensgegenstände	132	151	169	189
Sachanlagen	2.047	2.157	2.296	2.430
Finanzanlagen	12.704	12.704	12.704	12.703
Umlaufvermögen Gesamt	6.751	6.187	6.824	7.257
Vorräte	0	0	44	44
Forderungen	4.741	4.062	4.773	3.086
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	2.010	2.125	2.007	4.127
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	21.634	21.199	21.993	22.579
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital Gesamt	19.679	19.613	19.802	19.621
Stammkapital	11.900	11.900	11.900	11.900
Rücklagen	7.802	7.802	7.795	7.795
Gewinn-/Verlustvortrag	-89	0	74	18
Gewinn/Verlust	66	-89	181	-92
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	27
Rückstellungen	380	368	438	480
Verbindlichkeiten	1.575	1.218	1.752	2.451
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	21.634	21.199	21.993	22.579

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
		Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	742	721	682	720
+ Bestandsveränderungen	0	-44	0	44
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	13	73	25	48
= A. Betriebsleistung	755	750	707	812
Materialaufwand	1.158	1.112	914	1.045
+ Personalaufwand	975	926	919	893
+ Abschreibungen	202	199	206	235
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	315	361	312	220
= B. Betriebsaufwand	2.650	2.598	2.351	2.393
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	-1.895	-1.848	-1.644	- 1.581
Erträge aus Beteiligungen	2.950	2.840	3.000	2.800
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	81	94	114	174
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	40	63	73	106
= D. Finanzergebnis	2.991	2.871	3.041	2.868
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	1.096	1.023	1.397	1.287
Aufwendungen aus Verlustübernahme	857	999	1.122	1.076
+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	9
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	171	111	92	294
./ Sonstige Steuern	2	2	2	
= Jahresgewinn	66	-89	181	-92

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
Gewinn/Verlust	T€	66	-89	181	-92
Gewinn/Verlust vor Verlustübernahme und vor Beteiligungsertrag	T€	-1.855	-1.818	-1.643	-1.523
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	68,80	70,81	68,97	67,86
Umlaufintensität	%	31,20	29,19	31,03	32,16
Investitionen	T€	73	49	52	81
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	90,97	92,52	90,04	86,90
Fremdkapitalquote	%	9,03	7,48	9,96	13,10
Anlagendeckung I	%	132,23	130,65	130,54	128,06
Anlagendeckung II	%	133,58	132,06	131,89	129,44
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%				
Eigenkapitalrentabilität	%				
Gesamtkapitalrentabilität	%				
Kostendeckung	%	19,96	26,00	27,10	23,67
Personalkostenintensität	%	26,21	33,39	36,49	29,38
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	39	37	38	37

LEISTUNGSKENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Industriegleis					
Gleislänge	m	2.940	2.940	2.940	2.940
bewegte Waggons	Stück	4.802	4.861	4.914	4.747
Hallenfreibad					
Besucher		132.392	135.745	150.927	141.955
davon Saunalandschaft		9.616	9.118	8.984	9.684

Martha-Jäger-Haus



ALLGEMEINE ANGABEN

Martha-Jäger-Haus
Herrenstr. 40
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 1 02 - 500
Telefax: (0 72 22) 1 02 - 555

E-Mail: scheffler@martha-jaeger-haus.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gründungsdatum ist der 01.01.1997.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Bereitstellung von Unterkunft, Versorgungs-, Pflege- und Betreuungsleistungen für alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Eigenbetrieb der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital: 1.175.000 €
Stadt Rastatt: **1.175.000 €** (= 100,00 %)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Gewinn / Verlust	Gewinnverwendung/Verlustabdeckung
2016	226.638,00 €	Übertragung des Jahresüberschusses auf neue Rechnungen
2015	- 130.181,05 €	Übertragung des Jahresverlustes auf neue Rechnungen
2014	-174.599,49 €	Übertragung des Jahresverlustes auf neue Rechnungen
2013	-872.861,35 €	Übertragung des Jahresverlustes auf neue Rechnungen

	Verwaltungs- kostenbeitrag
2016	53.880,31 €
2015	48.853,68 €
2014	45.582,00 €
2013	61.701,63 €

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Angestellte	84,47	86,47	83,85	85,21
Arbeiter	24,10	24,76	26,10	23,35
Auszubildende *	(2,42)	(2,76)	(14,9)	(12,92)
Insgesamt	108,57	111,23	109,95	108,56

* = Azubi enthalten in Angestellte

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016

Im Martha-Jäger-Haus waren im Jahr 2016 die Wohnbereiche mit insgesamt 58.013 Pflege-tagen belegt. Dies entspricht einer Gesamtauslastung von 98,45 %. Hierbei ist im Vergleich zu den Vorjahren 2012 bis 2016 zu berücksichtigen, dass ab September 2012 die Bettenkapazität von 164 Pflegebetten auf 161 Pflegebetten zu reduzieren war, weil nach der Landesheimbauverordnung Baden-Württemberg die 3-Bettzimmer aufgelöst werden mussten.

Mit den Neueröffnungen von Pflegeheimen in den Umlandgemeinden von Rastatt ging auch die Nachfrage nach Pflegeplätzen im Martha-Jäger-Haus zurück. Mit 98,45 % konnte das Vorjahresergebnis von 96,95 % wieder erhöht werden. Eine weitere Steigerung der Belegung wird für die kommenden Jahre jedoch nicht mehr erwartet, zumal alle neuen Einrichtungen nur noch Einzelzimmer anbieten. Auch die Nachfragen nur nach Einzelzimmern im Martha-Jäger-Haus sind ungebrochen.

Die Finanzierung eines Pflegeplatzes ist abhängig vom Einkommen und Vermögen des Bewohners. Können die Kosten nicht aus eigenen Mitteln aufgebracht werden, übernimmt der örtlich zuständige Sozialhilfeträger die nicht gedeckten Heimkosten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII - früher: Bundes-sozialhilfegesetz).

Mit den Pflegekassen und dem zuständigen Träger der Sozialhilfe werden die Pflegevergütung und die Entgelte für Unterkunft und Verpflegung vereinbart.

Am 08.05.2014 einigten sich die Pflegesatzparteien auf die Heimentgelte für den Zeitraum vom 01.06.2014 bis einschließlich 31.05.2016. Am 26.04.2016 forderte die Betriebsleitung die Kostenträger zu Pflegesatzverhandlungen auf. Am 31.05.2016 einigten sich die Vertragspartner auf neue Pflegesätze für den Zeitraum vom 01.06.2016 bis 31.05.2017. Eine Veränderung des Investitionskostenanteils erfolgte in den genannten Zeiträumen nicht.

Die Personalkostenzuschüsse wurden insbesondere für Wiedereingliederungen und Mutter-schaftsgeld gezahlt.

Die ehemalige Hausmeisterwohnung und die beiden 1-Zimmer-Appartements waren im gesamten Jahr 2016 vermietet. Ebenso verpachtet ist die Krankengymnastikpraxis im Untergeschoss der Einrichtung.

Die Belegung der Einrichtung wird durch die enge Zusammenarbeit mit dem Klinikum Mittelbaden und die gute Kooperation mit den praktizierenden Ärzten gesichert. Die Anzahl der angebotenen Pflegebetten in der Stadt Rastatt und Umgebung hat sich erhöht. Weitere neue Einrichtungen sind in der Stadt Rastatt geplant und werden gebaut. Die Nachfrage der Angehörigen nach Einbettzimmern ist nach wie vor ungebrochen.

Ab 01.07.2009 bietet die Einrichtung zusätzliche Betreuungsleistungen für demenziell erkrankte Bewohner an. Ab März 2015 haben alle stationär aufgenommene Bewohner einen Anspruch auf zusätzliche Betreuungsleistungen (Pflegestärkungsgesetz I). Hierzu hat die Einrichtung mit den Pflegekassen eine Vereinbarung getroffen, die dazu führte, dass weiteres Personal für die soziale Betreuung nach § 87 b SGB XI einzustellen war bzw. Deputate bei bestehenden Arbeitsverhältnissen erhöht wurden. Die Einnahmen für Leistungen nach § 87 b SGB XI betragen insgesamt 284.166,51 € und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 25.329,93 € erhöht. Das Entgelt nach § 87 b SGB XI wird alleine durch die Pflegekassen bezahlt und belastet die Bewohnerinnen und Bewohner nicht.

Die Anzahl der Schüler in der Karl- und Gustav-Heinemann-Schule, die an der Mittagsverpflegung teilnehmen, hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder erhöht.

Die Auflösung von Sonderposten für die Blockheizkraftwerke, Gebäude, Einrichtung und Umbau erfolgte planmäßig und wurde als Erträge in Höhe von 90.548,71 € verbucht.

Die Personalaufwendungen von insgesamt 5.371.034,91 € erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr 2015 (5.211.209,56 €) um 3,067 % (159.825,35 €). Ab März 2016 trat die 1. Tarifierhöhung in Kraft. Im Februar 2017 erfolgt die 2. Stufe. Ebenso tritt zum 01.01.2017 der P-Tarif für die Pflegekräfte in Kraft. Darüber hinaus waren weitere TVöD-spezifische Erhöhungen, wie z.B. die 2-jährliche Stufenerhöhungen innerhalb der Entgeltgruppen bei Mitarbeitern, die diese Voraussetzungen im Kalenderjahr erfüllten, zu bezahlen.

Das einzusetzende Pflegepersonal ist abhängig von der Anzahl der Bewohner mit ihren Pflegestufen. Hierfür sind Personalschlüssel pro Pflegestufe mit den Pflegekassen und dem Sozialamt vereinbart worden. Die Pflegedienstleitung achtet beim Personaleinsatz darauf, dass die - auf Grund der Belegung und nachgewiesenen Pflegestufen - errechneten Personalstellen eingehalten werden.

Der Stellenanteil des Pflegepersonals wurde dem Belegungsrückgang und der Veränderung innerhalb der Pflegestufen angepasst.

Seit dem 01.01.2016 hat die Firma Bilfinger Ahr GmbH (ab 01.09.2016: Apleona Ahr Healthcare & Service) das Küchenmanagement und die Herstellung der Speisenversorgung im Martha-Jäger-Haus nach einer Europäischen Ausschreibung übernommen. Die Erhöhung der Lebensmittelkosten hält sich im Rahmen und ist hauptsächlich in der Erhöhung der Schülermittagsverpflegung begründet.

Die Kosten für Wasser, Energie, Brennstoffe haben sich gegenüber dem Vorjahr um 10.521,86 € erhöht.

Die Blockheizkraftwerke produzierten im Kalenderjahr 2016 insgesamt 115.581 kWh (Vorjahr: 116.267 kWh) Strom. Der gesamte produzierte Strom wird in der Einrichtung als Eigenbedarf verwendet. Ebenso wird die thermisch erzeugte Energie ausschließlich für den Heizbedarf und zur Erwärmung des Heißwassers in der Einrichtung genutzt. Der technische Ausfall eines Blockheizkraftwerkes führte dazu, dass weniger Eigenstrom produziert wurde.

Der Gasverbrauch (Tabelle 20) steht neben der Erzeugung von Warmwasser für Heizung und hygienischen Verbrauch (Wäscherei, Baden, Duschen usw.) im engen Zusammenhang mit dem Betrieb der Blockheizkraftwerke.

In der Pflege, Versorgung und Betreuung gehören Bett-, Tisch- und sonstige Wäsche zu den Verschleiß- und Verbrauchsgütern - z.B. häufiges Wechseln und Waschen der Bettwäsche, Verschmutzen der Tischwäsche, Verlust von Waschlappen.

Die Buchführungskosten (2015: 31.270,08 €; 2016: 37.485,00 €), der Verwaltungskostenbeitrag der Stadt (2015: 48.853,68 €; 2016: 53.880,31 €) haben sich jeweils erhöht. Dagegen haben sich die Abschluss- und Prüfungskosten (2015: 23.315,91 €; 2016: 15.924,00 €) gegenüber dem Vorjahr um 7.391,91 € verringert.

Bei den Inhouse-Schulungen im Jahre 2015 wurden fast alle Pflegemitarbeiter entsprechend den Notwendigkeiten, um den Qualitätsstandard zu erhalten und zu verbessern, fortgebildet. Im Berichtsjahr wurden deshalb nur wenige Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt. Die Einrichtung hat gegenüber dem Vorjahr (2015: 14.042,98 €; 2016: 1.471,99 €) deshalb 12.570,99 € weniger ausgegeben. Der Bedarf an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für 2017 wird ermittelt, mit den Wohnbereichsleitungen besprochen und für das kommende Jahr geplant und durchgeführt.

Die Repräsentationskosten beinhalten die Aufwendungen für alle Veranstaltungen der Einrichtung, wie Faschings-, Frühlingsfeier, Sommerfest, Advents- und Weihnachtsfeiern, DIA-Vorträge u.a. sowie die Personalfeier, deren Bewirtung der Caterer übernimmt.

Die Personalbeschaffungskosten von 10.329,98 € wurden für die Stellenanzeigen zur Nachbesetzung der Stelle der Pflegedienstleiter aufgewendet.

Weiterhin haben sich die Instandhaltungs- und Wartungskosten von 203.102,18 € im Kalenderjahr 2015 auf 162.167,08 € im Kalenderjahr 2016 reduziert.

Die Zinserträge sind auch im Kalenderjahr 2016 weiterhin rückläufig und tendieren gegen Null.

Die ersparten Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten wurden für die Tilgung der bestehenden Darlehen verwendet.

AUSBLICK GESCHÄFTSJAHR 2017

Die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Martha-Jäger-Hauses, insbesondere die Umsetzung der Vorgaben der Landesheimbauverordnung Baden-Württemberg, werden auch in den kommenden Jahren weiter fortgeführt. Das Landratsamt Rastatt, hat mit Entscheidung vom 18.05.2015 dem Antrag auf Verlängerung der Übergangsfrist zur Umsetzung der Landesheimbauverordnung bis zum 31.10.2024 zugestimmt. Insbesondere wird sich der Träger der Einrichtung, die Stadt Rastatt, mit den Möglichkeiten der Sanierung, Renovierung und Modernisierung des bestehenden Pflegeheimes weiterhin befassen. Darüber hinaus werden Aussichten eines Ersatzneubaus für das ehemalige Altenheim geprüft. Weitere Optionen von Angeboten in der Pflege, Betreuung und Versorgung von älteren Menschen in Rastatt werden entwickelt, beraten und die Ergebnisse und Vorschläge dem Betriebsausschuss und dem Gemeinderat zur gegebenen Zeit vorlegt. Bis zur endgültigen Entscheidung der Gremien, werden im Rahmen der bisher angedachten Planungen notwendige Sanierungs-, Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten weiter durchgeführt.

In der Nachbargemeinde Ötigheim wurde ein Pflegeheim im Kalenderjahr 2017 wiedereröffnet. Zwei weitere Einrichtungen sind in Rastatt geplant und werden voraussichtlich in den Jahren 2018 und 2019 eröffnet werden. Insgesamt haben sich im Landkreis Rastatt die Angebote an Pflegeplätzen, und damit auch an Einbettzimmern, erhöht. Dies kann einen weiteren Rückgang der Belegung des Martha-Jäger-Hauses zur Folge haben.

Bereits am 17.12.2012 hat das Unternehmen Ernst & Young zu Überlegungen und Entscheidungen der Weiterentwicklung des Senioren- und Pflegeheims Martha-Jäger-Haus in der Gemeinderats-sitzung prognostiziert, dass die Stadt Rastatt mit einem laufenden, jährlicher Verlust der Einrichtung, rechnen müsse. Die Betriebsleitung ist und bleibt weiterhin bestrebt, die Belegungsquote zu halten.

Der Arbeitsmarkt an Fachkräften im Gesundheitswesen ist weiterhin sehr angespannt. Es hat sich auch in den Bereichen der Hilfskräfte, ob für die Pflege oder Hauswirtschaft, gezeigt, dass immer weniger Arbeitssuchende in die Pflege oder Hauswirtschaft arbeiten möchten. Darüber hinaus ist die Personalentwicklung in der Einrichtung in den kommenden Jahren von der Entscheidung des Trägers über die Weiterentwicklung des Martha-Jäger-Hauses abhängig.

Nur bei einer dauerhaft, geringeren Belegung der Einrichtung kann und muss Fach- und Hilfspersonal in allen Arbeitsbereichen reduziert werden. Die Betriebsleitung wird insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten, die eine Erhöhung der Wochenstundenzahl haben, diese abbauen, um so den Bedarf an Mitarbeitern der Belegung anzupassen. Ebenso wird ständig geprüft, ob befristete Arbeitsverträge verlängert oder neue Arbeitsverträge abgeschlossen werden.

Zur Gewinnung von Fachkräften wird die Einrichtung im Ausbildungsjahr 2017 wiederum 4 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Es hat sich jedoch in der Vergangenheit gezeigt, dass es sehr schwer werden wird, diese Ausbildungsplätze auch tatsächlich mit geeigneten Schülern zu besetzen.

Das Pflegestärkungsgesetz II (PSG II) wird in der 2. Phase der Umsetzung zum 01.01.2017 wirksam. Mit Stichtag vom 30.09.2016 wurde die Umstellung von Pflegestufen in Pflegegrade eingeleitet. Eine budgetneutrale Umrechnung der Pflegesätze für die die 5 Pflegegrade ist erfolgt. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden hierzu rechtzeitig informiert. Alle Bewohnerinnen und Bewohner, die über den Jahreswechsel 2016/2017 sich in der Einrichtung befinden, haben mit der Neueinstufung keinen finanziellen Nachteil. Künftige Heimbewohner, die ambulant bereits vor dem 01.10.2016 in eine Pflegestufe eingestuft und in einen Pflegegrad übergeleitet wurden, behalten mindestens den Pflegegrad bei, wenn sie in eine stationäre Pflegeeinrichtung aufgenommen werden.

Mit neuen Maßstäben und Grundsätzen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität sollen die Anforderungen an die Pflegedokumentation den Aufwand in ein angemessenes Verhältnis zu den Aufgaben der pflegerischen Versorgung setzen. Die Betriebsleitung hat im Jahre 2016 das bisherige Pflegedokumentationssystem aufgeben und sich für die Einführung und Fortführung des Strukturmodells „Entbürokratisierte effiziente Pflegedokumentation“ entschieden. Die neue Pflegedokumentation wird ab Januar 2017 den Begutachtungsrichtlinien zur Einstufung in die neuen Pflegegrade angepasst. Die Umstellung von einer Papierdokumentation auf eine EDV-gestützte Pflegedokumentation ist frühestens für das Kalenderjahr 2018 vorgesehen.

Die Begutachtungsrichtlinien zu den Pflegegraden treten zum 01.01.2017 in Kraft.

Das Instrument zur Qualitätsprüfung und Qualitätsberichterstattung wird durch ein Fachgremium der Bundesregierung weiterentwickelt und soll bis zum 31.03.2017 auch in der stationären Pflege umgesetzt werden. Die Entwürfe hierzu wurden im Berichtszeitraum vorgelegt.

Die Bundesländer sind aufgefordert, die Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen weiter zu entwickeln, was letztendlich zu einem bundesweiten, einheitlichen Pflegepersonalschlüssel führen soll. Hierzu erfolgen in Modelleinrichtungen Erprobungen. Eine Einführung soll nicht vor 2020 erfolgen.

Die Pflegekassen und die Trägerverbände der Einrichtungen haben sich zum 01.04.2016 auf einen neuen Rahmenvertrag nach § 75 SGB XI geeinigt. Die neuen Personalschlüssel wurden jedoch von den Kostenträgern noch nicht anerkannt und befinden sich im Klageverfahren vor dem Sozialgericht. Bei den nächsten Pflegesatzverhandlungen, die für Mai 2017 ansteht, können somit neue Personalschlüssel für die Pflege nicht vereinbart werden.

Die Betriebsleitung wird die neuen Pflegesätze kalkulieren und die Pflegekassen zu Pflegesatzverhandlungen auffordern. Die neuen Pflegesätze werden dann zum 01.06.2017 in Kraft treten.

Zum 01.01.2017 wird die Stelle der Pflegedienstleitung neu besetzt. Eine Übergangszeit zwischen dem derzeitigen Stelleninhaber und der Nachfolgerin ist für den Zeitraum Januar 2017 vorgesehen. Weiterhin steht ein Wechsel der Verwaltungsleitung, spätestens zum 01. Januar 2018 an. Die Stellenausschreibung hierfür erfolgt im März 2017. Das Auswahlverfahren wird mit der Vorstellung der Bewerber noch vor der Sommerpause des Gemeinderates abgeschlossen sein. Auch für diese Stelle ist eine 4-wöchige Übergangszeit für Januar 2018 geplant.

Die Ansprüche an die Qualitäten in der Pflege, Versorgung und Betreuung sind weiter steigend. Die Einrichtung erfüllt die Fachkraftquote. Dies allein reicht jedoch nicht aus, so dass weiterhin Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Bereichen, insbesondere durch Inhouse-Schulungen, geplant und durchgeführt werden.

Eine Betriebsvereinbarung „Eingliederungsmanagement“ bei längerfristigen Erkrankungen von Mitarbeitern, ist mit dem Personalrat der Einrichtung vereinbart und umgesetzt. Die Betriebsleitung verspricht sich hiervon, dass durch die angebotenen Rückkehrgespräche noch individuellere Verbesserungen bei einzelnen Arbeitsplätzen möglich werden.

Die Qualitätsanforderungen an die Einrichtung, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch die Vielfachprüfungen vom Medizinischen Dienst, Heimaufsicht und anderen Prüfungsbehörden sowie der Einhaltung und Umsetzung von Rechtsvorschriften immer komplizierter und umfangreicher. Hierfür steht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben der Betriebsleitung eine ausgebildete Qualitätsbeauftragte zur Verfügung. Im Rahmen von Qualitätszirkeln und Audits soll weiterhin erreicht werden, das bestehende Qualitätsniveau zu halten und zu verbessern. Die Betriebsleitung fördert aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Fort- und Weiterbildungsangebote, wie z.B. Weiterbildung zur Wohnbereichsleitung, besuchen möchten.

Um den stets steigenden Hygieneanforderungen gerecht zu werden, hat sich die Betriebsleitung dazu entschlossen eine Mitarbeiterin zur Hygienefachkraft ausbilden zu lassen. Die Fortbildungsmaßnahme wird im Januar 2018 mit einer Prüfung abgeschlossen sein.

Im Einstufungsmanagement wird weiter darauf geachtet, dass die Einstufungen der Bewohner ihrem tatsächlichen Pflegebedarf angepasst werden.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist T€	Ist T€	Ist T€	Ist T€
Anlagevermögen Gesamt	7.405	7.754	8.156	8.259
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	2	
Sachanlagen	7.331	7.680	8.083	8.187
Finanzanlagen	72	72	71	71
Umlaufvermögen Gesamt	870	441	512	966
Vorräte	16	19	15	11
Forderungen	122	102	83	114
Wertpapiere				
Kassenbestand bzw. Guthaben	732	320	414	841
Rechnungsabgrenzungsposten	30	30	30	20
Bilanzsumme	8.305	8.225	8.698	9.245
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist T€	Ist T€	Ist T€	Ist T€
Eigenkapital Gesamt	2.903	2.637	2.423	1.798
Stammkapital	1.175	1.175	1.175	1.175
Rücklagen (Gewinnvortrag)	1.506	1.592	1.423	1.496
Gewinn	222	-130	-175	-873
Empfangene Ertragszuschüsse	1.768	1.858	1.952	2.043
Rückstellungen	552	478	412	402
Verbindlichkeiten	3.043	3.234	3.895	4.982
Rechnungsabgrenzungsposten	38	18	16	20
Bilanzsumme	8.305	8.225	8.698	9.245

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

in €	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	€	€	€	€
Umsatzerlöse	6.857.918	6.504.547	6.232.933	6.253.701
+ Bestandsveränderungen				
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	473.575			
+ Sonstige betriebliche Erträge	143.805	562.826	541.626	469.616
= A. Betriebsleistung	7.475.298	7.067.373	6.774.559	6.723.317
Materialaufwand	943.234	1.163.622	935.987	904.034
+ Personalaufwand	5.371.035	5.211.210	4.979.989	4.921.858
+ Abschreibungen	403.073	506.851	373.731	329.535
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	416.510	205.406	499.332	1.302.478
= B. Betriebsaufwand	7.133.852	7.087.089	6.789.039	7.457.905
= C. Betriebsergebnis (A. ./. B)	341.446	-19.716	-14.480	-734.588
Erträge aus Beteiligungen	1.200	1.200	1.050	1.050
+ Erträge aus anderen Wertpapieren				
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	246	1.413	2.545	3.263
./. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-120.253	-132.477	-166.791	-145.537
= D. Finanzergebnis	-118.807	-129.864	-163.196	-141.224
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	222.639	-149.580	-177.676	-875.812
Bei Verlust (C. + D.)				
Bei Gewinn (C. – D.)				
+ außerordentliche Erträge	0	19.399	3.077	2.950
./. außerordentliche Aufwendungen				
./. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
./. Sonstige Steuern				
= Jahresgewinn/Jahresverlust	222.639	-130.181	-174.599	-872.862

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
		€	€	€	€
Gewinn/Verlust		222.638	-130.181,05	-174.599,49	-872.862
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	89,16	94,27	93,79	89,33
Umlaufintensität	%	10,48	5,37	5,87	10,45
Investitionen		53.898	85.641	52.930	45.303
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	14,15	14,29	27,87	19,45
Fremdkapitalquote	%	36,65	39,32	44,78	53,89
Anlagendeckung I	%	15,87	15,15	29,71	21,77
Anlagendeckung II	%	56,96	54,70	70,73	64,27
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%	3,25	-2,00	-2,80	-13,96
Eigenkapitalrentabilität	%	18,95	-11,08	-7,20	-48,55
Gesamtkapitalrentabilität	%	28,26	-22,35	-14,08	-56,64
Kostendeckung	%	96,13	91,78	91,81	83,85
Cash-Flow		625.711	637.032	199.132	-543.327
Personalkostenintensität	%	75,29	74,71	74,53	74,22

LEISTUNGSKENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
Zur Verfügung stehende Plätze		161	161	161	161
Auslastung	%	98,45	96,95	98,08	99,55

Wohnungswirtschaft Rastatt

ALLGEMEINE ANGABEN

Wohnungswirtschaft Rastatt
Kaiserstraße 50
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 70 40
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 70 49

E-Mail: wohnungswirtschaft@rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Satzung vom 12.12.2002 (in Kraft getreten am 01.01.2003).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft hat zu einer angemessenen Wohnungsversorgung der Bevölkerung beizutragen. Ferner verantwortet er die Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von im Eigentum oder Besitz der Stadt Rastatt befindlichen bebauten Grundstücken samt Wohn- und Geschäftsgebäuden (einschließlich Nebenanlagen).

Dem Eigenbetrieb kann durch Beschluss des Gemeinderats die Verwaltung und Bewirtschaftung von sonstigen städtischen Grundstücken übertragen werden, soweit dies notwendig und zweckmäßig ist.

Soweit es zur Erfüllung der genannten Zwecke erforderlich ist, kann der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude in allen Rechts- und Nutzungsformen betreuen, bewirtschaften und verwalten, insbesondere Wohnungs- und Teileigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz bilden.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Eigenbetrieb der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital: 13.160.000,00 €
Stadt Rastatt: **13.160.000,00 €** (=100 %)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	Bilanzgewinn/ -verlust	Gewinnverwendung / Verlustabdeckung
2016	108.712,05 €	-601.803,69 €	Verlustvortrag auf neue Rechnung
2015	-420.589,36 €	-1.131.105,10 €	Ausgleich Jahresfehlbetrag d. Stadt Rastatt
2014	-251.051,23 €	-710.515,74 €	Verlustvortrag auf neue Rechnung
2013	-47.172,58 €	-459.464,51 €	Verlustvortrag auf neue Rechnung

	Verwaltungs- kostenbeitrag
2016	35.864,27 €
2015	33.457,33 €
2014	32.103,12 €
2013	31.948,50 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. German Reiter

Betriebsausschuss:
Vorsitzender: Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch

Beschließende Mitglieder: Harald Ballerstaedt, Dipl.-Betriebswirt (BA)
Stefan Felsner, Optiker
Hans-Albert Fritsch, Heizungsbaumeister
Dr. Dieter Gehse, Arzt
Dieter Gerster, Lehrer i. R.
Martin Graf, Elektromeister
Dr. Wolfgang Güttel, Arzt
Klaus Hüttlin, Rentner
Herbert Köllner, Rektor i. R.
Mathias Köppel, Schreinermeister/Bestatter
Nicole Maier-Rechenbach, Dipl.-Verwaltungswirtin (FH)
Walter Renschler, Dipl.-Ing
Jürgen Wahl, Dipl.-Ing. (BA)
Roland Walter, Industriekaufmann
Dr. Erich Wölfle, Arzt
Monika Zierz, Sekretärin
Roy Zilius, Polizeihauptmeister

**Beratende Mitglieder
(sachkundige Bürger):** Matthias Dorsner
Erik-Arndt Gerike
Volker Herm
Annemarie Hüttlin
Reinhold Merklinger
Martina Mihailowitsch
Heinrich Reuter
Jonas Weber

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Die Mitglieder des Betriebsausschusses erhalten keine separate Vergütung. Auf § 3 der Satzung über die Entschädigung von ehrenamtlicher Tätigkeit wird verwiesen. Im Übrigen wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht

WICHTIGE VERTRÄGE

Hausverwaltervertrag mit der Stadt Rastatt vom 29.05.2013 mit Wirkung zum 01.01.2013.

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Beamte	0	0	0	0
Angestellte	5,65	5,65	5,65	5,65
Arbeiter	1,83	2,80	2,40	2,80
Insgesamt	7,48	8,45	8,05	8,45

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016 / AUSBLICK 2017

Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft war im Berichtszeitraum im Wesentlichen in der Instandhaltung seines Gebäudebestandes tätig. Dabei wurden 14 Wohnungen voll- bzw. teilsaniert. Das Instandhaltungsbudget betrug 823.305 € (Vorjahr 1.177.534 €). Es erfolgten keine Umbau- bzw. Neubaumaßnahmen.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss von rd. 109 T€ erwirtschaftet. Die Eigenkapitalrendite liegt mit 4,21 % (Vorjahr -3,50 %) deutlich über dem allgemeinen Kapitalmarktzins für langfristige Anlagen. Zudem konnten Baurückstellungen in Höhe von rd. 435 T€ (z. B. Treppenhausanierung Lützowerstr. 9, Instandhaltungsmaßnahmen bei diversen Wohnanlagen) gebildet werden. Durch gleichmäßige kontinuierliche Investitionen ergeben sich im Bereich der Abschreibungen auch in den kommenden Jahren nur unwesentliche Schwankungen. Eine gute Vermietbarkeit der Wohnimmobilien soll auch zukünftig sichergestellt sein.

Die Umsatzerlöse haben sich mit 2.275.148 € im Vergleich zum Vorjahr mit 2.214.205 € weiterhin positiv entwickelt.

Die Vermietungslage ist seit Jahren sehr stabil (z. B. geringe Fluktuationen), was verlässlich planbare Mieterlöse nach sich zieht. Die Erlösschmälerungen betragen 8,2 % der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung (Vorjahr 8,7 % bzw. 11,6 % in 2014).

Der Leerstand zum 31.12.2016 betrug 40 Wohneinheiten (Vorjahr 47). Davon befanden sich 5 Wohnungen in der Sanierung bzw. 6 Wohnungen wurden für die Flüchtlingsunterbringung als Reserve vorgehalten. In der öffentlich geförderten Wohnanlage Lützowerstraße 7/9 standen 29 Wohnungen außerhalb des Kontingents für die Obdachlosen-/Flüchtlingsunterbringung leer. Nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 07.07.2014 ist in diesen Wohnhäusern die Nutzung von 40 Leerstandswohnungen durch den Fachbereich Sicherheit und Ordnung zur zeitweisen Unterbringung (Befristung bis September 2019) von Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind und zur Folgeunterbringung von Flüchtlingen beabsichtigt. Von diesem Kontingent sind zum 31.12.2016 bereits 26 Wohnungen belegt.

Im Jahr 2016 wurden 6 (Vorjahr 4) Räumungsklagen bei Gericht eingereicht. Von diesen Klagen führten in 2016 wie im Vorjahr keine zur Zwangsäumung. Es wurden 38 (Vorjahr 42) Mahnbescheide per Gericht erlassen. Ratenzahlungen wurden in 60 (Vorjahr 50) Fällen vereinbart.

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgten 27 (Vorjahr 28) Neuvermietungen bzw. 32 (Vorjahr 17) Kündigungen.

An größeren Baumaßnahmen ist neben der im ersten Quartal 2017 abgeschlossenen Treppenhausanierung im Wohnhaus Lützowerstr. 9 eine Fassadensanierung bei diesem Objekt geplant. Leerstehende Wohnungen sollen in den Wohnhäusern Lützowerstr. 7 und 9 bedarfsgerecht baulich ertüchtigt und der Vermietung zugeführt werden. Die öffentlichen Förderdarlehen, die die Liegenschaft Lützowerstr. 7 betreffen, werden zum Jahresende 2017 zurückgezahlt. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden von der Stadt im Zuge einer Ausleihung (tilgungsfreies Trägerdarlehen) zur Verfügung gestellt. Sowohl die genannten Baumaßnahmen als auch die Darlehensrückführung wurden vom Gemeinderat am 24.04.2017 beschlossen. Mit einer Ablösung dieser Darlehen und dem damit verbundenen Auslaufen der Wohnungsbindung in 8 Jahren soll eine flexiblere Nutzung der Wohnungen ermöglicht werden. Durch den Verbleib des Hauses Nr. 9 im Bestand könnte der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen dann nach wie vor abgedeckt werden.

Die positive Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Rastatt wird laut Prognosen auch in den nächsten Jahren weiter anhalten, so dass mit einer zunehmenden Nachfrage nach Wohnraum gerechnet werden kann.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist T€	Ist T€	Ist T€	Ist T
Anlagevermögen Gesamt	18.146	18.394	18.646	18.925
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2	6	10
Sachanlagen	18.146	18.392	18.640	18.915
Finanzanlagen	0	0	0	0
Umlaufvermögen Gesamt	1.471	838	980	1.168
Vorräte	668	626	631	584
Forderungen	248	186	136	113
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	555	26	213	471
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	19.617	19.232	19.626	20.093
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist T€	Ist T€	Ist T€	Ist T€
Eigenkapital Gesamt	12.558	12.029	12.449	12.701
Stammkapital	13.160	13.160	13.160	13.160
Rücklagen (Gewinnvortrag)	0	0	0	0
Gewinn/Verlustvortrag	-602	-1.131	-711	-459
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0
Rückstellungen	493	328	43	37
Verbindlichkeiten	6.487	6.827	7.114	7.355
Rechnungsabgrenzungsposten	79	47	20	0
Bilanzsumme	19.617	19.232	19.626	20.093

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

in T€	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.306	2.246	2.191	1.994
+ Bestandsveränderungen	41	-3	47	200
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	106	78	32	25
= A. Betriebsleistung	2.453	2.321	2.270	2.219
Materialaufwand	1.346	1.680	1.546	1.237
+ Personalaufwand	427	434	422	431
+ Abschreibungen	264	265	282	287
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	191	224	115	159
= B. Betriebsaufwand	2.228	2.603	2.365	2.114
= C. Betriebsergebnis (A. ./ B)	225	-282	-95	105
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	5	6
./ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65	89	108	102
= D. Finanzergebnis	-63	-86	-103	-97
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	162	-368	-198	9
+ außerordentliche Erträge	0	0	0	0
./ außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
./ Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
./ Sonstige Steuern	53	53	53	56
= Jahresgewinn/Jahresverlust	109	-421	-251	-47

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
		T€	T€	T€	T€
Gewinn/Verlust		109	-421	-251	-47
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	92,5	95,6	95,0	94,2
Umlaufintensität	%	7,5	4,4	5,0	5,8
Investitionen		17	12	3	1.337
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	64,0	62,6	63,4	63,2
Fremdkapitalquote	%	36,0	37,4	36,6	36,8
Anlagendeckung I	%	69	65	67	67
Anlagendeckung II	%	100	97	100	102
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%	4,7	-18,7	-11,5	-2,37
Eigenkapitalrentabilität	%	0,9	-3,5	-2,0	-0,4
Gesamtkapitalrentabilität	%	0,9	-1,72	-0,7	0,3
Kostendeckung	%	98	82	87	88
Cashflow		302	-121	47	291
Personalkostenintensität	%	22,2	15,8	16,7	18,9

LEISTUNGSKENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Anzahl der eigenen Mieteinheiten		549	549	549	549
Wohn- und Nutzfläche (m ²)		34.386	34.386	34.386	34.386
Durchschnittliche Sollmiete/ m ² p.m.		4,57	4,56	4,66	4,53
%-Anteil der Erlösschmälerungen		8,0	8,4	10,8	12,6
%-Anteil der Mietforderungen		11,3	8,7	6,3	6,1
Fluktuationsrate	%	5,8	3,1	5,1	6,6
Durchschnittliche Leerstandsquote	%	9,5	8,6	9,8	12,4
Fremdkapitalzins/ m ² p.m.		0,16	0,22	0,26	0,25
Betriebs- und Heizkosten/ m ² p.m.		1,38	1,35	1,21	1,26
Instandhaltung/ m ² p.a.		23,94	34,24	33,18	21,93
Instandhaltung/ m ² p.m.		2,00	2,85	2,77	1,83
Modernisierung/ m ² p.a.		0,00	0,00	0,00	0,00
Modernisierung/ m ² p.m.		0,00	0,00	0,00	0,00
Gebäudeunterhaltungskoeffizient/ m ² p.a.		23,94	34,24	33,18	21,93
Gebäudeunterhaltungskoeffizient/ m ² p.m.		2,00	2,85	2,77	1,93
Abschreibungen/ m ² p.m.		0,61	0,61	0,66	0,64
Tilgungen/ m ² p.m.		0,69	0,83	0,81	0,72
Verwaltungskosten/ m ² p.a.		16,76	17,84	16,07	16,24
Verwaltungskosten/ m ² p.m.		1,40	1,49	1,34	1,35
Durchschnittliche Verschuldung/ ME		10.189	10.708	11.333	11.924
Durchschnittliche Buchwerte/ ME		32.985	33.444	33.903	34.385
Modernisierungsquote	%	43,7	62,6	59,3	40,3
Zinsquote	%	3,4	4,8	5,7	5,5
Mietwert		10,7	10,9	11,5	11,8

Stadtentwässerung Rastatt

ALLGEMEINE ANGABEN

Stadtentwässerung Rastatt

Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 50 00

Telefax: (0 72 22) 9 72 - 51 99

E-Mail: bauen-und-verkehr@rastatt.de oder stadtentwaesserung@rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom 27.11.2006. Gründungsjahr ist 2007.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck des Eigenbetriebes sind der Betrieb und die Durchführung der Stadtentwässerung der Stadt Rastatt.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Eigenbetrieb der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG

Stammkapital: 0,00 €
Stadt Rastatt: = 100 %

Trägerdarlehen über 33.366,66 €

Verbindungen zum städtischen Haushalt *

	Gewinn/Verlust	Gewinnverwendung/Verlustabdeckung
2016		
2015		
2014		
2013		

* Jahresabschlüsse 2013 bis 2016 liegen noch nicht vor.

	Verwaltungs- kostenbeitrag
2016	342.093,82 €
2015	253.984,55 €
2014	254.073,60 €
2013	249.168,30 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: wird vom Fachbereich Bauen und Verkehr wahrgenommen

Betriebsausschuss: **Vorsitzender:** Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch

Mitglieder:

Stadtrat	Harald Ballerstaedt
Stadtrat	Stefan Felsner
Stadtrat	Hans-Albert Fritsch
Stadtrat	Dieter Gerster
Stadtrat	Dr. Michael Gehse
Stadtrat	Martin Graf
Stadtrat	Dr. Wolfgang Güttel
Stadtrat	Klaus Hüttlin
Stadtrat	Mathias Köppel
Stadtrat	Herbert Köllner
Stadträtin	Nicole Maier-Rechenbach
Stadtrat	Walter Renschler
Stadtrat	Jürgen Wahl
Stadtrat	Roland Walter
Stadtrat	Dr. Erich Wölflé
Stadträtin	Monika Zierz
Stadtrat	Roy Zilius

Sachkundige Einwohner:

Herr Mathias Dorsner
Herr Erik-Arndt Gerike
Herr Volker Herm
Frau Annemarie Hüttlin
Herr Reinhold Merklinger
Frau Martina Mihailowitsch
Herr Heinrich Reuter
Herr Jonas Weber

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Die Mitglieder des Betriebsausschusses erhalten keine separate Vergütung. Auf § 3 der Satzung über die Entschädigung von ehrenamtlicher Tätigkeit wird verwiesen.

Im Übrigen wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Beamte	0	0	0	0
Angestellte	0	0	0	0
Arbeiter	0	0	0	0
Insgesamt	0	0	0	0

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016

-/-

AUSBLICK GESCHÄFTSJAHR 2017

-/-

BILANZ

Für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung liegen nur für die Jahre 2007 bis 2012 Jahresabschlüsse vor.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung liegen nur für die Jahre 2007 bis 2012 Jahresabschlüsse vor.

Kultur & Veranstaltungen

ALLGEMEINE ANGABEN

Kultur & Veranstaltungen
Kapellenstraße. 20 - 22
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 38 29 - 0
Telefax: (0 72 22) 3 42 71

E-Mail: info@badnerhalle.de
Internet: www.badnerhalle.de, www.reithalle-rastatt.de, www.tete-a-tete.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

- Gemeinderatsbeschlüsse vom 28.11.2011 (DS 2011-340/1, DS 2011-339/1, DS 2011-344/1)
- Vermögensübertragungsvertrag vom 07.07.2012
- Eigenbetriebssatzung
- Der Eigenbetrieb Kultur und Veranstaltungen wurde zum 01.01.2012 gegründet.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Aufgabe des Eigenbetriebs Kultur und Veranstaltungen ist der Betrieb der BadnerHalle und der Reithalle sowie die Durchführung kultureller, kommerzieller und gesellschaftlicher Veranstaltungen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Eigenbetrieb der Stadt Rastatt.

BETEILIGUNG DER STADT

Stammkapital: 103.000 €
Stadt Rastatt: 103.000 € (=100%)

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	Gewinnverwendung / Verlustabdeckung
2016	-446.175,93 € (2.275.315,89 € abzügl. städt. Zuschuss in Höhe von 1.829.139,96 €)	Verlustvortrag auf neue Rechnung
2015	-228.090,09 € (1.871.819,32€ abzügl. städt. Zuschuss in Höhe von 1.643.728,33 €)	Verlustvortrag auf neue Rechnung
2014	-494.635,98 € (2.088.665,94 € abzügl. städt. Zuschuss in Höhe von 1.594.029,96 €)	Verlustvortrag auf neue Rechnung
2013	-334.464,17 € (1.751.434,13 € € abzügl. städt. Zuschuss i.H.v. 1.416.969,96 €)	Verlustvortrag auf neue Rechnung

	Verwaltungs- kostenbeitrag
2016	118.299,34 €
2015	50.295,19 €
2014	43.972,54 €
2013	35.177,88 €

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Carola Gerbeth

Betriebsausschuss: Vorsitzender: Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch
Der Betriebsausschuss ist besetzungsgleich wie der Ausschuss für Jugend, Soziales und Kultur

Beschließende Mitglieder: **seit 21.12.2015**

	<u>Mitglieder:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
CDU	Dieter Kersten Renate Franzke Andrea Gutzweiler Alfons Ruf Jürgen Wahl Monika Zierz	Stefan Felsner Andreas Feser Berthold Föry Hans-Albert Fritsch Martin Graf Karl-Wolfgang Jägel Horst Jochim Franz-Josef Klagmann Mathias Köppel Brigitta Lenhard Stefan Lott
SPD	Laura Bader Sybille Kirchner Ursula Oelschläger Erna Mühlroth	Harald Ballerstaedt Dr. Jörg Engelhardt Joachim Fischer Peter Fritz Gunter Kaufmann Nicole Maier-Rechenbach Walter Renschler Roy Zilius

FW	Klaus Hüttlin Markus Reuter Dieter Scharer	Klaus Föry Dr. Michael Gehse Karl Ludwig Hauns Herbert Köllner
Die Grünen	Ursula Böss-Walter Gülsün Akcakoca	Dieter Gerster Gudrun Eisenhauer Roland Walter
FuR	Michael Ams	Dr. Wolfgang Güttel Peter Dinger Simone Walker
FDP	Dr. Michael Beitzinger	Dr. Erich Wölfle

Sachkundige Einwohner:

Patrik Hauns
Sabine Holzhauser
Faris Fattohi
Otto Wetzel
Sigrid Pospiech
Dr. Peter Hänfling
Barbara Dürr
Angelina Kehr-Fasulo

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend, Soziales und Kultur erhalten keine separate Vergütung. Auf § 3 der Satzung über die Entschädigung von ehrenamtlicher Tätigkeit wird verwiesen.

Im Übrigen wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

WICHTIGE VERTRÄGE

- Pachtvertrag mit Ticket- und Konzertservice, Kapellenstr. 20 – 22, 76437 Rastatt vom 01.09.1998
- Pachtvertrag mit Party-Service Schmid e.K., Sedanstr. 6, 76185 Karlsruhe vom 01.03.2016; Pächterwechsel im Jahr 2016, da der Vertrag mit KJ Gaststätten Betriebs-GmbH, Bienleintorstr. 6, 76227 Karlsruhe einvernehmlich beendet wurde.

PERSONALENTWICKLUNG

	2016	2015	2014	2013
Angestellte	12	11	11	11
Arbeiter	keine	keine	keine	keine
Auszubildende	keine	keine	keine	keine
Insgesamt	12	11	11	11

(ohne Betriebsleitung!)

Erläuterung: Abweichung durch Altersteilzeit (ATZ) einer Mitarbeiterin, deren Stelle nachbesetzt wurde; zählt auch in der Freistellungsphase der ATZ noch als Angestellte, da sie noch Bezüge erhält (bis einschl. Jan. 2018). Längere Krankheit einer Mitarbeiterin, deren Ausfall durch eine stundenweise Aushilfskraft im Bereich Buchhaltung kompensiert werden musste. Befristete Einstellung (18.01. – 30.06.2016) einer Mitarbeiterin für Sponsoren-Akquise und -abwicklung für das tête-à-tête, nachdem die Agentur Exakt die Übernahme dieser Dienstleistung kurzfristig gekündigt hatte.

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016

Der städtische Eigenbetrieb „Kultur und Veranstaltungen“ wurde zum 01.01.2012 mit dem Ziel gegründet, das operative Veranstaltungsgeschäft an einer Stelle zu bündeln. Der Betriebszweck ist, die BadnerHalle und die Reithalle zu betreiben und dort kulturelle, kommerzielle und gesellschaftliche Veranstaltungen anzubieten. Um das zu erreichen, werden zum Einen Räume vermietet, zum Anderen werden Veranstaltungen auf eigenes Risiko durchgeführt. „Kultur und Veranstaltungen“ kümmert sich neben dem Betrieb auch um die Gebäudeunterhaltung der beiden Hallen und organisiert federführend das Straßentheaterfestival tête-à-tête, das Stadtfest, den Kinosommer sowie weitere Veranstaltungen. Die Büroräume der Mitarbeiter sind im Verwaltungstrakt der BadnerHalle untergebracht. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Eigenbetrieb Kultur und Veranstaltungen einen Betriebskostenzuschuss von der Stadt Rastatt.

Die beiden Veranstaltungsstätten werden gemeinsam vermarktet: es gibt einen 3 - 4 Mal jährlich erscheinenden Flyer mit Programmtipps für beide Häuser sowie gemeinsame Anzeigenleisten in Tageszeitungen, regionalen Kulturmagazinen und weiteren Printmedien. Kultur und Veranstaltungen nutzt das Hallenverwaltungsprogramm „Kulturclick“ (seit 2015) und ist auf facebook präsent. Die homepages der BadnerHalle und der Reithalle wurden auf der Webseite www.kulturundveranstaltungen.de zusammengeführt, um damit die Struktur des Eigenbetriebs Kultur und Veranstaltungen auch im Internet abzubilden. Mit der entsprechenden Umgestaltung und der Neuprogrammierung wurde im Herbst 2016 begonnen; an den Start ging die neue homepage im Frühjahr 2017. Strukturelle Überarbeitungen an online-Auftritten bzw. Aktualisierungs- und Anpassungsarbeiten sind durchschnittlich alle 3 bis 5 Jahre erforderlich. Die Inhalte der Webseite werden von „Kultur und Veranstaltungen“ über ein Content-Management-System selbst gepflegt und aktualisiert. Die Veranstaltungen der Betriebszweige „tête-à-tête“ und „Sonstige Veranstaltungen“ werden gesondert beworben und vermarktet. Alle öffentlichen Veranstaltungen werden auch in andere relevante Internet-Portale, wie zum Beispiel „Wohin in Rastatt“, eingepflegt. Darüber hinaus wird für die Einzelveranstaltungen mit Plakaten und Pressetexten geworben.

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch verschiedene Wechsel: der sicherlich öffentlichkeitswirksamste Wechsel war die Übernahme der künstlerischen Leitung des Straßentheaterfestivals tête-à-tête durch die Agentur zweifellos.net aus Bremen.

Von 18.01. bis 30.06.2016 wurde befristet Frau Nicole Becker eingestellt, um das tête-à-tête-Team zu verstärken; dieser Schritt war erforderlich geworden, da die bislang mit dem Sponsoring betraute externe Agentur die Zusammenarbeit aufgekündigt hatte. In Anbetracht der sehr kurzen Vorlaufzeit war klar, dass so kurzfristig kein neuer externer Dienstleister gefunden werden konnte. Ebenso war klar, dass die eigenen Personalkapazitäten nicht zur Bewältigung der Aufgabe ausreichen würden. So lag die Entscheidung nahe, mit Hilfe einer befristet eingestellten Mitarbeiterin die entstandene Lücke zu schließen und sich selbst um das Thema zu kümmern.

Weitere interne Veränderungen waren: seit 1. Mai 2016 ergänzt Annika Schneider das Team von Kultur und Veranstaltungen als Assistentin. Doris Kunze, die seit 01.01.1991 in Diensten der BadnerHalle stand, wechselte zum 1. September in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Zum 1. September kam mit Alexander Dillmann ein neuer Praktikant im Rahmen des FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) Kultur zu uns. Bis dahin war Sabine Litau „unsere“ FSJ-lerin (von 01.09.2015 – 31.08.2016).

Auch der Caterer wechselte: der bisherige Pächter, die KJ Gaststätten Betriebs GmbH, hatte wegen der Übernahme des Burghofs in Karlsruhe den Pachtvertrag gekündigt. Zum 1. März 2016 übernahm die Firma „Schmid Party-Service“ aus Karlsruhe die Hallengastronomie der BadnerHalle. Der Übergang erfolgte planmäßig und geregelt.

Zum 1. Januar übernahm nach erfolgter Ausschreibung eine neue Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Curacon GmbH) unsere Finanzbuchhaltung und Steuerberatung. Und last, but not least, stand uns mit Jan Marc Maier, dem Betreiber des neuen Kinos FORUM Rastatt, ein neuer Kooperationspartner für die Durchführung des Rastatter Kinosommers zur Seite.

Weitere größere Maßnahmen im Verlauf des Jahres 2016 waren:

- Installation einer neuen Telefonanlage in der BadnerHalle,
- Reparatur der defekten Sprinkleranlage,
- Installation einer neuen Lautsprecheranlage in der BadnerHalle sowie weitere Akustikverbessernde Maßnahmen,
- Instandsetzung der Elektrik des Cafés,
- Montage einer neuen Tiefgaragenschrankenanlage,
- Optimierung und Verbreiterung der Tiefgaragen-Einfahrt der BadnerHalle
- Baum-Fällung und Entfernung von Sträuchern vor dem Staffelschnatzersaal.

Es gab eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt Rastatt (die Jahre 2012 – 2014), sowie eine weitere externe Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA).

Rückblickend kann gesagt werden, dass die Bündelung des operativen Veranstaltungsmanagements bei Kultur und Veranstaltungen seit 2012 eine gute und richtige Entscheidung war. Es zeigte sich im Berichtsjahr jedoch, dass die technische Abteilung die enorme Aufgabensteigerung, die mit der Bündelung verbunden war, mit den vorhandenen Personalkapazitäten nicht mehr arbeitszeitgesetzkonform meistern kann: Es entstanden Überstunden im Umfang einer Vollzeitstelle. Deshalb wurde die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine Fachkraft für Veranstaltungstechnik ab 1. Juni des Folgejahres beantragt (und von den zuständigen Gremien bewilligt).

Im Wirtschaftsjahr 2016 beträgt der Jahresverlust des Gesamtbetriebes im Erfolgsplan 2.275.315,89 € (Ansatz: 2.275.650 €). Das Rechnungsergebnis verbesserte sich damit um 334,11 € gegenüber dem Wirtschaftsplan, was einer Abweichung von 0,01 % entspricht. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen: höheren Erlösen (+ 81 T €) und Einsparungen beim Veranstaltungsaufwand (- 82 T €) und bei Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (- 21 T €) stehen Mehrausgaben im Bereich Personalkosten (+ 32 T €), Steuern (+ 7 T €) und bei den betrieblichen Aufwendungen (+ 147 T €) gegenüber. Die beiden großen Kostentreiber innerhalb der Position betrieblicher Aufwand sind höhere Verwaltungskostenbeiträge (+ 70 T €) und höhere Raumkosten (Instandhaltungen, Wartungen, Reparaturen: + 71,5 T €).

Der Vergleich der Ergebniszahlen mit dem Vorjahr hat nur bedingte Aussagekraft, denn die Abweichungen resultieren im Wesentlichen aus dem alternierenden Rhythmus von Straßentheaterfestival tête-à-tête (gerade Jahre; Abk.: tat) und Stadtfest (ungerade Jahre). Das tête-à-tête hat ein deutlich höheres Finanzvolumen als das Stadtfest, was sich sowohl in den Erträgen, als auch in den Aufwendungen niederschlägt. So waren die Erträge des Jahres 2016 um 215 T € höher als im Vorjahr, aber auch die Aufwendungen waren mit 619 T € deutlich höher als in 2015. Interessanter ist deshalb ein Vergleich der tête-à-tête-Jahre 2016 und 2014: Die Erlöse des tat 2016 konnten nochmals um ca. 5 T € gesteigert werden, wohingegen der Veranstaltungsaufwand für das tat 2016 im Vergleich zu 2014 um rund 9,5 T € gesenkt werden konnte. Dies zeigt den eisernen Sparwillen und dass die neue künstlerische Leitung nicht nur für Innovationen und frischen Wind sorgte, sondern auch über ein ausgeprägtes Kostenbewusstsein verfügt.

Bei der Vermögensplanabrechnung des Berichtsjahres ergibt sich eine Überfinanzierung in Höhe von 28.245,05 €. Der Überfinanzierungsbetrag resultiert in erster Linie daher, dass im investiven Bereich nicht alle geplanten Anschaffungen und Vorhaben umgesetzt werden konnten, da erforderliche Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen und Reparaturen Vorrang hatten (Erfolgsplan). Der Umbau der Tiefgaragen-Einfahrt der BadnerHalle wurde am 24.09.2016 fertiggestellt und ab diesem Tag wurde auch die neue Tiefgaragen-Schrankenanlage in Betrieb genommen. Die Kosten für die Schrankenanlage mit den Kassenautomaten betragen rund 44 T € (Umbaugesamtkosten: 71,5 T €). Die neu installierte Lautsprecheranlage war eine weitere größere Investition (~ 15 T €). Die Abweichung der Ergebniszahlen von den Planzahlen im Vermögensplan entspricht 1,16 %.

Die Zahlen und das Berichtsjahr 2016 prägenden Faktoren sind im Lagebericht dargestellt. Die Belegungszahlen sind in der Tabelle Kennzahlen aufgeführt.

AUSBLICK GESCHÄFTSJAHR 2017

Die Umsatzerlöse werden im Jahr 2017 wieder deutlich geringer ausfallen als in 2016, da in 2017 wieder das Stadtfest (21. – 23.07.2017) stattfinden wird. Die Sanierung der bemängelten Brandschutzklappen wird erst in 2017 vollständig abgeschlossen werden können. Für diese bereits in 2016 begonnene Maßnahme wurden hohe Rückstellungen gebildet. Für 2017 wurde wieder eine Brandverhütungsschau anberaumt; je nach Ergebnis können eventuell ungeplante Instandsetzungskosten auf den Eigenbetrieb Kultur und Veranstaltungen zukommen.

Es bleibt eine Daueraufgabe, die Ausstattung der BadnerHalle sukzessive zu modernisieren und zu optimieren, die entstehenden Mängel und Schäden zu reparieren und dafür zu sorgen, dass die Halle funktionsfähig bleibt und heutigen Ansprüchen genügt. Für den Gesamtbetrieb ist gemäß Wirtschaftsplan 2017 ein Jahresverlust in Höhe von – 2.180.640 € (2016: – 2.275.650 €) veranschlagt.

Der Betrieb von Veranstaltungshallen ist ein defizitäres Geschäft, weshalb auch in den Folgejahren davon auszugehen ist, dass der Eigenbetrieb Kultur und Veranstaltungen einen städtischen Betriebskostenzuschuss benötigen wird. Für das Jahr 2017 wird dieser mit 1.552 T€ beziffert.

BILANZEN

A K T I V A in €	2016	2015	2014	2013
Anlagevermögen Gesamt	8.476.764,70	8.883.781,60	9.342.618,60	9.855.184,60
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.002,10	3.407,00	687,00	2.127,00
Sachanlagen	8.464.762,60	8.880.374,60	9.341.931,60	9.853.057,60
Finanzanlagen			0	0
Umlaufvermögen Gesamt	862.358,66	865.843,32	654.123,98	479.141,90
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen	86.032,05	80.264,38	58.631,62	43.011,81
Wertpapiere	0	0	0	0
Kassenbestand bzw. Guthaben	776.326,61	785.578,94	595.492,36	436.130,09
Rechnungsabgrenzungsposten	3.769,31	45.189,48	9.276,12	27.303,46
Bilanzsumme	9.342.892,67	9.794.814,40	10.006.018,70	10.361.629,96
P A S S I V A in €	2016	2015	2014	2013
Eigenkapital Gesamt	6.927.580,31	7.711.596,20	7.989.385,56	8.661.081,54
Stammkapital	103.000,00	103.000,00	103.000,00	103.000,00
Rücklagen	10.699.752,28	10.699.752,28	10.699.752,28	10.699.752,28
Gewinn/Verlust	-3.875.171,97	-3.091.156,08	-2.813.366,72	-2.141.670,74
Empfangene Ertragszuschüsse *)	1.829.139,96	1.519.453,33	1.594.029,96	1.416.969,96
Rückstellungen	419.138,00	254.354,05	149.839,32	137.287,40
Verbindlichkeiten**)	1.991.018,30	1.800.552,75	1.826.587,42	1.550.374,96
Rechnungsabgrenzungsposten	5.156,06	28.311,40	40.206,40	12.886,06
Bilanzsumme	9.342.892,67	9.794.814,40	10.006.018,70	10.361.629,96

*) Die erhaltenen Ertragszuschüsse sind seit 2013 in den Verbindlichkeiten enthalten.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	799.905,47	522.380,85	701.231,94	585.170,72
+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
+ Sonstige betriebliche Erträge	36.799,23	104.003,81	119.943,76	3.343,50
= A. Betriebsleistung	836.704,70	626.384,66	821.175,70	588.514,22
Materialaufwand	939.387,86	292.560,97	880.739,90	329.100,80
+ Personalaufwand	909.850,70	855.544,32	843.399,13	807.053,78
+ Abschreibungen	536.079,91	522.608,07	518.614,35	515.377,16
+ Sonstige betriebliche Aufwendungen	654.760,40	766.328,40	579.071,74	579.456,67
= B. Betriebsaufwand	3.040.078,87	2.437.041,76	2.821.825,12	2.230.988,41
= C. Betriebsergebnis (A. ./. B)	-2.203.374,17	-1.810.657,10	-2.000.649,42	-1.642.474,19
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.236,32	112,73	351,29	895,43
./. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.743,76	16.698,65	26.369,61	47.857,14
= D. Finanzergebnis	-507,44	-16.585,92	-26.018,32	-46.961,71
= E. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (C. + D.)	-2.202.866,73	-1.827.243,02	-2.026.667,74	-1.689.435,90
+ außerordentliche Erträge				
./. außerordentliche Aufwendungen				
./. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
./. Sonstige Steuern	71.434,28	44.576,30	61.998,20	61.998,23
= Jahresgewinn/Jahresverlust	-2.275.315,89	-1.871.819,32	-2.088.665,94	-1.751.434,13

HAUSHALTSRECHNUNG

		2016	2015	2014	2013
	Dimension				
Gewinn/Verlust		-2.275.315,89	-1.871.819,32	-2.088.665,94	-1.751.434,13
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%	90,7	90,7	93,3	95,1
Umlaufintensität	%	9,23	8,84	6,54	4,62
Investitionen		129.063,01	63.771,07	8.361,35	77.049,54
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%	74,14	78,73	79,84	83,59
Fremdkapitalquote	%				
Anlagendeckung I	%	81,72	86,81	85,51	87,88
Anlagendeckung II	%				
Ertragslage					
Umsatzrentabilität	%				
Eigenkapitalrentabilität	%				
Gesamtkapitalrentabilität	%				
Kostendeckung	%	25,6	20,9	24,1	25,6
Cash-Flow			-1.339 T€	-1.252 T€	122.000
Personalkostenintensität	%	29,18	34,24	28,98	35,26
Personalaufwand je Mitarbeiter					

KENNZAHLEN

	2016	2015	2014	2013	2016	2015	2014	2013	2016	2015	2014	2013	2016	2015	2014	2013
	BHR	BHR	BHR	BHR	RH	RH	RH	RH	tat ¹⁾	RV Tat	tat	RV tat	Sonst. VA's	So. VA m. St.fest	Son- Stige VA	So. VA m. St.fest
Veranstaltungen	132	118	126	139	131	131	121	134	~290	5	~280	4	9	10	10	10
Veranstaltungstage	135	122	125	138	167	162	152	179								
Belegtage (inkl. Auf- & Abbautage + Probentage)	194	174	198	220	359	314	285	323								
Eigen-/Kooperations-Veranstaltungen (in o.a. Kategorien enthalten)	8	7	7	13	10	8	9	7	~290	5	~280	4	9	10	10	10

- 1) Das tête-à-tête findet alle 2 Jahre (in geraden Jahren) statt, in ungeraden Jahren findet das Rendezvous tête-à-tête statt. Das tête-à-tête 2016 fand erstmals unter der künstlerischen Leitung von der Agentur zweifellos.net statt und bot rund 290 Einzelveranstaltungen von insgesamt 47 Gruppen aus 11 Ländern. Unter den sonstigen Veranstaltungen werden außer dem Int. Rastatter Stadtfest (nur in ungeraden Jahren!) die Kooperationen mit dem Bezirkskantorat Rastatt, der Kino-Sommer und das Serenadenkonzert mit dem Kammerorchester zusammengefasst.

IV. Zweckverbände

Abwasserverband Murg



ALLGEMEINE ANGABEN

Abwasserverband Murg
Klärwerkstr. 1
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 10 48 - 0
Telefax: (0 72 22) 10 48 - 20

E-Mail: avm@abwasserverband-murg.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Die aktuelle Verbandssatzung wurde am 23.09.2013 durch die Verbandsversammlung beschlossen und ist am 01.11.2013 in Kraft getreten. Gründungsdatum ist der 26.10.1961.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Der Zweckverband setzt sich für die Reinhaltung der Murg und Ihrer Zuflüsse ein.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, die aus den Ortsnetzen im Verbandsgebiet anfallenden häuslichen und gewerblichen Abwässer vor ihrer Einleitung in den Vorfluter entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und Richtlinien zu reinigen, zu verwerten oder sonst unschädlich zu machen. Abwässer müssen vor der Übernahme so behandelt werden, dass die Verbandsanlage in ihrer Wirkung nicht beeinträchtigt wird.

ÖFFENTLICHER ZWECK DES UNTERNEHMENS

Die Gewässergüte der Murg ist ab Baiersbronn mäßig belastet (Güteklasse II) (Quelle: Landesanstalt für Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), 2004). Seit Inbetriebnahme der Erweiterung des Gruppenklärwerks Rastatt im Jahr 1997 hat sich die biologische Gewässergüte der Murg ab Rastatt damit von „kritisch belastet“ in „mäßig belastet“ geändert.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Mitglied im Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ).

BETEILIGUNG

	Gemeinsame Anlagen		Gruppe Rastatt	
	%	€	%	€
Rastatt	41,040	8.366,85	67,976	5.140.127,70
Bischweier	3,046	620,99	4,205	317.968,65
Kuppenheim	7,352	1.498,86	12,451	941.504,80
Muggensturm	5,000	1.019,35	7,290	551.246,48
Ötigheim	3,728	760,03	5,425	410.221,15
Steinmauern	1,890	385,32	2,653	200.611,37
Baden-Baden	1,267	258,30	0,000	0,00
Gaggenau	36,677	7.477,36	0,000	0,00
Summe:	100,000	20.387,06	100,000	7.561.680,15

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Verwaltungskosten- Beitrag
2016	27.158,96 €
2015	27.325,27 €
2014	29.687,85 €
2013	22.573,60 €

Verbindung zum Eigenbetrieb Stadtentwässerung

	Betriebskos- tenumlage an AWV Murg	Zinsumlage an AWV Murg	Kapitalum- lage an AWV Murg	Verbands- umlage an AWV Murg	Gesamtzah- lung an AWV Murg
2016	1.327.096,50	7.402,54	0,00	255.576,07	1.590.075,11
2015	1.429.170,23	8.354,70	0,00	186.091,55	1.623.616,48
2014	1.498.759,78	9.513,36	0,00	201.991,72	1.710.264,86
2013	1.511.961,36	13.184,07	0,00	212.666,83	1.737.812,26

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Thomas Buchta, technischer Leiter
Ute Stößer, kaufmännische Leiterin

Verbandsversammlung: **1. Vorsitzender:**
Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch

2. Vorsitzender:
Oberbürgermeister Christof Florus

Mitglieder:

Stadt Baden-Baden (Ebersteinburg)	2 Stimmen
Gemeinde Bischweier	5 Stimmen
Stadt Gaggenau	30 Stimmen
Stadt Kuppenheim	13 Stimmen
Gemeinde Muggensturm	9 Stimmen
Gemeinde Ötigheim	7 Stimmen
Stadt Rastatt	30 Stimmen
Gemeinde Steinmauern	4 Stimmen

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Geschäftsführung:	Es wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.	
Ausschuss / Aufsichtsrat:	Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit	
	- für den Verbandsvorsitzenden je Monat	160,00 €
	- für den Stellvertreter je Monat	80,00 €

WICHTIGE VERTRÄGE

Vertrag mit den Stadtwerken Gaggenau, star.Energiewerke Rastatt und eneREGIO GmbH über Stromversorgung (letzter Änderungsvertrag gültig ab 23.11.2016).

PERSONALENTWICKLUNG (Stand 31.12.)

	<u>2016</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>
Beschäftigte	20,28	20,42	20,45	20,45
Auszubildende	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	20,28	20,42	20,45	20,45

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Der Abwasserverband Murg hat Stammkapitalanteile beim Badischen Gemeinde-Versicherungsverband.

BETRIEBSZWEIGE

- Gruppenklärwerk Gaggenau
- Gruppenklärwerk Rastatt

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016

Am 02.12.2015 wurde die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2016 beschlossen:

- im Gesamtergebnishaushalt	
Erträge	6.420.025,00 €
Aufwendungen	- 6.420.025,00 €
Ordentliches Ergebnis	0,00 €
- im Gesamtfinanzhaushalt	
Einzahlungen	5.846.125,00 €
Auszahlungen	- 5.019.475,00 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf	826.650,00 €
- Investitionstätigkeit	
Einzahlungen	0,00 €
Auszahlungen	- 266.950,00 €
Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	- 266.950,00 €
- Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	559.700,00 €
- Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen	0,00 €
Auszahlungen	- 465.000,00 €
Zahlungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit	- 465.000,00 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	94.700,00 €
- bei einer Kreditermächtigung von	0,00 €
davon für die Gruppe Rastatt	0,00 €
davon für die Gruppe Gaggenau	0,00 €

festgesetzt.

ENTWICKLUNG HAUSHALTSWIRTSCHAFTSJAHR 2015 und 2016 / AUSBLICK

Gesamtergebnisrechnung	Ist 2015	Ist 2016
Ordentliche Erträge	4.764.050,74	4.834.410,56
Ordentliche Aufwendungen	- 4.845.567,86	- 4.834.410,56
Ordentliches Ergebnis	- 81.517,12	0,00
außerordentliche Erträge	98.556,13	24.732,00
außerordentliche Aufwendungen	-17.039,01	- 24.732,00
Sonderergebnis	81.517,12	0,00
Gesamtergebnis	0,00	0,00
Gesamtfinanzrechnung		
Einzahlungen aus lfd. Verw.tätigkeit	4.935.179,27	4.600.341,98
Auszahlungen aus lfd. Verw.tätigkeit	- 3.657.106,86	- 3.412.281,67
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf	1.278.072,41	1.188.060,31
Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	81.517,12	0,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 1.029.736,28	- 368.805,60
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf	-948.219,16	- 368.805,60
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	329.853,25	819.254,71
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen	735.000,00	0,00
Auszahlungen	- 472.193,96	- 468.744,16
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	262.806,04	- 468.744,16
Änderung des Finanzierungsmittel- bestands zum Ende des Haushaltsjahres	592.659,29	350.510,55

Verschuldung

Der Schuldenstand betrug zum 01.01.2016 EUR 5.401.384,79. Kreditaufnahmen wurden 2016 in Höhe von 0,00 € getätigt. Die ordentliche Tilgung betrug 468.744,16 €. Zum Jahresabschluss ergab sich ein Schuldenstand von 4.932.640,63 €.

Betrieb der Kanäle und Pumpwerke, Gruppe Rastatt

Eigenkontrolle

Für die Eigenkontrolle und Sanierungsplanung werden die vorhandenen Daten in den nächsten Jahren ausgewertet und in eine Datenbank eingearbeitet werden. Die Ergebnisse (Kanalbestand mit Zustandsbewertung) stehen der Verbandsverwaltung über einen „Viewer“ zur Verfügung.

Kanalsanierung

Weitere Sanierungsabschnitte können erst nach vollständiger Auswertung der Kanalbefahrungen festgelegt werden.

Betrieb der Kläranlage

Es werden Studien zur Notstromversorgung und zur 4. Reinigungsstufe beauftragt.

Änderung der Gesetzeslage mit finanziellen Auswirkungen

Die Phosphatrückgewinnung aus dem Klärschlamm für die Kläranlagen des Abwasserverbandes Murg wird ab dem Jahr 2029 zur Pflicht.

Doppische BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist T€	Ist T€	Ist T€	Ist T€
1. Vermögen	17.525	18.303	17.820	18.276
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	5	4	2	1
1.2 Sachvermögen	15.676	16.802	16.832	17.442
1.3 Finanzvermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
1.3.2 Wertpapiere u. sonstige Geldanlagen	0	0	0	0
1.3.3 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0	0	35	27
1.3.4 privatrechtliche Forderungen	2	5	0	3
1.3.5 Liquide Mittel	1.842	1.497	951	803
2. Rechnungsabgrenzungsposten	4	4	3	0
Bilanzsumme	17.529	18.307	17.823	18.276
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist T€	Ist T€	Ist T€	Ist T€
1. Eigenkapital	8.316	8.316	8.316	8.316
2. Sonderposten	2.806	3.380	3.953	4.527
3. Rückstellungen	80	67	55	43
4. Verbindlichkeiten	6.276	6.504	5.461	5.336
5. Rechnungsabgrenzungsposten	51	40	38	54
Bilanzsumme	17.529	18.307	17.823	18.276

Doppische GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.746	4.725	4.947	5.061
+ Entgelte f.d. Benutzung / Inanspruchn. öff. Einricht.	11	10	10	41
+ Privatr. Leistungsentgelte, Kostenerst. etc.	42	29	29	31
+ Sonstige ordentliche Erträge	35	0	0	1
+ Finanzerträge	0	0	3	4
= A. Ordentliche Erträge	4.834	4.764	4.989	5.138
Personalaufwendungen	1.274	1.229	1.241	1.187
+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.000	2.116	2.186	2.390
+ Sonstige ordentliche Aufwendungen	177	167	231	200
+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	40	54	77	95
+ Bilanzielle Abschreibungen	1.343	1.280	1.258	1.266
= B. Ordentliche Aufwendungen	4.834	4.846	4.993	5.138
= C. Ordentliches Jahresergebnis	0	-82	-4	0
Außerordentliche Erträge	25	99	4	18
./. Außerordentliche Aufwendungen	-25	-17	0	18
= D. Außerordentliches Ergebnis	0	82	4	0
= Jahresgewinn/Jahresverlust aus GuV	0	0	0	0

Riedkanal - Zweckverband

ALLGEMEINE ANGABEN

Riedkanal - Zweckverband
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 51 12
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 51 99

E-Mail: tiefbau@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzung vom 31.10. 2013 (Inkrafttreten: 01.01.2014). Gründungsdatum ist der 07.03.1934.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Unterhaltung und Betrieb der Verbandsstrecke- und Anlagen, die der Entwässerung des natürlichen Geländes und der Siedlungsflächen dienen, die die Riedkanalstrecke als Vorfluter haben. Insbesondere ist die Aufgabe des Verbandes:

1. Die Verlegung, Vertiefung, Renaturierung und Verbesserung des Riedkanals
2. Die regelmäßige Räumung des Riedkanals
3. Die Unterhaltung und Reinigung des Dükers
4. Die Unterhaltung und der Betrieb des Schöpfwerkes in Steinmauern
5. Die im Interesse des Riedkanals erforderliche Offenhaltung des Durchstiches im Steinmauerner Altrhein bis ca. 300 m unterhalb des Schöpfwerkes

Anlagen : Riedkanal (Beginn: Verdolung in Iffezheim, Ende: 300 m unterhalb des Schöpfwerkes in Steinmauern)

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Mitglied im Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ).

BETEILIGUNG

Es sind keine Stammkapitaleinlagen vorhanden.

Die Stadt Rastatt ist gemäß § 3 Abs. 1 der Verbandssatzung zu 70,23 % am Verbandsvermögen beteiligt.

Verbindungen zum städtischen Haushalt

	Verwaltungs- kostenbeitrag	Allgemeine Umlage
2016	3.468,75 €	110.963,40 €
2015	28.452,60 €	263.605,00 €
2014	30.245,15 €	253.940,00 €
2013	28.581,20 €	136.204,06 €

Aufgrund der verspäteten Anforderung wurden die Verwaltungskosten des Jahres 2016 des KB Bauverwaltung im Jahr 2017 verbucht.

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Geschäftsführung: Geschäftsstelle bei der Stadt Rastatt, Kundenbereich Tiefbau

Verbandsversammlung:

Verbandsvorsitzender: Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch, Stadt Rastatt
Stellv. Verbandsvorsitzender: Bürgermeister Peter Werler, Gemeinde Iffezheim

Mitglieder:

- Gemeinde Iffezheim 3 Stimmen Anteil: 12,45 %
- Gemeinde Steinmauern 2 Stimmen Anteil: 8,01 %
- Stadt Baden-Baden 2 Stimmen Anteil: 9,31 %
- Stadt Rastatt 4 Stimmen Anteil: 70,23 %

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Die Verbandsgeschäfte werden durch die Verbandsverwaltung, Stadt Rastatt, wahrgenommen. Bezüge für die Geschäftsführung/Betriebsausschuss entfallen.

WICHTIGE VERTRÄGE

Es sind keine wichtigen Verträge vorhanden

PERSONALENTWICKLUNG

Entfällt, da der Zweckverband kein eigenes Personal hat.

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Es sind keine Beteiligungen an anderen Unternehmen vorhanden.

BETRIEBSZWEIGE

Separate Betriebszweige sind nicht vorhanden

RÜCKBLICK HAUSHALTSWIRTSCHAFTSJAHR 2016 / AUSBLICK 2017

Rückblick 2016

Den Haushaltsplan 2016 beschloss die Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung am 02. März 2016.

Der Haushaltsplan 2016 ist wie folgt gegliedert:

ordentliches Ergebnis	11.395 €
Zahlungsmittelüberschuss-/bedarf laufende Verwaltungstätigkeit	19.610 €
Finanzierungsmittelüberschuss-/bedarf Investitionstätigkeit	-50 €
Finanzierungsmittelüberschuss-/bedarf Finanzierungstätigkeit	- 650 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand am Jahresende	18.910 €
Kreditermächtigung:	0 €

Der Haushaltsplans 2016 wurde, wie auch die Haushaltspläne der vergangenen Jahre auf der Grundlage des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NHKR) erstellt.

Die Abschreibungen belaufen sich wie auch im Vorjahr auf 8.215 €.

Am 31.12.2016 betrug der Schuldenstand 46.025,80 €.

Die Kassenliquidität war während des gesamten Haushaltsjahres 2016 voll gewährleistet. Der gesetzliche Mindestbestand der allgemeinen Rücklage wurde nicht unterschritten. Auch zukünftig ist eine Unterschreitung nicht geplant.

Die Erstellung der Eröffnungsbilanz verzögert sich weiter und soll nun im Frühjahr 2018 erfolgen. Danach kann auch die Feststellung der Jahresrechnungen der letzten Jahre ab 2013 erfolgen.

Ausblick 2017

Für das Jahr 2017 gliedert sich der Haushaltsplan 2017 ist wie folgt gegliedert:

ordentliches Ergebnis	8.795 €
Zahlungsmittelüberschuss-/bedarf Ergebnishaushalt	17.010 €
Finanzierungsmittelüberschuss-/bedarf Investitionstätigkeit	- 50 €
Finanzierungsmittelüberschuss-/bedarf Finanzierungstätigkeit	- 700 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand am Jahresende	16.260 €
Kreditermächtigung:	0 €

Der Abschluss der Sanierung der Steuertechnik am Schöpfwerk Steinmauern konnte noch nicht abgeschlossen werden, da ein Funktionstest der Anlage aufgrund des niedrigen Wasserstandes im Rhein bisher nicht möglich war.

Der Schuldenstand zum 31.12.2017 beträgt 45.385,80 €
Eine Unterschreitung des gesetzlichen Mindestbestandes der allgemeinen Rücklage ist nicht vorgesehen.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€

Anlagevermögen Gesamt

Immaterielle Vermögens-
gegenstände
Sachanlagen
Finanzanlagen

Umlaufvermögen Gesamt

Einlagen bei öff.-rechtl. Geldinstituten
Forderungen
Wertpapiere
Kassenbestand bzw. Guthaben

Fehlbetrag

Bilanzsumme

P A S S I V A	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€

Eigenkapital Gesamt

Deckungskapital
Rücklagen

Empfangene Ertragszuschüsse

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Kassenvorgriff

Bilanzsumme

Bedingt durch die Umstellung auf die doppische Buchführung (analog Stadt Rastatt) ist die Eröffnungsbilanz noch nicht erstellt. Aus diesem Grund kann auch noch keine Bilanz, Rechnungsergebnisse etc. für die Haushaltsjahre 2013, 2014, 2015 und 2016 vorgelegt werden.

HAUSHALTSRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist
	T€	T€	T€	T€
Steuern, Allgemeine Zuweisungen				
Einnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden				
Sonstige Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb				
Kalkulatorische Einnahmen				
Sonstige Finanzeinnahmen				
Zuführung vom VmH				
Summe Einnahmen				
Personalausgaben				
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand				
Zuweisungen und Zuschüsse				
Sonstige Finanzausgaben				
Zuführung zum Vermögenshaushalt				
Summe Ausgaben				

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN

		2016	2015	2014	2013
	Dimension	Ist	Ist	Ist	Ist
		T€	T€	T€	T€
Zuführung zum VmH					
Vermögenslage					
Anlagenintensität	%				
Umlaufintensität	%				
Investitionen					
Finanzlage					
Eigenkapitalquote	%				
Fremdkapitalquote	%				
Anlagendeckung I	%				
Anlagendeckung II	%				

Wasserversorgungsverband Vorderes Murgtal

ALLGEMEINE ANGABEN

Wasserversorgungsverband Vorderes Murgtal
Igelbachstraße 11
76593 Gernsbach

Telefon: (0 72 24) 64 4 - 0

Telefax: (0 72 24) 5 09 96

E-Mail: stadt@gersnbach.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Die aktuelle Satzung wurde am 06.11.2012 beschlossen und ist am 01.01.2013 in Kraft getreten.
Gründungsdatum ist der 20.07.1967.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Der Zweckverband hat zur Aufgabe für eine Wasserversorgung der Mitgliedsgemeinden zu sorgen und diese zu gewährleisten. Hierzu ist er verpflichtet organisatorische, technische und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen. Hierbei jedoch keinen Gewinn zu erzielen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Mitglied im Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ).

BETEILIGUNG

Die Stadt Rastatt ist gemäß § 3 und 4 der Verbandssatzung zu 0,72 % am Verbandsvermögen beteiligt.

ORGANE DES UNTERNEHMENS

Die Verwaltungsorgane des Zweckverbands sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Die Verbandsversammlung besteht aus den jeweiligen Bürgermeistern der Mitglieder. Die Gesamtstimmenzahl der Versammlung beträgt 100 Stimmen. Hiervon hat Gernsbach 66 Stimmen, Kuppenheim 28 Stimmen, Gaggenau 5 Stimmen und Rastatt 1 Stimme.

Geschäftsführung: Geschäftsstelle bei der Stadt Gernsbach

Verbandsversammlung:

1. Vorsitzender:
Bürgermeister Dieter Knittel

2. Vorsitzender:
Bürgermeister Karsten Mußler

Bezüge der Geschäftsführung und des Betriebsausschusses

Geschäftsführung: Es wird von der Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

WICHTIGE VERTRÄGE

Es sind keine wichtigen Verträge vorhanden

PERSONALENTWICKLUNG

	<u>2016</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>2012</u>	<u>2011</u>
Beschäftigte	5	5	5	5	3	5
Ehrenamtlich Tätige	2	2	2	2	2	2

BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Es sind keine Beteiligungen an anderen Unternehmen vorhanden.

BETRIEBSZWEIGE

Separate Betriebszweige sind nicht vorhanden

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016

Die Investitionsausgaben im Wirtschaftsjahr 2016 betragen insgesamt 51.923,27 €. Darunter 20.232,60 € Restausgaben für die Inbetriebnahme des Tiefbrunnens 5, 31690,31 € für die Einzäunung der Brunnen 1 bis 4.

Aufgrund der relativ geringen Investitionsausgaben wurde auf eine Kreditaufnahme verzichtet. Im Wirtschaftsjahr 2016 entstand ein Deckungsmittelfehlbetrag von 32.308,74 €. Insgesamt beträgt der Deckungsmittelfehlbetrag zum 31.12.2016 damit 96.149,38 €.

ENTWICKLUNG HAUSHALTSWIRTSCHAFTSJAHR 2016 / Ausblick

a) Erfolgsplan

Im Vergleich zum Vorjahr steigt das Volumen des Erfolgsplans nur leicht um 1.700 € auf 1.124.900 €, das sind 0,15 % mehr. Die Ansätze sind im Großen und Ganzen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Lediglich bei den Fremdleistungen für die Wassergewinnung musste der Ansatz um 20.000 € erhöht werden, da Module in der Nanofiltrationsanlage erneuert werden müssen. Die Prüfungs- und Beratungskosten verringern sich dagegen um 15.000 €. Hier war im Vorjahr die Ausgabe für das Strukturgutachten verbucht.

b) Vermögensplan

Im Vermögensplan 2017 sind folgende Investitionen geplant: Das Schutzgebietsverfahren für den Brunnen 5 (10.000 €) sowie der dazu notwendige Grunderwerb (8.000 €). Um künftig die Notversorgung mit Wasser zu gewährleisten, soll eine Vernetzung mit anderen Wasserversorgern erfolgen. Dafür sind zunächst einmal 100.000 € vorgesehen. Über weitere Investitionen soll erst nach Vorliegen des Strukturgutachtens entschieden werden. Der mittelfristigen Finanzplanung wird ein jährlicher Investitionsbedarf von rd. 300.000 € zugrunde gelegt. Zur Finanzierung der Investitionen und zur Abdeckung des ausgelaufenen Deckungsmittelfehlbetrages aus Vorjahren wird eine Kreditaufnahme von rd. 250.000 € erforderlich sein.

BILANZEN

A K T I V A	2016	2015	2014	2013	2012
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
	€	€	€	€	€
Anlagevermögen Gesamt	4.908.617,32	5.154.740,50	5.418.823,43	5.354.284,27	5.647.405,53
Sachanlagen	4.908.467,32	5.154.590,50	5.418.673,43	5.354.134,27	5.647.255,53
Finanzanlagen	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00
Umlaufvermögen Gesamt	59.669,70	141.494,70	395.020,35	626.394,87	344.181,78
Forderungen	16.587,18	53.174,76	395.020,35	297.482,37	21.448,76
Wertpapiere u. sonstige Geldanlagen		0	0,00	250.000,00	250.000,00
Kassenbestand bzw. Guthaben	43.082,52	88.319,94	0,00	78.912,50	72.733,02
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	4.968.287,02	5.296.235,20	5.813.843,78	5.980.679,14	5.991.587,31
P A S S I V A	2016	2015	2014	2013	2012
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
	€	€	€	€	€
Eigenkapital Gesamt	985.424,00	985.424,00	985.424,00	985.424,00	985.424,00
Stammkapital	969.986,94	969.986,94	969.986,94	969.986,94	969.986,94
Rücklagen	15.437,06	15.437,06	15.437,06	15.437,06	15.437,06
Empfangene Ertragszuschüsse	1.157.600,00	1.208.883,00	1.260.164,00	1.312.745,00	1.365.323,00
Rückstellungen	5.548,30	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten	2.819.714,72	3.101.928,20	3.568.255,78	3.682.510,14	3.545.180,90
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	4.968.287,02	5.296.235,20	5.813.843,78	5.980.679,14	5.991.587,31

HAUSHALTSRECHNUNG

	2016	2015	2014	2013	2012
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
	€	€	€	€	€
Finanz- und Betriebskostenumlage	995.250,79	1.093.350,20	1.356.441,48	1.133.356,61	892.887,81
Gebühren von Sonderabnehmern	9.349,05	10.747,20	10.366,95	7.163,10	8.951,25
Ertrag aus Auflösung der Staats- und Investitionszuschüsse	51.283,00	51.281,00	52.581,00	52.578,00	52.580,00
Entnahme aus Rückstellung Baukostenzuschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzertrag	0,00	39,10	279,75	995,10	2.092,36
Sonstige Erträge	34.247,47	600,23	606,24	448,04	843,20
Außerordentlicher Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Einnahmen	1.090.130,31	1.156.017,73	1.420.275,42	1.194.540,85	957.354,62
Wassergewinnung – Tiefbrunnen, Pumpenhaus und Anlagen (Wasserwerk I)	350.259,32	445.805,48	715.998,79	526.825,05	262.074,74
Pumpenhaus I und II Speicherung – Hochbehälter	92.759,79	91.118,94	72.408,31	76.912,96	79.696,86
Verteilung – Rohrnetz	12.273,57	58.221,23	79.288,30	28.960,88	55.207,59
Verteilung – Wassermesser	7.312,54	0,00	0,00	3.247,80	0,00
Sonstiger und gemeinsamer Betriebsaufwand	12.100,06	12.661,22	11.341,06	10.713,96	12.622,13
Allgemeiner Aufwand	86.057,66	78.919,92	77.550,96	75.867,49	71.391,59
Verwaltung	133.723,69	64.030,50	55.670,67	56.461,48	52.937,84
Abschreibung	298.046,45	299.574,48	294.729,00	294.727,98	294.523,72
Zinsaufwand	96.802,29	104.891,02	112.493,39	120.045,10	128.422,00
Steuern	794,94	794,94	794,94	778,15	778,15
Summe Ausgaben	1.090.130,31	1.156.017,73	1.420.275,42	1.194.540,85	957.354,62

V. Stiftungen

Ludwig-Enz-Stiftung

ALLGEMEINE ANGABEN

Ludwig-Enz-Stiftung
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 30 99

E-Mail: finanzwirtschaft@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Stiftungssatzung vom 30.07.1982. Stifter: Herr Ludwig Enz

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Erstellung des vom Erblasser in Auftrag gegebenen Brunnens und dessen Unterhaltung sowie für den Fall von Ertragsüberschüssen auch zur Unterhaltung anderer im Stadtgebiet von Rastatt befindlichen Brunnen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftung.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital: **761.714,66 €**
Kapitalstand zum 31.12.2016: **761.714,66 €**
(davon 761.714,66 € Inneres Darlehen an Stadt)

	Zinsen	Ausgaben	Gewinn/Verlust
2016	5.941,37 €	5.941,37 €	0,00 €
2015	17.519,59 €	17.519,59 €	0,00 €
2014	17.519,59 €	17.519,44 €	0,15 €
2013	17.519,76 €	17.519,44 €	0,32 €

ABSCHLUSSPRÜFER

Vorlage eines jährlichen Berichtes beim Finanzamt Rastatt.

Theodor und Maria Danecki-Stiftung

ALLGEMEINE ANGABEN

Theodor und Maria Danecki-Stiftung
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 30 99

E-Mail: finanzwirtschaft@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Stiftungssatzung vom 14.10.1975. Stifter: Frau Theodora Margaretha Plummer, geb. Danecki

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Verwendung des Nachlasses für das Heimatmuseum der Stadt Rastatt, die Schulen und öffentliche Bibliotheken der Stadt Rastatt. Folgende Quote wurde durch Beschluss des Gemeinderates vom 03.03.1980 festgelegt:

Schulen: 3/5
Stadtbibliothek: 1/5
Museum: 1/5

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftung.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital: 831.138,79 €
Kapitalstand zum 31.12.2016: **1.067.215,49 €**
(davon 907.832,57 € Inneres Darlehen an Stadt)

	Zinsen	Ausgaben	Gewinn/Verlust
2016	9.097,01 €	9.043,46 €	53,25 €
2015	20.930,03 €	20.533,05 €	396,98 €
2014	21.091,80 €	12.747,69 €	8.344,11 €
2013	21.416,42 €	7.638,00 €	13.778,42 €

Johanna-Oehlschläger-Stiftung

ALLGEMEINE ANGABEN

Johanna-Oehlschläger-Stiftung
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 30 99

E-Mail: finanzwirtschaft@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Vereinbarung zwischen dem Stifter, Herrn Dr. Andreas Oehlschläger und dem LWG Rastatt vom 24.02.1967. Gründungsdatum ist der 01.01.1967.

Stifter: Dr. Andreas Oehlschläger, Mannheim

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Verwendung der Zinsen zu gleichen Teilen für zwei begabte, fleißige und demokratisch eingestellte Schüler des LWG für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftung.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital: 7.669,38 €
Kapitalstand zum 31.12.2016: **8.624,16 €**

	Zinsen	Schülerpreise	Gewinn/Verlust
2016	0,88 €	150,00 €	-149,12 €
2015	3,00 €	150,00 €	-147,00 €
2014	8,98 €	150,00 €	-141;02 €
2013	21,56 €	200,00 €	-178,44 €

Cochran-Büchler-Stiftung

ALLGEMEINE ANGABEN

Cochran-Büchler-Stiftung
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 30 99

E-Mail: finanzwirtschaft@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gemeinderatsbeschluss zur Gründung einer Stiftung vom 01.03.1971.

Stifter: Prof. Emory E. Cochran, New York

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Verwendung des Ertrags für die jeweils besten Schüler aller Entlassklassen der Rastatter Schulen sowie den beiden besten Schülern der Carl-Schurz-Schule.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftung.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital: 8.046,06 €
Kapitalstand zum 31.12.2016: **25.473,96 €**

	Zinsen	Schülerpreise	Gewinn/Verlust
2016	32,21 €	274,76 €	-242,55 €
2015	391,17 €	216,85 €	174,32 €
2014	531,18 €	224,05 €	307,13 €
2013	534,80 €	303,14 €	231,66 €

Stiftung Loreye-Preis

ALLGEMEINE ANGABEN

Stiftung Loreye-Preis
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 30 99

E-Mail: finanzwirtschaft@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Stiftungsvertrag vom 20.11.1967 zwischen der Stadt Rastatt und der Vereinigung der Freunde des LWG.

Stifter: Vereinigung der Freunde des LWG

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Verwendung des Ertrags für jeweils einen Schüler des LWG für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftung.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital: 3.067,75 €
Spende Freunde des LWG am
13.10.1999: 5.112,91 €
Kapitalstand zum 31.12.2016: **10.538,83 €**

	Zinsen	Schülerpreise	Gewinn/Verlust
2016	1,38 €* 0,00 €	0,00 €	51,38 €
2015	4,27 €	150,00 €	-145,73 €
2014	10,63 €	150,00 €	-139,37 €
2013	25,79 €	200,00 €	-174,21 €

*zzgl. Zuführung zum Stiftungskapital in Höhe von 50,00 €.

Stiftung Axel-Ullrich

ALLGEMEINE ANGABEN

Stiftung Axel-Ullrich
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 31 01
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 30 99

E-Mail: finanzwirtschaft@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Vereinbarung zwischen dem Stifter, Herrn Prof. Dr. Axel Ullrich und der Stadt Rastatt vom 17.05.2000.
Gründungsdatum ist der 27.04.2000.

Stifter: Herr Prof. Dr. Axel Ullrich, Martinsried bei München

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Verwendung des Ertrags für jeweils ein bis zwei Schüler des LWG für besondere Leistungen im Bereich Biologie/Chemie. Außerdem sollen die Preisträger die Möglichkeit erhalten, in der Abteilung Molekularbiologie des Max-Planck-Instituts für 1-2 Monate an wissenschaftlichen Projekten mitarbeiten zu können.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftung.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital: 12.782,30 €
Kapitalstand zum 31.12.2016: **13.846,13 €**

	Zinsen	Schülerpreise	Gewinn/Verlust
2016	20,33 €	150,00 €	-129,67 €
2015	227,47 €	150,00 €	77,47 €
2014	307,72 €	150,00 €	157,72 €
2013	308,71 €	200,00 €	108,71 €

Markgräfin Sibylla-Augusta-Stiftung

ALLGEMEINE ANGABEN

Markgräfin Sibylla-Augusta-Stiftung
Marktplatz 1
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 0
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 1 08

E-Mail: post@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom 28.09.1979. Gründungsdatum ist der 08.12.1976.

Stifter: - Heimatverband Schlackenwerth
- Stadt Rastatt

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Zweck der Stiftung ist es, im Rahmen der Aufgabenstellung des § 96 BVFG das Kulturgut der Deutschen aus der Stadt Schlackenwerth in Böhmen und das Wirken der Markgräfin Sibylla-Augusta von Baden, Prinzessin aus dem Hause Sachsen-Lauenburg zu Schlackenwerth, sowie das künstlerische und kulturelle Schaffen der Schlackenwerther in ihrem Gefolge zu erforschen und zu verbreiten.

Die Stiftung soll ausschließlich kulturellen Zwecken dienen. Dieser Stiftungszweck soll insbesondere durch Sammlung und Ankäufe von Archivalien, Veröffentlichung von Dokumentationen und Publikationen, durch kulturelle Veranstaltungen und die weitere Ausstattung des Schlackenwerther-Raumes im städtischen Heimatmuseum der Patenstadt Rastatt erfüllt werden.

Die Stiftung ist berechtigt, erforderlichenfalls und unter günstigen Voraussetzungen auch anderweitige Räumlichkeiten anzumieten oder zu erwerben, um die gesammelten Archivalien und Dokumente auszustellen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital:	35.790,43 €		
Zusammensetzung:	17.895,21 €	50 %	Stadt Rastatt
	17.895,21 €	50 %	Heimatverb. Schlackenwerth

ORGANE DER STIFTUNG

Geschäftsführung: Die Verwaltung wird durch die Stadt Rastatt vorgenommen.

Stiftungsvorstand: **Vorsitzender:**
Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch

Mitglieder:
Stellvertretender Vorsitzender Herr Horst Hippmann
Geschäftsführer Herr Kurt Starrach
Herr Werner Woidich

ABSCHLUSSPRÜFER

Rechnungsprüfungsamt der Stadt Rastatt.

Siebenpfeiffer - Stiftung



ALLGEMEINE ANGABEN

Siebenpfeiffer - Stiftung
Am Forum 1
66424 Homburg

Telefon: (0 68 41) 10 44 18

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom 31.05.1991. Gründungsjahr ist 1989.

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Das Stiftungsvermögen dient insbesondere der wissenschaftlichen Erforschung von Leben, Werk u. Wirken von Philipp Jakob Siebenpfeiffer, von 1818 bis 1830 erster Landcommissär des ehemaligen Landkreises Homburg und einer der Hauptinitiatoren des Hambacher Festes von 1832, und des historischen Umfeldes von 1789 bis 1849 im allgemeinen.

Die Stiftung wird eine Dauerausstellung aufbauen, Publikationen herausgeben, Seminare, Symposien, Vorträge, Exkursionen, Dauer- und Wechselausstellungen und künstlerische Veranstaltungen anbieten.

Ferner ist nach Möglichkeit ein Archiv einzurichten.

KAPITALSTAND

Stammkapital:	2.556,45 €
Stadt Rastatt:	1.022,58 € 40 %

GESELLSCHAFTER

- Saarpfalz-Kreis
- Landkreis Bad Dürkheim
- Stadt Homburg
- Stadt Zweibrücken
- Landesverbände des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

Kunststiftung Baden-Württemberg GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Kunststiftung Baden-Württemberg GmbH
Gerokstraße 37
70184 Stuttgart

Telefon: (07 11) 2 36 47 20

Telefax: (07 11) 2 36 10 49

E-Mail: info@kunststiftung.de

Internet: www.kunststiftung.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung aus dem Jahre 1982 (in Kraft getreten). Gründungsjahr ist 1977.

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Die Stiftung dient der Förderung der Kunst, vornehmlich in Baden-Württemberg.

Die Stiftung dient unmittelbar und ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Ihre Tätigkeit ist darauf gerichtet, der Allgemeinheit durch die selbstlose materielle und geistige Förderung der Kunst zu dienen.

KAPITALSTAND

Stammkapital:	102.258,38 €
Stadt Rastatt:	511,29 € 0,5 %

Umweltstiftung Rastatt



ALLGEMEINE ANGABEN

Umweltstiftung Rastatt
Herrenstraße 15
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 9 72 - 42 10
Telefax: (0 72 22) 9 72 - 40 99

E-Mail: oekologie-und-gruen@rastatt.de
Internet: www.rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom 19.05.2011. Gründungsdatum ist der 20.12.1999.

GEGENSTAND DER STIFTUNG

Die „Umweltstiftung Rastatt“ dient der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Verwaltungsraum Rastatt, bestehend aus der Stadt Rastatt sowie den Gemeinden Iffezheim, Steinmauern, Muggensturm und Ötigheim. Sie soll Natur und Landschaft im Verwaltungsraum Rastatt erhalten, seine naturschutzgerechte Entwicklung fördern und zur Erhaltung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes beitragen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DER STIFTUNG

Rechtlich selbständige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

KAPITALSTAND

Ursprungskapital:	2.812.105,35 €		
Stadt Rastatt:	0,00 €	0 %	

Aufgrund des krankheitsbedingten Ausfalls des Geschäftsführers der Umweltstiftung Rastatt konnte dem Stiftungsvorstand der Umweltstiftung Rastatt weder der Geschäfts- und Tätigkeitsbericht 2015 vorgelegt, noch über eine Wertanpassung des angepassten Grundstockvermögens 2016 (im Jahr 2015: 3.152.280,58 €) abgestimmt werden.

Der Stiftungsvorstand der Umweltstiftung Rastatt musste deshalb in der 1. Sitzung im Jahr 2017 über die Anpassungen des Grundstockvermögens sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2017 entscheiden.

Zusammensetzung des Stiftungsvermögens 31.12.2016:

1. Stiftungsvermögen zum 01.01.2016:	3.319.211,33 €
2. Zinsertrag im Jahr 2016:	29.650,15 €
3. Spenden im Jahr 2016:	100,00 €
4. Sponsoring im Jahr 2016:	0,00 €
5. Ausgaben im Jahr 2016:	64.441,89 €
6. Stiftungsvermögen zum 31.12.2016:	3.284.519,59 €

Die Geschäfte der laufenden Verwaltung werden von der Geschäftsführung durchgeführt. Diese ist beim Fachbereich Stadt- und Grünplanung, Kundenbereich Ökologie und Grün, angesiedelt.

ORGANE DER STIFTUNG

Stiftungsvorstand

Die Stiftung wird durch einen Stiftungsvorstand verwaltet. Kraft Amtes gehören dem Stiftungsvorstand folgende Mitglieder an:

- Der Oberbürgermeister der Stadt Rastatt
- ein Vertreter des Landes Baden-Württemberg
- ein Vertreter des Landkreises Rastatt
- ein Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Referat Naturschutz und Landschaftspflege
- ein Vertreter des WWF-Auen-Institutes des Karlsruher Institutes für Technologie (KIT)
- ein Vertreter des Naturschutzbundes Deutschland
- ein Vertreter des Landesnaturschutzverbandes

Der Stiftungsvorstand setzte sich im Jahr 2016 aus folgenden Personen zusammen:

Vertreter

Stellvertreter

1. Oberbürgermeister der Stadt Rastatt

Hans Jürgen Pütsch

Bürgermeister Wolfgang Hartweg

2. Land Baden-Württemberg

Ministerialrat
Marcus Lämmle

Hauptkonservator
Bodo Krauß

3. Landkreis Rastatt

Erster Landesbeamter
Dr. Jörg Peter

Dipl.-Ing.
Jens Jeßberger

4. Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat Naturschutz und Landschaftspflege

Biologiedirektorin
Dr. Luise Murmann-Kristen

5. WWF-Auen-Institut des Karlsruher Institutes für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Erika Schneider

6. Naturschutzbund Deutschland

Wolfgang Huber
Stellvertretender Vorsitzender des
Stiftungsvorstandes

7. Landesnaturschutzverband

Dipl.-Biologe
Martin Klatt

Dr. Volker Späth

Geschäftsführung

Diana Westermann war bisher gemeinsam mit Thomas Semmelmann mit der Geschäftsführung der Umweltstiftung Rastatt beauftragt. Sie ist nicht mehr bei der Stadt Rastatt tätig und nimmt damit die Co-Geschäftsführung der Umweltstiftung Rastatt, die satzungsgemäß beim Fachbereich Stadt- und Grünplanung der Stadt Rastatt angesiedelt ist, nicht mehr wahr.

Anja Lips, die seit Anfang Mai 2016 die Stelle Planungsverwaltung/Stadtsanierung innerhalb des Fachbereichs Stadt- und Grünplanung wahrnimmt, übernahm ab dem 01.06.2016 gemeinsam mit Thomas Semmelmann die Geschäftsführung der Umweltstiftung Rastatt.

RÜCKBLICK GESCHÄFTSJAHR 2016

Im Jahr 2016 fand eine Sitzung des Stiftungsvorstandes der Umweltstiftung Rastatt statt und zwar am 02.02.2016.

Für folgende Projekte und Maßnahmen (inklusive Zahlungsverkehr und Internetseite) wurden im Jahr 2016 Gelder ausbezahlt:

Ausgaben 2016	
Förderprojekt „Der Weißstorch - Naturkunde für Kinder“	210,00 €
Life + - Projekt „Rheinauen bei Rastatt“ Schlusszahlung 2016	62.350,00 €
Broschüre Jahresprogramm 2016 „Rendezvous mit der Natur“	996,74 €
Bankaufwendungen	4,90 €
Mitgliedsbeitrag Landschaftserhaltungsverband für den Landkreis Rastatt	50,00 €
Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Internet)	830,25 €
Gesamt	64.441,89 €

Im Jahr 2016 war die Verausgabung von Mitteln für die beschlossene zweite und dritte Broschüre, 'Naturerfahrung in den Auen' (bis zu 11.289,95 € bzw. 11.668,37 €) kalkuliert; die Projekte konnten jedoch noch nicht umgesetzt werden. Hierdurch hätte sich das Stiftungsvermögen zum Jahresende 2016 weiter reduziert.

Der für das Jahr 2016 berechnete Einnahmen-/ Ausgabenüberschuss in Höhe von -34.691,74 € wird deshalb als Mittelvortrag für das Jahr 2016 ausgewiesen.

ABSCHLUSSPRÜFER

Rechnungsprüfungsamt der Stadt Rastatt

VI. Geschäftsanteile und Beteiligungen

Badischer-Gemeinde- Versicherungsverband

Badisch gut versichert.



ALLGEMEINE ANGABEN

Badischen-Gemeinde-Versicherungsverband
Postfach 15 49
76004 Karlsruhe

Telefon: (07 21) 6 60 - 0
Telefax: (07 21) 6 60 - 10 99

E-Mail: ksc@bgv.de
Internet: www.bgv.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom November 2010. Gründungsdatum ist der 27.03.1923.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Der BGV arbeitet nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit mit dem Auftrag, Versicherungsprodukte nach dem Bedarfsdeckungsprinzip ohne Gewinnerzielung zu bieten. Zu den 809 Mitgliedern gehören alle badischen Städte und Gemeinden, Landkreise, zahlreiche Gemeindeverwaltungs- und Zweckverbände sowie viele kommunale Unternehmen. Nach dem Prinzip der kommunalen Selbsthilfeeinrichtungen stellt der BGV in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit sicher, dass Versicherungsschutz zu günstigen Beiträgen geboten wird, die sich am Bedarf kommunaler Risiken orientieren.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Beteiligung an einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

BETEILIGUNG

Die Stadt Rastatt ist mit **5.350,00 €** an der BGV beteiligt.

Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt eG

Baugenossenschaft
Gartenstadt Rastatt eG



ALLGEMEINE ANGABEN

Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt eG
Carl-Schurz-Straße 7
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 2 21 30
Telefax: (0 72 22) 15 07 02

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom Juli 2000. Gründungsdatum ist der 24. Juli 1909.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erwerb, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigentumswohnungen und Eigenheime.

Die Genossenschaft kann Gemeinschaftsanlagen u. Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen u. Dienstleistungen bereitstellen.

Sie kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Genossenschaftliches Mitglied.

BETEILIGUNG

Die Stadt Rastatt ist mit **12.500,0 €** an der Genossenschaft beteiligt.

	Dividende
2016	250,00 €
2015	250,00 €
2014	250,00 €
2013	500,00 €

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Vorstand: Oliver Krause
Berthold Bitterwolf (ab 01.02.2016)
Silke Rücker (bis 31.01.2016)

**Ausschuss /
Aufsichtsrat :** **Vorsitzender:** Reinhold Merklinger Rechtsanwalt

Mitglieder:
Heinrich Reuter Bandamtmann i.R.
Manfred Kopp Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
Dirk Jung Rechtsanwalt

ABSCHLUSSPRÜFER

Verband baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e.V. –gesetzlicher Prüfungsverband–,
Schwarzwaldstraße 39, 76137 Karlsruhe und Herdweg 52, 70174 Stuttgart

Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG



Baugenossenschaft
Familienheim Rastatt e.G.

ALLGEMEINE ANGABEN

Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG
Friedrich-Ebert-Straße 34b
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 97 14-0
Telefax: (0 72 22) 3 26 83

E-Mail: info@familienheim-rastatt.de
Internet: www.familienheim-rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Aktuelle Satzungsfassung vom 01.01.2001. Gründungsdatum ist der 5. März 1949.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck und Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erwerb, Betreuung, Vermittlung und Bewirtschaftung von Immobilien aller Art und in allen Rechts- und Nutzungsformen, sowie Beteiligungen und Förderung des Gedankens der Eigentumsbildung, insbesondere an Immobilien, durch ihre Mitglieder. Hierzu gehören auch alle Geschäfte, die den Mitgliedern mittelbar oder unmittelbar dienen.

Außerdem kann sie alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Eine Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zulässig.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Genossenschaftliches Mitglied.

BETEILIGUNG

Die Stadt Rastatt ist mit **7.800,20 €** an der Genossenschaft beteiligt.

	Dividende
2016	312,80 €
2015	312,80 €
2014	312,80 €
2013	312,80 €

ANTEILSBESITZ

Das Unternehmen ist an folgenden anderen Unternehmen beteiligt:

- Verband baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e.V., Stuttgart
- Siedlungswerk Baden e.V. Karlsruhe Vereinigung von Wohnungsunternehmen in der Erzdiözese Freiburg
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V., Köln
- Arbeitgeberverband der Wohnungswirtschaft e.V., Düsseldorf
- Industrie- und Handelskammer, Karlsruhe
- Raiffeisenbank Südhardt eG, Durmersheim
- Volksbank Baden-Baden Rastatt eG

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Vorstand:	Thomas Burkhard	Geschäftsführer	Rastatt
	Konrad Braun	Nebenamtlicher Vorstand	Rheinmünster

Ausschuss/Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Werner Happold	Bürgermeister a.D.	Ötigheim
----------------------	----------------	--------------------	----------

Mitglieder:

Stellv. Vorsitzender	Michael Schulz Dr. Rupert Felder	Oberbürgermeister a.D. Rechtsanwalt	Gaggenau Gernsbach
Schriftführer	Karl-Wolfgang Jägel, MdL Thomas Raub	Diplom-Ingenieur Abt. Direktor	Rastatt Kuppenheim
Prüfungsausschuss und Kassenprüfung	Thomas Raub Dr. Rupert Felder		

ABSCHLUSSPRÜFER

Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. - Geschäftsstelle
Karlsruhe - Schwarzwaldstraße 39 76137 Karlsruhe

Kommunale Informations- verarbeitung Baden-Franken



ALLGEMEINE ANGABEN

Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken
Pfannkuchstraße 4
76185 Karlsruhe

Telefon: (07 21) 95 29 - 0
Telefax: (07 21) 95 29 - 1 20

E-Mail: mail@rrz-karlsruhe.de
Internet: www.kivbf.de

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIV BF) ist aus dem ehemaligen Zweckverband „Regionales Rechenzentrum Franken - Unterer Neckar“, hervorgegangen. Dieser Zweckverband hat mit Wirkung vom 1. Januar 2003 seinen Namen in „Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken“ geändert und seinen Sitz nach Karlsruhe verlegt. Die Mitglieder der ehemaligen Zweckverbände „Kommunale Datenverarbeitung Südlicher Oberrhein“ und „Regionales Rechenzentrum Karlsruhe“ sind diesem Zweckverband mit Wirkung zum 1. Januar 2003 beigetreten. Betriebsstätten befinden sich in Freiburg, Heidelberg, Heilbronn und Karlsruhe.

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Grundlage des Zweckverbandes ist die Verbandssatzung in der Fassung vom 29.06.2001, zuletzt geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 14.12.2012.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Erledigung der von den Mitgliedern übertragenen Aufgaben der automatisierten Datenverarbeitung. Dazu gehören insbesondere der Betrieb von Leistungszentren für Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung und damit zusammenhängende Leistungen, die Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der automatisierten Datenverarbeitung, der Betrieb von Rechnern, die Beratung über Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung sowie die Schulung von Mitarbeitern.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus der Verbandssatzung. Der KIV BF betreibt ein kommunales Rechenzentrum, welches die ihm übertragenen hoheitlichen Aufgaben der automatisierten Datenverarbeitung erledigt. Hierbei werden vertrauliche Daten der Bürger verarbeitet, die sowohl unter das Melde-, Steuer-, und Sozialgeheimnis fallen. An Datenschutz und Datensicherheit sind deshalb hohe Anforderungen gestellt, die der Zweckverband zu erfüllen hat.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Mitglied in einem Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

BETEILIGUNG

Der Zweckverband KIVBF verfügt entsprechend deren Satzung über kein Stammkapital. Die Höhe der Beteiligung der Stadt Rastatt zum Stichtag 31.12.2014 beträgt 48.079,50 €. Dies entspricht einem Anteil von 0,712 % an der „Allgemeinen Rücklage“ in Höhe von 6.756.557,05 €.

ANTEILSBESITZ

Der KIVBF ist Alleingesellschafter der Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH. Das Stammkapital beträgt 1,5 Mio. €. Die Kapitalrücklage beläuft sich auf 3,5 Mio. €. Daneben hat der KIVBF Beteiligungen an der endica GmbH i.H.v. 430.000,00 €, an der DZ Datenzentral Baden-Württemberg i.H.v. 1.022.583,76 €, an der Baden-Franken-Services GmbH & Co.KG i.H.v. 180.000,00 €, an der Baden-Franken-Verwaltungs-GmbH i.H.v. 8.400,00 €, an der Entwicklungsgesellschaft ²ePayment Bund und Länder i.H.v. 53.000,00 € sowie am BGV i. H. v. 400,00 €.

Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GbR



ALLGEMEINE ANGABEN

Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GbR (RRZ)
Pfannkuchenstraße 4
76185 Karlsruhe

Telefon: (07 21) 95 29 - 0
Telefax: (07 21) 95 29 - 1 20

E-Mail: mail@kivbf.de
Internet: www.rrz-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung von 18.09.2003.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck der Gesellschaft ist die Vorhaltung eines jederzeit betriebsbereiten, im Eigentum der Gesellschaft stehenden Betriebs- und Verwaltungsgebäude in Karlsruhe, Pfannkuchenstraße 4, mit allen für den Betrieb eines Rechenzentrums erforderlichen Sondereinrichtungen. Die Nutzung dieses Gebäudes erfolgt durch teilweise Vermietung an den Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) sowie an die Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH, beide mit Sitz in Karlsruhe und, soweit möglich oder erforderlich, auch durch Vermietung an Dritte.

Die Gesellschaft ist darüber hinaus zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Geschäfte, die dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) und der Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH obliegen, darf die Gesellschaft nicht übernehmen.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus § 3 des Gesellschaftervertrages. Der Zweckverband KIVBF und die Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH als Mieter des Betriebs- und Verwaltungsgebäudes verarbeiten vertrauliche Daten der Gesellschafter des RRZ, die neben den datenschutzrechtlichen Vorschriften, z. B. auch unter das Melde-, Steuer- und Sozialgeheimnis fallen. Es werden hohe Anforderungen an die Gebäudesicherheit gestellt. Diese mussten bei der Erstellung des Gebäudes mit umgesetzt werden.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) aus der Region Mittlerer Oberrhein / Nordschwarzwald sind an der Grundstückseigentümergeinschaft Regionales Rechenzentrum Karlsruhe GbR (RRZ Karlsruhe GbR), unmittelbar beteiligt.

STAMMKAPITAL

Die Gesellschaft verfügt über kein Stammkapital, lediglich über eine allgemeine Rücklage. Diese belief sich zum 31.12.2014 auf 6.995.941,46 €.

GESELLSCHAFTER

Gesellschafter sind die Stadtkreis Baden-Baden, Karlsruhe und Pforzheim, die Landkreise Calw, Enzkreis, Freudenstadt, Karlsruhe und Rastatt, 10 Große Kreisstädte, darunter Rastatt, sowie 110 Städte und Gemeinden der Regionen Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald.

BETEILIGUNG

Die Höhe der zuletzt mitgeteilten Beteiligung der Stadt Rastatt am Eigenkapital der Regionalen Rechenzentrum GbR wurde auf Basis der veredelten Einwohner zum 30. Juni des Vorjahres ermittelt und beträgt zum Stichtag 31.12.2014 **174.682,94 €**. Dies entspricht 2,497 % des Eigenkapitals.

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft hält Stammkapitalanteile beim Badischen-Gemeinde-Versicherungsverband (BGV) in Höhe von 50 €.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind nach § 4 des Gesellschaftervertrages:

1. Die Gesellschafterversammlung
Mitglieder der Gesellschafterversammlung sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschafter (§ 5 I des Gesellschaftervertrags). Dies sind die Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte der jeweiligen Kommune / des jeweiligen Landkreises.
2. Der Verwaltungsrat
Verwaltungsvorsitzender ist Herr Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup
3. Die Geschäftsführung
Geschäftsführer ist Herr William Schmitt

Volksbank Baden-Baden Rastatt eG



ALLGEMEINE ANGABEN

Volksbank Baden-Baden Rastatt eG
Kaiserstraße 74
76437 Rastatt

Telefon: 07222/14 - 0
Telefax: 07222/14 - 155

E-Mail: info@VB-BaBaRa.de
Internet: www.volksbank-baden-baden-rastatt.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Rechtsvorgängerin ist die Volksbank Rastatt eG 1867. Letztmalige Änderung der Satzung in der Vertreterversammlung am 22.05.2007

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck der Genossenschaft ist nach § 2 der Satzung die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder, Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Genossenschaftliches Mitglied

BETEILIGUNG

Die Stadt Rastatt ist mit **1.400,00 €** an der Genossenschaft beteiligt. Dies entspricht 14 Anteilen.

	Dividende abzügl. KapSt u. SolZ	Dividende
2016	47,14 €	4,0 %
2015	47,14 €	4,0 %
2014	58,93 €	5,0 %
2013	51,54 €	5,0 %

ANTEILSBESITZ

Besitz von Kapitalanteilen von mindestens 20 % an folgenden Unternehmen:

- a.) actionade Immobilien & Versicherungen GmbH, Baden-Baden
- b.) actionade Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Baden-Baden
- c.) actionade Finanz GmbH & Co. Beteiligungs KG, Baden-Baden
- d.) GEM Grundstücksentwicklungsgesellschaft in Mittelbaden, Verwaltungs GmbH, Baden-Baden
- e.) GEM Grundstücksentwicklungsgesellschaft in Mittelbaden GmbH & Co. KG, Baden-Baden
- f.) DZ 2003 GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pforzheim
- g.) Geno GmbH & Co. Beteiligungs KG, Baden-Baden
- h.) Geno Verwaltungs GmbH, Baden-Baden
- i.) Reisebüro Rominger actionade GmbH, Baden-Baden

Die unter a bis g genannten Unternehmen sind in den Konzernabschluss einbezogen.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Vorstand:

Thomas Pörings (Vorsitzender)
Hubert Edelmann

Ausschuss/Aufsichtsrat:

Mitglieder:

Thomas Schmid, Dipl.-Ing. (Vorsitzender)
(Geschäftsführer Gipser Schmid GmbH)
Markus Fricke (stv. Vorsitzender)
(Rechtsanwalt)
Christina Palma Diaz, Dipl.-Betriebswirtin
(Leiterin Qualitätsmanagement Daimler Gastronomie GmbH)
Horst Fritz, Dipl.-Ing.
(Geschäftsführer Fritz Automation GmbH)
Christiane Ritter, Dipl.-Wirtschafts-Ing.
(GF EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG)
Armin Seifermann, Dipl.-Betriebswirt
(Wirtschaftsprüfer / Steuerberater)

ABSCHLUSSPRÜFER

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V., Lauterbergstraße 1, 76137 Karlsruhe

TechnologieRegion Karlsruhe GbR



ALLGEMEINE ANGABEN

TechnologieRegion Karlsruhe GbR
Postfach 64 00
76044 Karlsruhe

Telefon: (07 21) 1 74 - 2 60
Telefax: (07 21) 1 74 - 3 36

E-Mail: trk@karlsruhe.ihk.de
Internet: www.trk.de
www.technologieregion-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE / GRÜNDUNGSJAHR

Gesellschaftervertrag vom 01.01.2005, zuletzt geändert am 25.06.2009 mit Wirkung zum gleichen Tag. Gründungsdatum ist der 01.04.1987.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck der Gesellschaft ist es, den Wirtschaftsraum Karlsruhe in seiner Entwicklung zu unterstützen und die regionale Zusammenarbeit nach Kräften zu fördern. Es soll darauf hingewirkt werden, dass für regional bedeutsame Aufgaben gemeinsame Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden. Der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Regional bedeutsame Aufgaben sind insbesondere:

- ein umfassendes und aktives Regionalmarketing
- Infrastrukturvorhaben mit Auswirkungen auf die Region als ganze oder in wesentlichen Teilen
- die Wirtschaftsförderung, die Kultur sowie das Messe- und Touristikwesen,
- die verstärkte und verbesserte Kooperation zu solchen Aufgaben, deren Träger die Gesellschafter sind,
- die institutionelle Weiterentwicklung der Region

Die Gesellschafter verpflichten sich zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit untereinander. Sie lassen sich dabei von den Grundsätzen der Freiwilligkeit, der Interdisziplinarität und der aufgabenbezogenen Organisation leiten. Bestehende Zuständigkeiten bleiben unberührt. Gemeinden, die nicht Mitglied der Gesellschaft sind, werden in Beratungen und Beschlussfassungen eingebunden, sobald und soweit ihre Interessen unmittelbar berührt sind.

Die Gesellschaft erklärt ihre Bereitschaft, mit Einrichtungen und Stellen zusammenzuarbeiten, die die Ziele der Gesellschaft unterstützen. Sie trägt darüber hinaus Sorge für eine enge Abstimmung ihrer Konzepte mit den Vorhaben anderer berührter Aufgabenträger.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Beteiligung an einem Unternehmen in der Privatrechtsform.

BETEILIGUNG

Die Gesellschaft verfügt über kein Stammkapital. Die städtischen Gesellschafter erbringen eine jährliche Umlage von 0,75 € pro Einwohner. Landkreise und RVMO: Mindestbeitrag in Höhe von 10.000 €.

	Umlage der Stadt an die Gesellschaft
2016	35.745,76 €
2015	35.535,76 €
2014	35.219,20 €
2013	35.730,00 €

GESELLSCHAFTER

Gesellschafter sind die Städte Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Gaggenau, Karlsruhe, Rastatt, Rheinstetten und Stutensee. Die Landkreise Germersheim, Karlsruhe, Rastatt und Südliche Weinstraße sowie der Regionalverband Mittlerer Oberrhein (RVMO).

ANTEILSBESITZ

Das Unternehmen ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung: Die Geschäfte werden kommissarisch durch die Stadt Karlsruhe / Koordinierungsstelle für europäischen und regionale Beziehungen, vertreten durch Geschäftsführer Jochen Ehlgötz, durch den RVMO, vertreten durch Verbandsdirektor Dr. Gerd Hager, sowie durch die IHK Karlsruhe, vertreten durch Hauptgeschäftsführer Prof. Hans-Peter Mengele, wahrgenommen.

Ausschuss/Aufsichtsrat: Die Gesellschafterversammlung kontrolliert die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat besteht nicht.

weitere Organe: Vorstand; Regionalkonferenz

PERSONALENTWICKLUNG

Es ist kein eigenes Personal vorhanden. Das Personal wird unentgeltlich von der IHK und den beiden anderen Trägern der Geschäftsführung (s.o.) zur Verfügung gestellt.

ABSCHLUSSPRÜFER

Rechnungsprüfungsamt der Stadt Karlsruhe

Lions - Altenwohnstift Rastatt

ALLGEMEINE ANGABEN

Lions - Altenwohnstift Rastatt
Rheintorstraße 21
76437 Rastatt

Telefon: (0 72 22) 2 29 27

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Aktuelle Satzung vom 20.12.1978. Gründungsdatum ist der 27.06.1973 (Stifter: Lions Club Rastatt).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck ist die Errichtung und der Betrieb eines Altenwohnheims, in dem vor allem minderbemittelten alten Personen preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Die Stiftung ist berechtigt, für den gleichen Personenkreis auch ein Altersheim und ein Alterspflegeheim zu errichten und zu betreiben. Sie darf ferner auch in anderer Weise alten hilfsbedürftigen Menschen helfen.

STELLUNG DER STADT GEGENÜBER DEM UNTERNEHMEN

Rechtlich selbständige Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

BETEILIGUNG

- Gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung überließ die Stadt Rastatt dem Betreiber im Jahre 1973 die Grundstücke mit den Flst.-Nr.: 293/3, 294, 295, 296 und 297 mit einer Gesamtfläche von 51,25 ar zum damaligen Vermögenswert in Höhe von 760.000 DM.
- Gemäß § 13 der Stiftungssatzung wird bei Auflösung oder Erlöschen der Stiftung oder Auflösung des Lions Clubs Rastatt das gesamte Vermögen an die Stadt Rastatt übertragen.

ABSCHLUSSPRÜFER

Rechnungsprüfungsamt der Stadt Rastatt